



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

05 | 2018

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Bruttoinlandsprodukt 2017

Bundestagswahl 2017

Schulen 2017/18



Fotonachweis

T i t e l f o t o : esterpoon – Fotolia

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist 2017 kräftig gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt nahm preisbereinigt um 2,5 Prozent zu. Zum Wachstum trugen sowohl das Produzierende Gewerbe als auch der Dienstleistungssektor bei.

B e i l a g e : Faltblatt „Bildung 2018“

05 | 2018

STATISTISCHE MONATSHEFTE

71. Jahrgang

kurz + aktuell	289
Industrie ■ Baugewerbe ■ Landwirtschaft ■ Bevölkerung Familien ■ Bildung ■ Verkehr	
Verbraucherpreise	298
Rheinland-Pfalz in Karten: Schüler/-innen mit islamischer Religionszugehörigkeit im Schuljahr 2017/18	299
Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2017 – Bruttoinlandsprodukt steigt um 2,5 Prozent	300
Bundestagswahl 2017: Faktorenanalyse – Dimensionen der sozialen und ökonomischen Struktur und Wahlverhalten	311
Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2017/18 – Herkunfts- und leistungsspezifische Disparitäten im rheinland-pfälzischen Schulsystem	323
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	335
Neuerscheinungen	351

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2018

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrieproduktion sinkt deutlich

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im Februar 2018 deutlich gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex, der die mengenmäßige Ausbringung der Industrie misst, um 8,3 Prozent unter dem hohen Niveau des Vormonats.

In der Vorleistungsgüterindustrie sank die bereinigte Produktion im Februar um 3,4 Prozent. Der Output der Investitionsgüterindustrie schrumpfte um zwei Prozent. Die größten Einbußen gegenüber dem Vormonat gab es in der Konsumgüterindustrie (–17 Prozent), allerdings liegt der Güterausstoß hier aufgrund eines Sondereffekts in einem Teilbereich der Konsumgüterproduktion weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.

In zwei der drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes gab es deutliche Produktionsrückgänge. Der Güterausstoß der Chemischen Industrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und in Rheinland-Pfalz die umsatzstärkste Industriebranche ist, verringerte sich im Februar um 5,9 Prozent. In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, der zweitgrößten Branche, lag der Output vier Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Im Maschinenbau, der gemessen am Umsatz unter den Industriezweigen an dritter Stelle steht, blieb die Ausbringung fast unverändert (–0,1 Prozent).

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Feb. 2018		Jan. bis Feb. 2018			
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu					
	Jan. 2018	Feb. 2017	Jan. bis Feb. 2017			
Entwicklung der Produktion						
Industrie	-8,3 %	↓	17,1 %	↑	23,8 %	↑
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-3,4 %	↓	1,7 %	↗	5,1 %	↑
Investitionsgüterproduzenten	-2,0 %	↓	4,4 %	↑	7,2 %	↑
Konsumgüterproduzenten	-16,7 %	↓	63,5 %	↑	82,2 %	↑
Chemie	-5,9 %	↓	-1,4 %	↘	4,1 %	↑
Fahrzeugbau	-4,0 %	↓	-1,7 %	↘	3,5 %	↑
Maschinenbau	-0,1 %	↘	11,1 %	↑	12,3 %	↑
Entwicklung der Auftragseingänge						
Industrie	-7,9 %	↓	5,3 %	↑	11,1 %	↑
Inland	-9,1 %	↓	7,3 %	↑	14,2 %	↑
Ausland	-3,6 %	↓	4,3 %	↑	8,1 %	↑
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-3,9 %	↓	2,8 %	↑	7,4 %	↑
Investitionsgüterproduzenten	-5,6 %	↓	5,9 %	↑	9,4 %	↑
Konsumgüterproduzenten	-8,6 %	↓	14,4 %	↑	23,1 %	↑
Chemie	-6,5 %	↓	0,1 %	↗	6,5 %	↑
Fahrzeugbau	-2,9 %	↓	12,2 %	↑	13,5 %	↑
Maschinenbau	-11,5 %	↓	-3,5 %	↓	3,5 %	↑

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – ² Einschließlich Energie.

Trotz des Rückgangs gegenüber dem Vormonat war die bereinigte Industrieproduktion im Februar 2018 deutlich höher als im Vorjahresmonat (+17 Prozent). In allen drei industriellen Hauptgruppen gab es Zuwächse. Zwei der drei umsatzstärksten Branchen – die Chemische Industrie und die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen – verzeichneten Produktionsrückgänge. Der Maschinenbau konnte dagegen seinen Güterausstoß deutlich steigern.

Starker Rückgang der Auftrags-eingänge der Industrie gegenüber dem Vormonat

Im Februar 2018 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie deutlich gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex 7,9 Prozent unter dem hohen Niveau des Vormonats. Das Minus im Inlandsgeschäft fiel stärker aus als der Rückgang der

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



Bestellungen aus dem Ausland (-9,1 bzw. -3,6 Prozent).

Die Nachfrage nach Vorleistungsgütern schrumpfte um 3,9 Prozent. In der Investitionsgüterindustrie war das Ordervolumen 5,6 Prozent geringer als im Monat zuvor. Die größten Einbußen gab es in der Konsumgüterindustrie (-8,6 Prozent), allerdings hatten hier die Auftragseingänge im Januar auf einem außergewöhnlich hohen Niveau gelegen.

In den drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes gingen weniger Aufträge ein. In der Chemischen Industrie schrumpfte das Ordervolumen um 6,5 Prozent. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mussten einen Rückgang der Bestellungen um 2,9 Prozent hinnehmen. Im Maschinenbau nahmen die bereinigten Auftragseingänge deutlich um 11,5 Prozent ab.

Trotz des Rückgangs im Vergleich zum Vormonat lagen die Auftragseingänge im Februar 2018 über dem Niveau des Vorjahresmonats: Die Nachfrage war 5,3 Prozent höher als 2017; aus dem In- und Ausland gingen mehr Bestellungen ein (+7,3 bzw. +4,3 Prozent). Alle drei industriellen Hauptgruppen verzeichneten Zuwächse. Die drei größten Branchen entwickelten sich unterschiedlich. Während das Ordervolumen in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie deutlich höher ausfiel als ein Jahr zuvor, waren die Bestellungen im Maschinenbau rückläufig. In der Chemischen Industrie blieben die Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahresmonat fast unverändert.

Industrie mit Umsatz- und Beschäftigungsplus

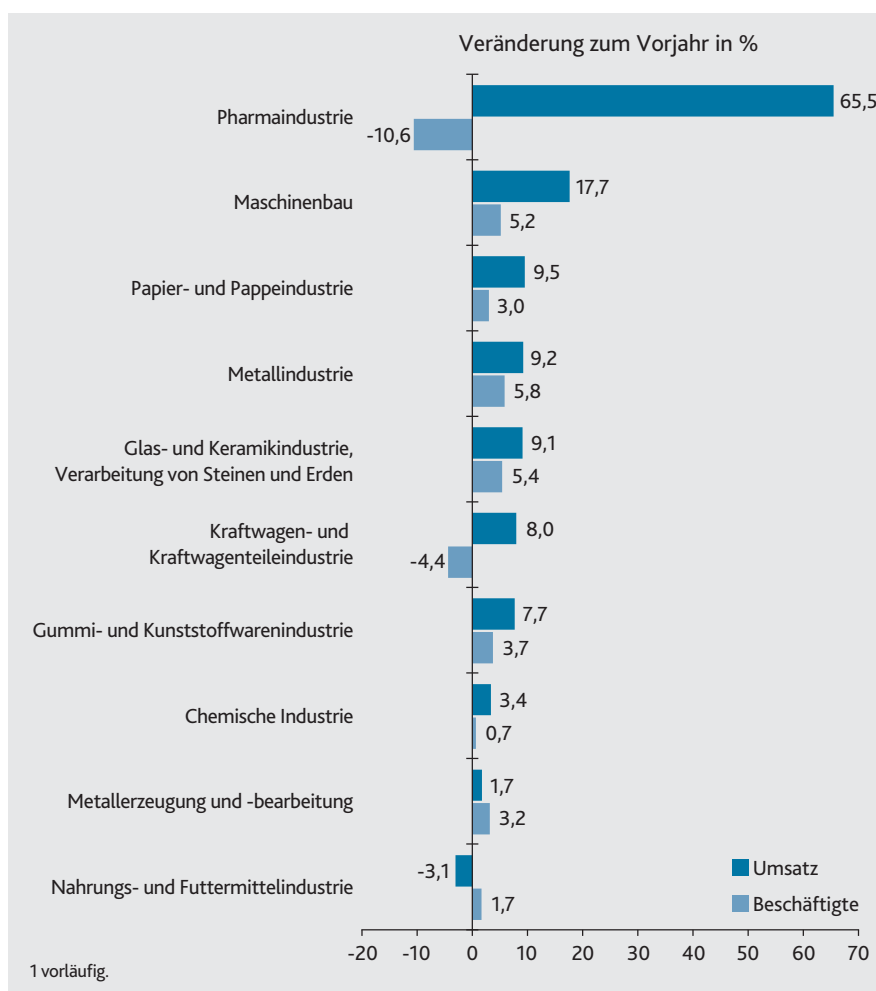
Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie sind kräftig gestiegen. Die Erlöse beliefen sich im Januar und Februar 2018 auf 15,9 Milliarden Euro, das waren 9,7 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +5,9 Prozent).

Der Inlandsumsatz war um 7,8 Prozent und der Auslandsumsatz um elf Prozent höher als im gleichen Zeitraum 2017 (Deutschland: +5,6 bzw.

+6,1 Prozent). Im Auslandsgeschäft wurden 57,9 Prozent der Erlöse erzielt (Deutschland: 50,3 Prozent). Die rheinland-pfälzische Exportquote lag damit über dem Niveau des Vorjahreszeitraums (+0,8 Prozentpunkte).

In den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben waren im Durchschnitt der ersten beiden Monate des Jahres 2018 rund 257 000 Personen tätig. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stieg die Beschäftigtenzahl um 1,9 Prozent (Deutschland: +1,5 Prozent). Das Arbeitsvolumen belief sich

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Januar und Februar 2018¹ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Feb. 2018		Jan. bis Feb. 2018	
	Veränderung des Wertes ¹ zu			
	Jan. 2018	Feb. 2017	Jan. bis Feb. 2017	
Auftragseingang	-3,5 % ↓	5,6 % ↑	6,7 % ↑	
Hochbau insgesamt	-0,4 % ↓	4,7 % ↑	5,6 % ↑	
Wohnungsbau	14,2 % ↑	-0,9 % ↓	-9,4 % ↓	
gewerblicher Hochbau	12,6 % ↑	28,4 % ↑	17,5 % ↑	
öffentlicher Hochbau	-43,6 % ↓	-39,5 % ↓	-1,2 % ↓	
Tiefbau insgesamt	-5,5 % ↓	5,3 % ↑	7,2 % ↑	
gewerblicher Tiefbau	5,0 % ↑	-16,5 % ↓	-25,7 % ↓	
Straßenbau	-16,2 % ↓	-6,5 % ↓	2,0 % ↑	
sonstiger öffentlicher Tiefbau	5,9 % ↑	56,0 % ↑	63,8 % ↑	
Baugewerblicher Umsatz	-0,4 % ↓	5,1 % ↑	8,3 % ↑	
Hochbau insgesamt	1,4 % ↑	7,4 % ↑	8,1 % ↑	
Wohnungsbau	1,2 % ↑	16,7 % ↑	18,0 % ↑	
gewerblicher Hochbau	2,2 % ↑	-2,1 % ↓	-2,0 % ↓	
öffentlicher Hochbau	0,3 % ↑	13,1 % ↑	14,5 % ↑	
Tiefbau insgesamt	-2,2 % ↓	2,8 % ↑	8,4 % ↑	
gewerblicher Tiefbau	-8,2 % ↓	5,2 % ↑	15,0 % ↑	
Straßenbau	-1,6 % ↓	1,2 % ↑	7,1 % ↑	
sonstiger öffentlicher Tiefbau	2,5 % ↑	3,8 % ↑	5,5 % ↑	

¹ Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

auf 66,1 Millionen Arbeitsstunden, was ein Plus von 0,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bedeutet (Deutschland: +2,7 Prozent).

In neun der zehn umsatzstärksten Industriebranchen waren die Erlöse im Januar und Februar 2018 höher als im Vorjahreszeitraum. Die größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchten die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (+65,5 Prozent). Im Maschinenbau war die Zuwachsrate ebenfalls zweistellig (+18 Prozent). Nur bei den Herstellern von Nahrungs- und Futtermitteln mussten Rückgänge hingenommen werden (-3,1 Prozent).

In acht der zehn umsatzstärksten Branchen war die Beschäftigtenzahl

in den ersten beiden Monaten 2018 höher als ein Jahr zuvor. Deutliche Steigerungen gab es bei den Herstellern von Metallerzeugnissen, in der Glas- und Keramikindustrie und im Maschinenbau. In der Pharmaindustrie und bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen lagen die Beschäftigtenzahlen hingegen deutlich unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im Februar niedriger als im Vormonat

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Februar 2018 weniger Aufträge und niedrigere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge gingen im Vergleich

zum Januar 2018 – kalender- und saisonbereinigt – um 3,5 Prozent zurück. Der baugewerbliche Umsatz verringerte sich leicht um 0,4 Prozent. Gegenüber den ersten beiden Monaten 2017 stieg das Ordervolumen hingegen um 6,7 Prozent, der Umsatz zog um 8,3 Prozent an.

Im Vergleich zum Januar 2018 gingen die bereinigten Auftragseingänge im Tiefbau stärker zurück als im Hochbau (-5,5 bzw. -0,4 Prozent). Der öffentliche Hochbau verzeichnete erhebliche Auftragseinbußen (-44 Prozent). Im Straßenbau blieb das Ordervolumen ebenfalls klar hinter dem Vormonatsergebnis zurück (-16 Prozent). Dagegen errechnen sich für den Wohnungsbau sowie für den gewerblichen Hochbau kräftige Auftragszuwächse (+14 bzw. +13 Prozent). Gegenüber den ersten beiden Monaten 2017 wurden sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau Nachfragesteigerungen registriert (+7,2 bzw. +5,6 Prozent).

Im Vergleich zum Januar 2018 ergab sich im Tiefbau ein Rückgang der bereinigten Erlöse um 2,2 Prozent. Im Hochbau stieg der Umsatz dagegen leicht an (+1,4 Prozent). Die stärksten Umsatzeinbußen verzeichnete der gewerbliche Tiefbau (-8,2 Prozent). Höhere Erlöse als im Vormonat gab es vor allem im sonstigen öffentlichen Tiefbau sowie im gewerblichen Hochbau (+2,5 bzw. +2,2 Prozent). Gegenüber den ersten beiden Monaten 2017 zogen die baugewerblichen Umsätze sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau deutlich an (+8,4 bzw. +8,1 Prozent).

Kleiner Weinjahrgang 2017

Die Wein ausbauenden Betriebe und Kellereien in Rheinland-Pfalz erzeugten aus der Traubenernte des Jahres 2017 rund 4,9 Millionen Hektoliter Wein und Most. Gegenüber dem Vorjahr wurden 16 Prozent weniger gekeltert. Ähnlich gering war die Erzeugung zuletzt 2010, als den Reben Trockenheit und Hitze zugesetzt hatte. Im Jahr 2017 verursachten Spätfröste ertragsmindernde Schäden.

Von der Produktionsmenge wurden 79 Prozent zu Qualitätswein ausgebaut. In den zurückliegenden zehn Jahren war der Qualitätsweinanteil nur in den Jahren 2013 und 2014 ähnlich hoch.

Auf Weißwein entfielen 65 Prozent der Weinerzeugung. Von diesen 3,2 Millionen Hektolitern wurden 71 Prozent zu Qualitätsweinen und 25 Prozent zu Prädikatsweinen verarbeitet. Rotwein wird deutlich stärker

als Qualitätswein vermarktet. Im Jahr 2017 wurden 95 Prozent der Trauben zu Qualitätswein ausgebaut.

Die Weinerzeuger und ausbauenden Unternehmen in den Anbaugebieten verarbeiten in unterschiedlichem Umfang Trauben aus dem jeweiligen Anbaugebiet und überregional geerntete Mengen. Für einen kleinen Teil (0,2 Prozent) der Weinerzeugung wurden Trauben aus anderen Anbaugebieten außerhalb von Rheinland-Pfalz zugekauft. Vor allem die Weinerzeugung der Unternehmen mit Sitz im Anbaugebiet Mosel stammt zu einem Großteil aus anderen Anbaugebieten. Von der gesamten Weinerzeugung sind nur elf Prozent Moselweine, es entfallen aber 20 Prozent der Weinerzeugung auf Betriebe und Unternehmen im Anbaugebiet. Weine aus Trauben der Pfalz werden dagegen häufiger von Unternehmen mit Sitz in anderen Anbaugebieten verarbeitet.

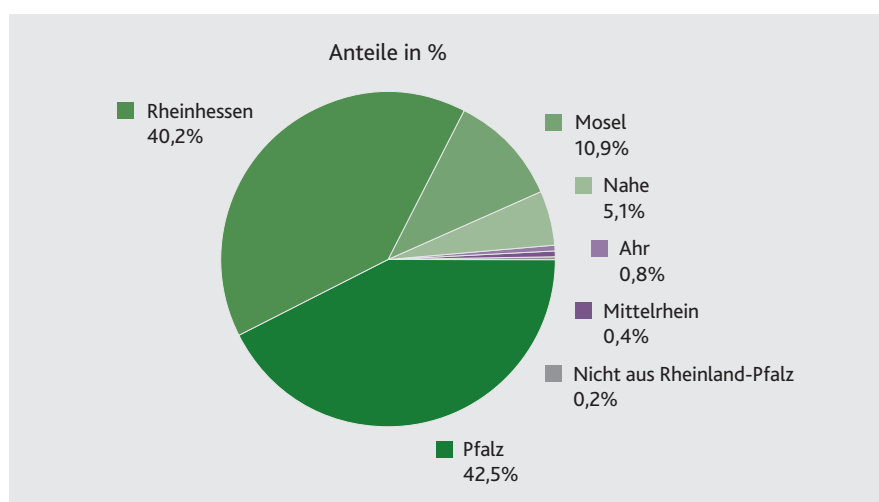
Deutlicher Rückgang bei den Ehescheidungen

Die rheinland-pfälzischen Familiengerichte sprachen im Jahr 2017 für 8 360 Ehen die Scheidung aus. Mit einem Rückgang um sechs Prozent ist die Zahl gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken. Damit setzt sich der Trend rückläufiger Scheidungszahlen weiter fort. Zu Beginn der 2000er-Jahre wurden noch mehr als 11 000 Scheidungen registriert.

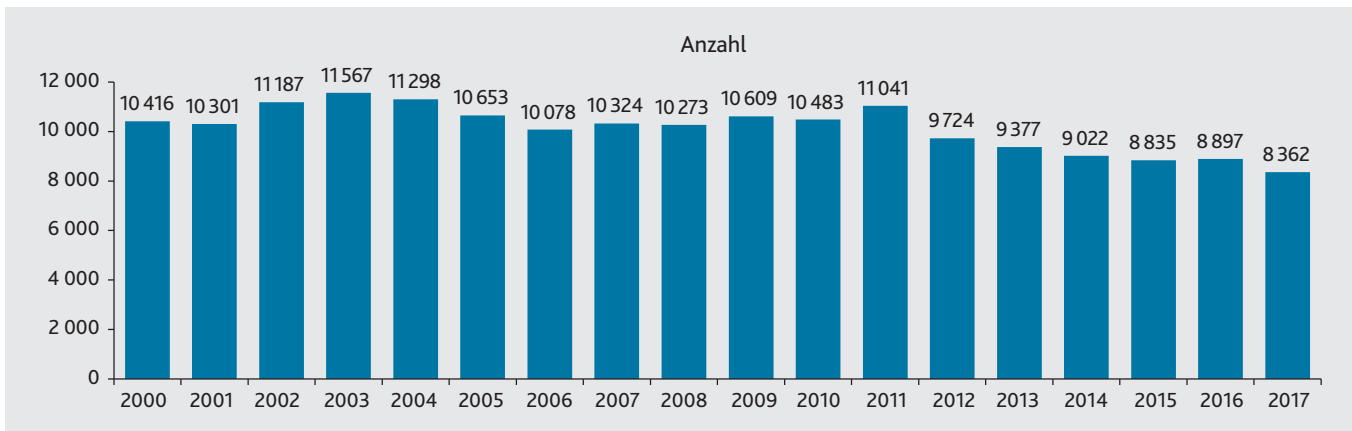
Von den 2017 beendeten Ehen scheiterten die meisten (460 bzw. sechs Prozent) im „verflixten siebten Jahr“. Allerdings hält der Trend, auch nach langjähriger Ehe getrennte Wege zu gehen, weiterhin an. Im Jahr 2017 ließen sich 1 420 Paare (17 Prozent), die bereits die silberne Hochzeit gefeiert hatten, scheiden. Im Jahr 1970 lag der Anteil noch bei vier Prozent. Zwölf Prozent der Ehen bestanden 2017 zum Zeitpunkt der Scheidung noch keine fünf Jahre. In den 70er-Jahren lag der Anteil noch bei fast 30 Prozent.

Bei Betrachtung regionalisierter Scheidungszahlen zeigen sich deutliche Unterschiede. Allerdings wird die Zahl der geschiedenen Ehen auch beeinflusst von den bei den Familiengerichten erledigten Verfahren. Innerhalb einzelner Jahre können Überhänge zu einem Mehr- bzw. Minderaufkommen führen. Um solche Unterschiede auszugleichen, ist bei Bewertung des Scheidungsaufkommens die Zusammenfassung mehrerer Jahre zu einem Berichtszeitraum sinnvoll. Im Durchschnitt der Jahre

Weinerzeugung 2017 nach Anbaugebieten



Ehescheidungen 2000–2017



2013 bis 2017 wurden landesweit knapp zehn von 1 000 bestehenden Ehen geschieden. Der Landkreis Kusel weist dabei die niedrigste Scheidungsquote auf (6,6). Die höchsten Werte verzeichnen die Stadt und der Kreis Kaiserslautern (11 bzw. 11,7) sowie der Kreis Mainz-Bingen (11,2).

Im vergangenen Jahr waren 6 030 minderjährige Kinder von der Trennung ihrer Eltern betroffen.

In 16 Prozent der Scheidungen war mindestens ein ausländischer Ehepartner beteiligt. In 804 Fällen besaßen beide Geschiedenen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen war die türkische Staatsangehörigkeit am häufigsten vertreten.

Im Jahr 2017 wurden zudem 52 gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften durch gerichtlichen Beschluss aufgehoben. Gegenüber dem Vorjahr mit 59 Aufhebungen ist dies ein Rückgang um zwölf Prozent.

Trotz steigender Ausbildungsvertragsabschlüsse: Neuer Tiefststand der Zahl der Auszubildenden

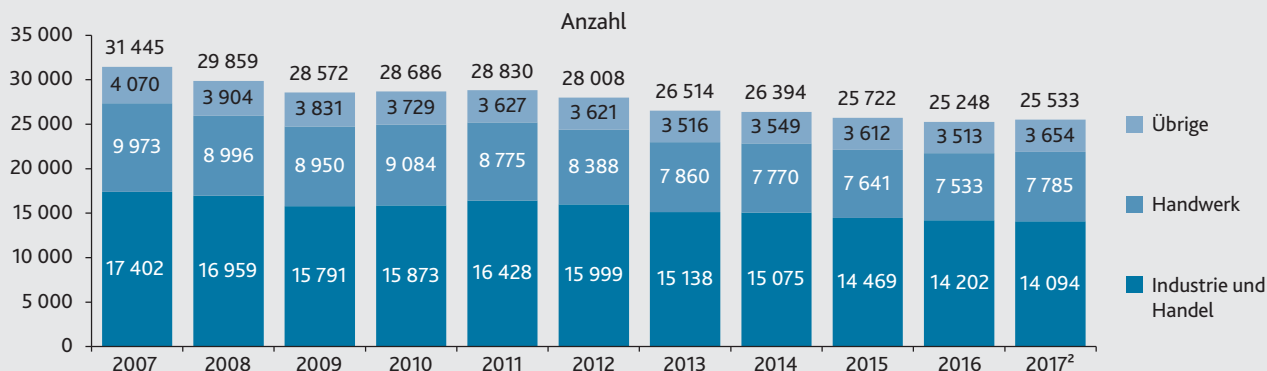
Im Jahr 2017 schlossen in Rheinland-Pfalz rund 25 500 junge Frauen und Männer im Rahmen einer dualen Berufsausbildung einen neuen Ausbildungsvertrag ab. Das waren nach vorläufiger Auswertung 285 Neuabschlüsse mehr als im Vorjahr (+1,1 Prozent). Trotz steigender Neuabschlüsse erreichte die Gesamtzahl der Auszubildenden 2017 mit 65 100 Personen einen neuen Tiefststand.

Die meisten Neuabschlüsse verzeichneten die Industrie- und Handelskammern (14 100), die Handwerkskammern (7 800) und die Kammern der freien Berufe (2 100). Mit Ausnahme der Industrie- und Handelskammern (–0,8 Prozent) meldeten alle Kammern und die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion einen Anstieg der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gegenüber dem Vorjahr. Besonders deutlich nahm sie im öffentlichen

Dienst (+4,4 Prozent) und in der Landwirtschaft (+4,3 Prozent) zu. Dabei ist zu berücksichtigen, dass neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nicht nur Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger abbilden, sondern auch Mehrfachausbildungen, Anschlussverträge sowie Wechslerinnen und Wechsler.

Sechs von zehn neuen Ausbildungsverträgen wurden von Männern abgeschlossen, in handwerklichen Berufen sogar acht von zehn. Auch in den landwirtschaftlichen Berufen (75 Prozent) und den rund 270 Ausbildungsberufen der Industrie- und Handelskammern (63 Prozent) haben mehr Männer als Frauen einen neuen Ausbildungsvertrag unterschrieben. In den Freien Berufen (92 Prozent), der Hauswirtschaft (92 Prozent) und im Öffentlichen Dienst (59 Prozent) waren hingegen die jungen Frauen in der Mehrheit.

Gegenüber dem Stand vor 30 Jahren ist die Gesamtzahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in einer

Auszubildende mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen 2007–2017 nach Ausbildungsbereichen¹

¹ Aus Geheimhaltungsgründen sind ab dem Jahr 2010 alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. – ² Vorläufige Daten.

dualen Ausbildung um rund 35 900 gesunken (–36 Prozent). Der Rückgang setzt kontinuierlich seit 2009 ein. Dies begründet sich im Wesentlichen durch den demografischen Wandel und die anhaltende Tendenz junger Menschen, einen akademischen Bildungsabschluss anzustreben oder eine vollschulische Berufsausbildung zu absolvieren.

Im Rahmen der Berufsbildungsstatistik werden nur Auszubildende erfasst, die eine duale Berufsausbildung absolvieren. Daten zu anderen Wegen der beruflichen Ausbildung, beispielsweise die Gesundheits- und Krankenpflegeausbildung an einer Schule des Gesundheitswesens, die Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher an Fachschulen, die Qualifikation zur Sozialassistentin an einer Höheren Berufsfachschule oder eine handwerkliche Goldschmiedeausbildung an der dreijährigen Berufsfachschule, sind der amtlichen Schulstatistik zu entnehmen.

1 075 Deutschlandstipendiaten

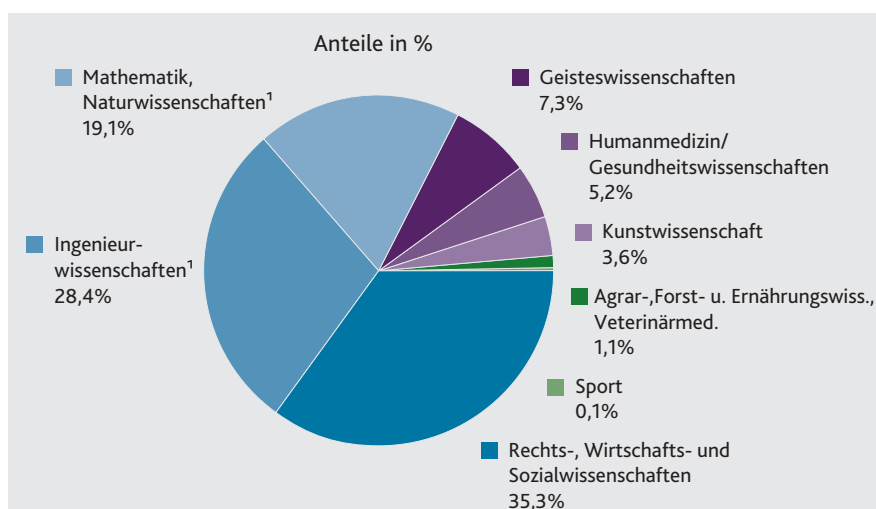
Im Jahr 2017 erhielten in Rheinland-Pfalz 1 075 Studierende, davon 589 Frauen, eine Förderung nach dem Stipendienprogrammgesetz (Deutschlandstipendium). Das sind 55 Stipendiatinnen und Stipendiaten bzw. fünf Prozent mehr als im Vorjahr.

Beinahe die Hälfte (47 Prozent) der geförderten Stipendiatinnen und

Stipendiaten war in einem mathematischen, natur- oder ingenieurwissenschaftlichen Studienfach eingeschrieben. Weitere 35 Prozent der nach dem Stipendienprogrammgesetz geförderten Studierenden kommen aus den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Im Rahmen des Deutschlandstipendiums werden besonders leistungs-

Stipendiaten/-innen 2017 nach Fächergruppen



¹ Enthält die so genannten MINT-Fächer: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

starke und engagierte Studierende für mindestens zwei Semester mit monatlich 300 Euro unterstützt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat das Ziel ausgegeben, bis zum Jahr 2017 bis zu zwei Prozent aller Studierenden im Rahmen des Stipendienprogrammgesetzes zu fördern. In Rheinland-Pfalz haben 2017 rund 0,9 Prozent aller Studierenden ein Deutschlandstipendium erhalten.

Da das Deutschlandstipendium jeweils hälftig vom Bund und von privaten Stiftern finanziert wird, kommen regionale und institutionelle Unterschiede durch die Fächerangebote der Hochschulen, die Ressourcen der Hochschulen zur Akquise der Förderer, die regionale Anzahl fördernder Betriebe, Institutionen und Privatpersonen sowie durch die finan-

ziellen Fördermöglichkeiten bisheriger Stifterinnen und Stifter zustande.

Die meisten Stipendiatinnen und Stipendiaten waren an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (325) und der Technischen Universität Kaiserslautern (202) eingeschrieben. Den höchsten Anteil an Deutschlandstipendiaten unter den Studierenden hatten die Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung Vallendar (zwei Prozent) und die Hochschule Mainz (1,8 Prozent).

Girls' and Boys' Day: Berufs- und Studienwahl junger Frauen und Männer

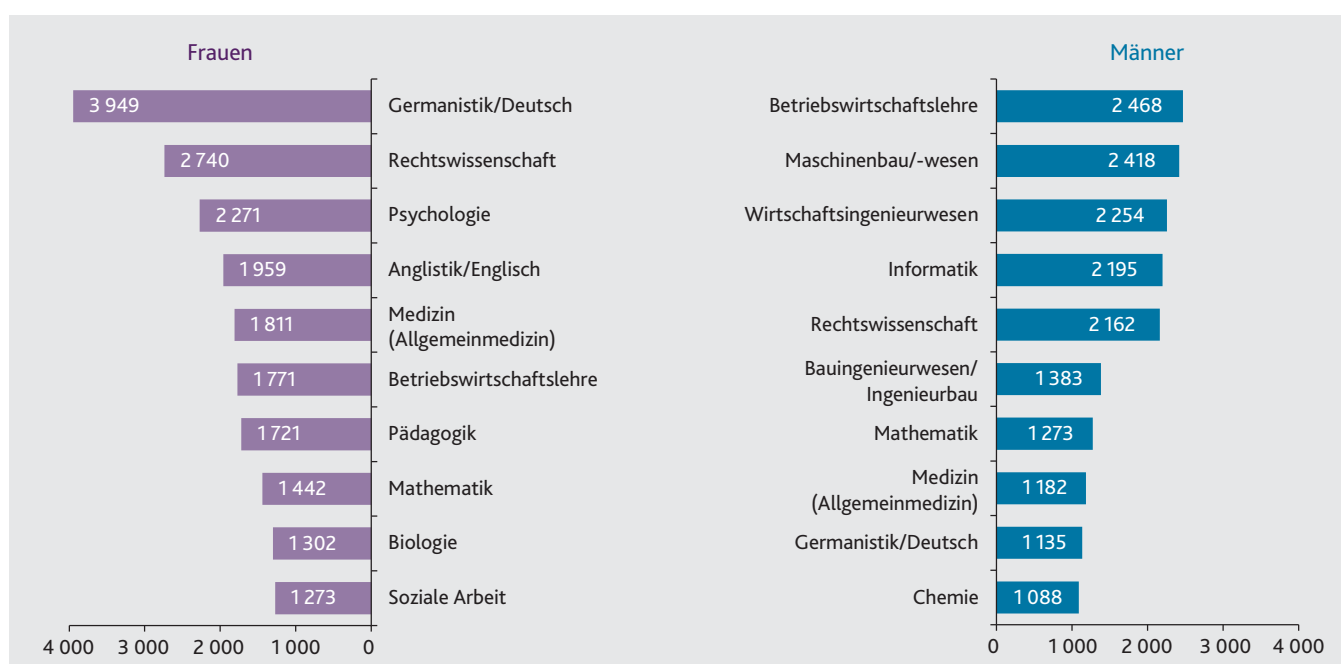
Im Bildungswesen, in der Berufs- und Studienwahl sowie in der Berufspraxis bestehen nach wie vor stereotype Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Das belegen Zahlen,

die das Statistische Landesamt anlässlich des Girls' Day bzw. Boys' Day am 26. April 2018 veröffentlicht hat.

Im Rahmen des Girls' and Boys' Day lernen junge Männer Berufsfelder kennen, in denen häufiger Frauen tätig sind, und junge Frauen Berufe, die traditionell eher von Männern ausgeübt werden. Dabei sollen die Jugendlichen ihre Fähigkeiten und Interessen erkunden, die Vielfalt der Lebensentwürfe und Laufbahntwicklungen erleben und differenzierte Rollenbilder erfahren.

Bereits an allgemeinbildenden Schulen zeigten sich 2017 geschlechterspezifische Unterschiede in den Bildungsverläufen. Während junge Männer unter den Absolventinnen und Absolventen mit Berufsreife in der Mehrzahl waren (61 Prozent), lag der Frauenanteil unter den Abiturien-

Studierende im Sommersemester 2017 nach Geschlecht und den zehn am stärksten besetzten Studienfächern



tinnen und Abiturienten elf Prozentpunkte über dem Anteil der Männer. Außerdem waren männliche Schüler häufiger unter den Nichtversetzten (61 Prozent) und den Schulabgängern ohne Berufsreife (62 Prozent) vertreten.

Bei der Wahl mathematisch-naturwissenschaftlicher Leistungskurse in der gymnasialen Oberstufe unterschieden sich die Geschlechter ebenfalls: Obwohl mit einem Anteil von 55 Prozent mehr Frauen als Männer die gymnasiale Oberstufe besuchten, belegten wesentlich mehr Männer als Frauen die MINT-Leistungskurse Informatik (87 Prozent), Physik (77 Prozent), Mathematik (59 Prozent) und Chemie (55 Prozent). Nur in der Biologie waren die Frauen in der Mehrzahl (62 Prozent).

An berufsbildenden Schulen und den Schulen des Gesundheitswesens zählten bei den Frauen die Ausbildungen zur Erzieherin (4 700), zur Gesundheits- und Krankenpflegerin (3 000) und zur Kauffrau für Büromanagement (2 800) zu den beliebtesten berufsqualifizierenden Bildungsgängen. Die zehn von Frauen am häufigsten besuchten Ausbildungsgänge sind im Wesentlichen sozialen, pflegerischen und kaufmännischen Berufen zuzuordnen.

Unter den jungen Männern an berufsbildenden Schulen wurden die berufsqualifizierenden Bildungsgänge zum Elektroniker (4 600), Kraftfahrzeugmechatroniker (3 700) und Anlagenmechaniker (2 700) am häufigsten besucht. Männer präferierten häufig technisch-handwerkliche Berufe.

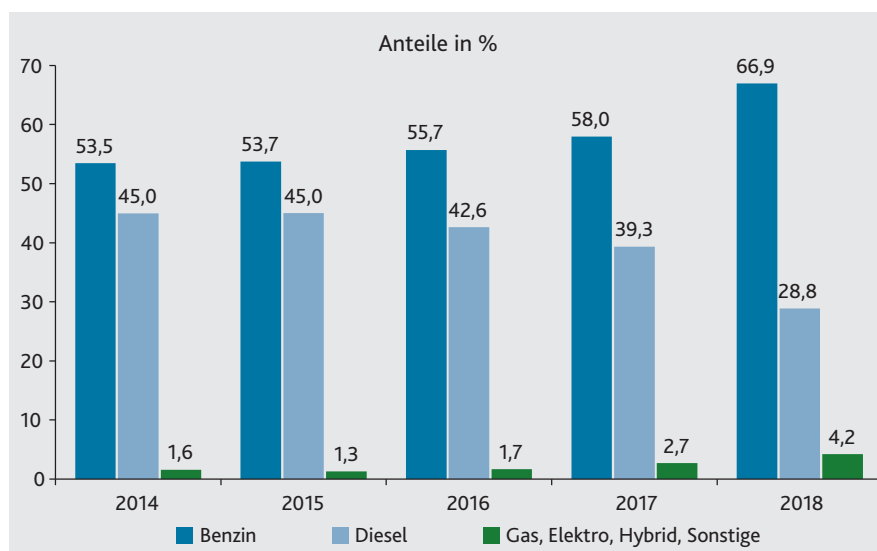
Wie in der Wahl der beruflichen Ausbildung bestehen auch in der Studienfachwahl Unterschiede zwischen jungen Frauen und Männern. Im Sommersemester 2017 studierten Männer häufig ein naturwissenschaftlich-technisches Studienfach. Dagegen waren bei den jungen Frauen eher geistes-, sozial- und rechtswissenschaftliche Fächer beliebt. Mit rund 3 900 Studentinnen waren die meisten Frauen in das Fach Germanistik/Deutsch eingeschrieben, gefolgt von den Fächern Rechtswissenschaft (2 700), Psychologie (2 300), Anglistik/Englisch (2 000) und Medizin (1 800). Bei den jungen Männern waren hingegen Betriebswirtschaftslehre (2 500), Maschinenbau/-wesen (2 400), Wirtschaftsingenieurwesen (2 300), Informatik und Rechtswissenschaft (jeweils 2 200) die meistgewählten Fächer.

Zahl neu zugelassener Diesel-Pkw sinkt weiter

In den ersten drei Monaten des Jahres 2018 wurden in Rheinland-Pfalz 34 900 Personenkraftwagen neu zugelassen. Das waren rund 2 400 Fahrzeuge bzw. 7,4 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Für Deutschland insgesamt war ein Anstieg von vier Prozent zu verzeichnen.

Der bereits seit einiger Zeit zu beobachtende Rückgang bei den Neuzulassungen von Diesel-Pkw hat sich im ersten Quartal 2018 fortgesetzt. Lediglich rund 10 000 der knapp 35 000 neu zugelassenen Pkw hatten einen Dieselmotor, das entspricht einem Anteilswert von 29 Prozent (Deutschland: 32 Prozent). Im ersten Quartal 2017 lag der entsprechende Wert für Rheinland-Pfalz noch bei gut 39 Prozent, von 2014 bis 2016 bei deutlich über 40 Prozent. Die anhal-

Neuzulassungen von Personenkraftwagen im 1. Quartal 2014–2018 nach Kraftstoffarten



tende öffentliche Diskussion um die Emissionen von Dieselfahrzeugen dürfte einer der Hauptgründe für diese Entwicklung sein.

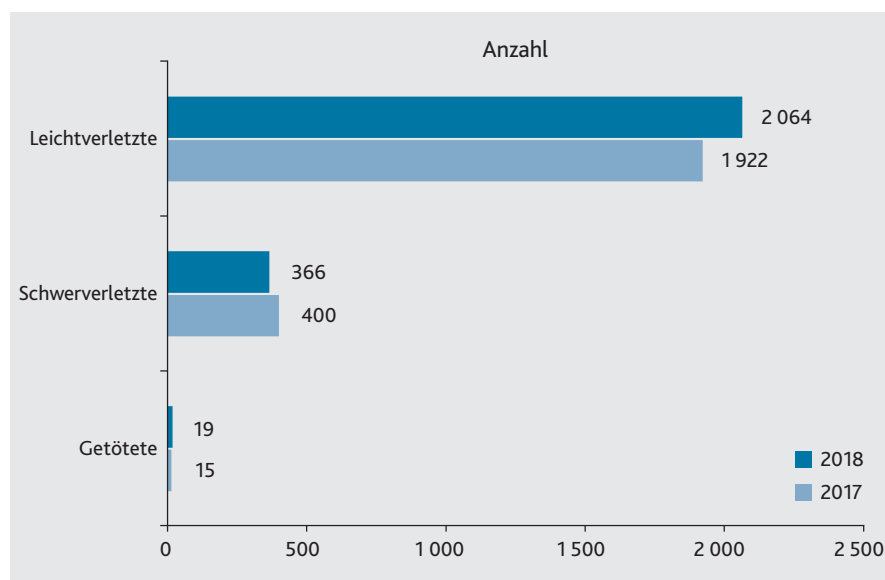
Die Anzahl der neu zugelassenen Krafträder stieg um 6,4 Prozent auf 1 900. Bei den Lastkraftwagen war eine Zunahme der Neuzulassungen um 6,3 Prozent auf 3 285 zu verzeichnen. Dagegen verringerte sich die Zahl der Zulassungen bei den Zugma-

schinen um 18 Prozent auf 889 Fahrzeuge. Insgesamt wurden in den ersten drei Monaten des Jahres 2018 in Rheinland-Pfalz 41 200 Kraftfahrzeuge neu angemeldet. Das waren 6,2 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2017. Deutschlandweit ergab sich ein Plus von 3,4 Prozent.

Die Anzahl der Besitzumschreibungen bei den gebrauchten Personenkraftwagen verringerte sich gegenüber

dem Vorjahreszeitraum um vier Prozent auf 98 500. Auch bei den Krafträdern (–21 Prozent) und bei den Zugmaschinen (–7,1 Prozent) waren Rückgänge zu verzeichnen. Dagegen erhöhte sich die Anzahl der Besitzumschreibungen bei den Lastkraftwagen um 2,4 Prozent. Insgesamt wechselten 111 100 Kraftfahrzeuge ihren Besitzer; das waren 4,7 Prozent weniger als in den ersten drei Monaten 2017 (Deutschland: –4,4 Prozent).

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Februar 2017 und 2018



Mehr Todesopfer im Straßenverkehr

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2018 verloren in Rheinland-Pfalz 19 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben.

Nach vorläufigen Angaben waren das vier Todesopfer mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten ging um 8,5 Prozent auf 366 zurück. Leicht verletzt wurden 2 064 Personen, das waren 7,4 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der von der Polizei insgesamt registrierten Unfälle stieg um 4,6 Prozent auf 22 257.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im April 2018

Die Teuerungsrate ist im April 2018 auf 1,5 Prozent gesunken. Die Energiepreise waren nur um 0,7 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Mineralölprodukte verteuerten sich um 2,1 Prozent. Dabei schlug insbesondere der Anstieg der Heizölpreise zu Buche (+8 Prozent). Allerdings war Gas billiger als im Vorjahresmonat (–2,3 Prozent). Für Nahrungsmittel mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher wesentlich tiefer in die Tasche greifen als im Vorjahresmonat; die Preise stiegen um 3,5 Prozent. Aber auch Obst war deutlich teurer als ein Jahr zuvor (+6,3 Prozent).

Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, verringerte sich leicht auf 1,5 Prozent.

In zehn der zwölf Hauptgruppen lagen die Preise über dem Niveau des Vorjahresmonats. Den stärksten Anstieg gab es bei

alkoholischen Getränken und Tabakwaren (+3,6 Prozent). Dicht dahinter folgte der Bereich Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke mit einer Preissteigerung von 3,5 Prozent. In den Hauptgruppen „Bekleidung und Schuhe“ sowie „Nachrichtenübermittlung“ sank das Preisniveau (–0,5 bzw. –0,4 Prozent).

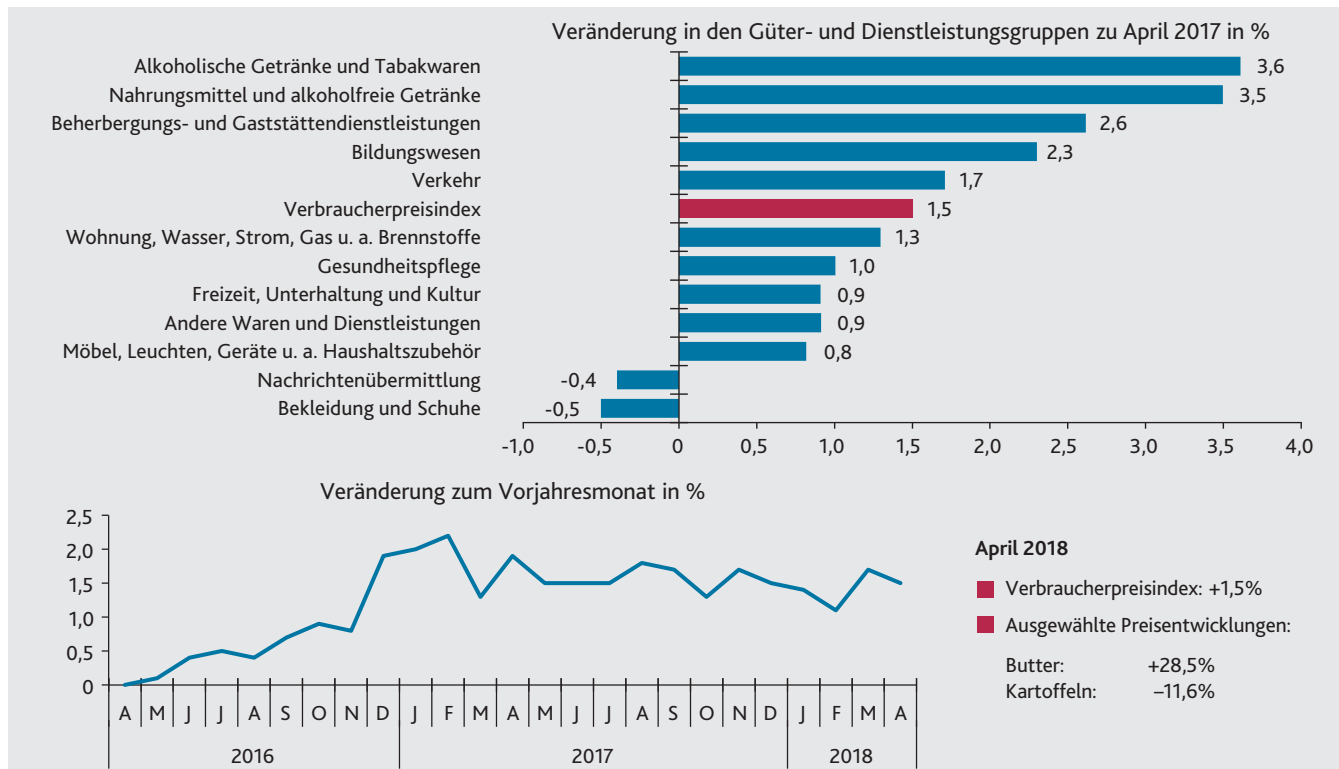
Gegenüber dem Vormonat ist der Verbraucherpreisindex im April 2018 leicht um 0,1 Prozent gesunken. Die Preise für Waren und Dienstleistungen aus dem Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ lagen um 3,1 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Der wesentliche Grund dafür ist eine deutliche Preissenkung bei Pauschalreisen (–13 Prozent). Die stärksten Preissteigerungen gab es bei alkoholischen Getränken und Tabakwaren sowie im Bereich Verkehr (+1,3 bzw. +1 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im April 2018

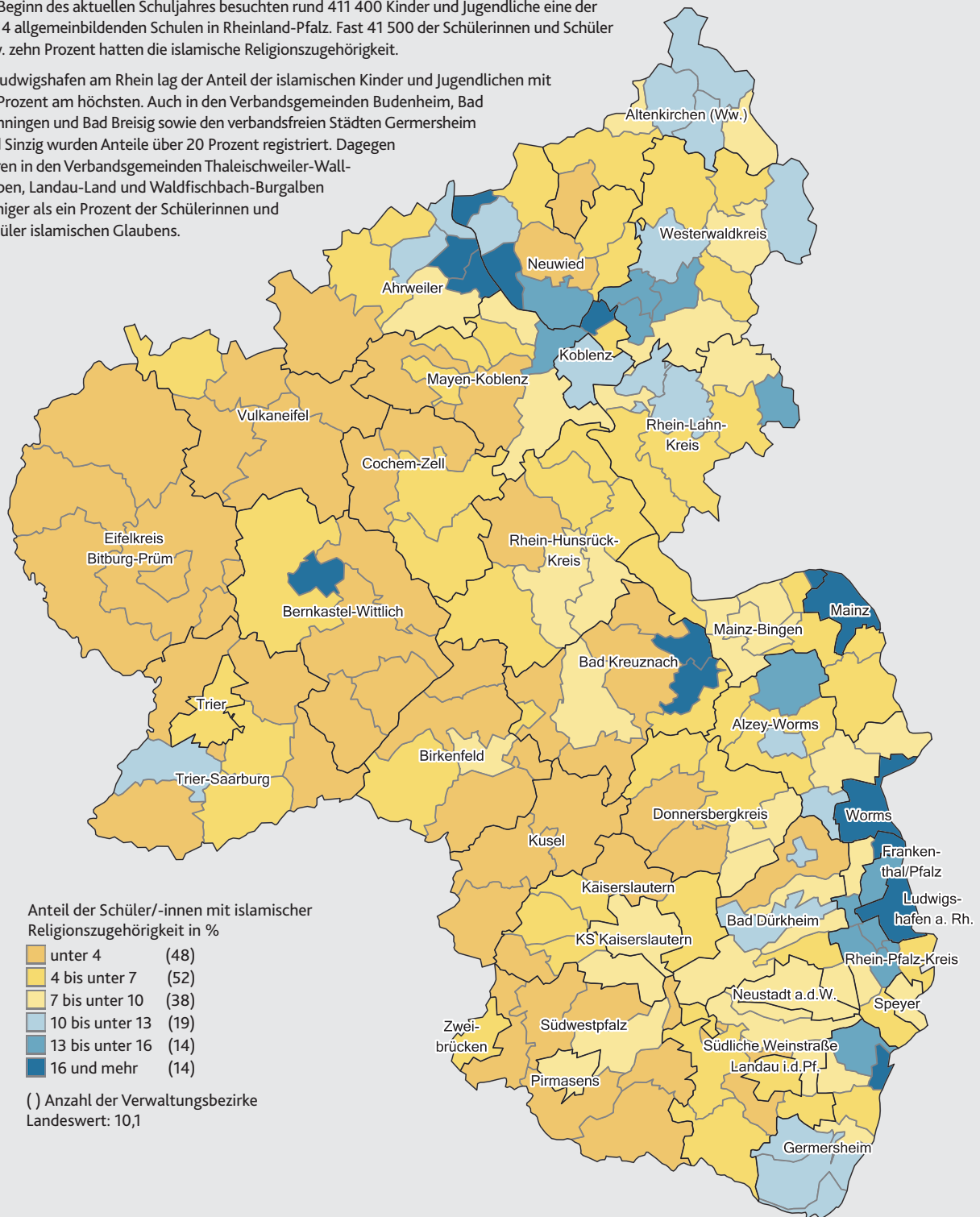


Schüler/-innen mit islamischer Religionszugehörigkeit im Schuljahr 2017/18

Jede bzw. jeder Zehnte ist islamischen Glaubens

Zu Beginn des aktuellen Schuljahres besuchten rund 411 400 Kinder und Jugendliche eine der 1 514 allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Fast 41 500 der Schülerinnen und Schüler bzw. zehn Prozent hatten die islamische Religionszugehörigkeit.

In Ludwigshafen am Rhein lag der Anteil der islamischen Kinder und Jugendlichen mit 32 Prozent am höchsten. Auch in den Verbandsgemeinden Budenheim, Bad Hönningen und Bad Breisig sowie den verbandsfreien Städten Germersheim und Sinzig wurden Anteile über 20 Prozent registriert. Dagegen waren in den Verbandsgemeinden Thaleischweiler-Wallhalben, Landau-Land und Wald Fischbach-Burgalben weniger als ein Prozent der Schülerinnen und Schüler islamischen Glaubens.



Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2017

Bruttoinlandsprodukt steigt um 2,5 Prozent



Von Dr. Annette Illy

Die Wirtschaft ist 2017 kräftig gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt nahm preisbereinigt um 2,5 Prozent zu und damit etwas stärker als in Deutschland. Kräftige Wachstumsimpulse kamen vor allem aus dem Verarbeitenden Gewerbe. Auch das Baugewerbe entwickelte sich sehr positiv. Die Dienstleistungsbereiche verzeichneten zwar ebenfalls Wertschöpfungszuwächse, diese fielen jedoch deutlich schwächer aus. Die Arbeitsproduktivität der rheinland-pfälzischen Wirtschaft stieg gegenüber 2016. Auch das Arbeitnehmerentgelt je Stunde erhöhte sich; die Lohnstückkosten blieben konstant.

Wirtschaftswachstum gewinnt an Dynamik

Bruttoinlandsprodukt steigt preisbereinigt um 2,5 Prozent

Das Wirtschaftswachstum hat im Berichtsjahr wieder Fahrt aufgenommen. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt 2016 preisbereinigt nur um 0,8 Prozent gestiegen war, nahm die Wirtschaftsleistung 2017 um 2,5 Prozent zu. Der Zuwachs lag damit auf dem Niveau von 2015. Nach ersten, noch vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ fiel das Wachstum in Rheinland-Pfalz höher aus als in Deutschland (+2,2 Prozent) und in den alten Bundesländern ohne Berlin (+2,3 Prozent). Im Vergleich mit den anderen Ländern belegt Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Niedersachsen den vierten Platz.

In jeweiligen Preisen erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt im Berichtsjahr um 5,8 Milliarden Euro bzw. 4,2 Prozent auf 144 Milliarden Euro (Deutschland: +3,8 Prozent). Damit erwirtschaftete Rheinland-Pfalz 4,4 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts.

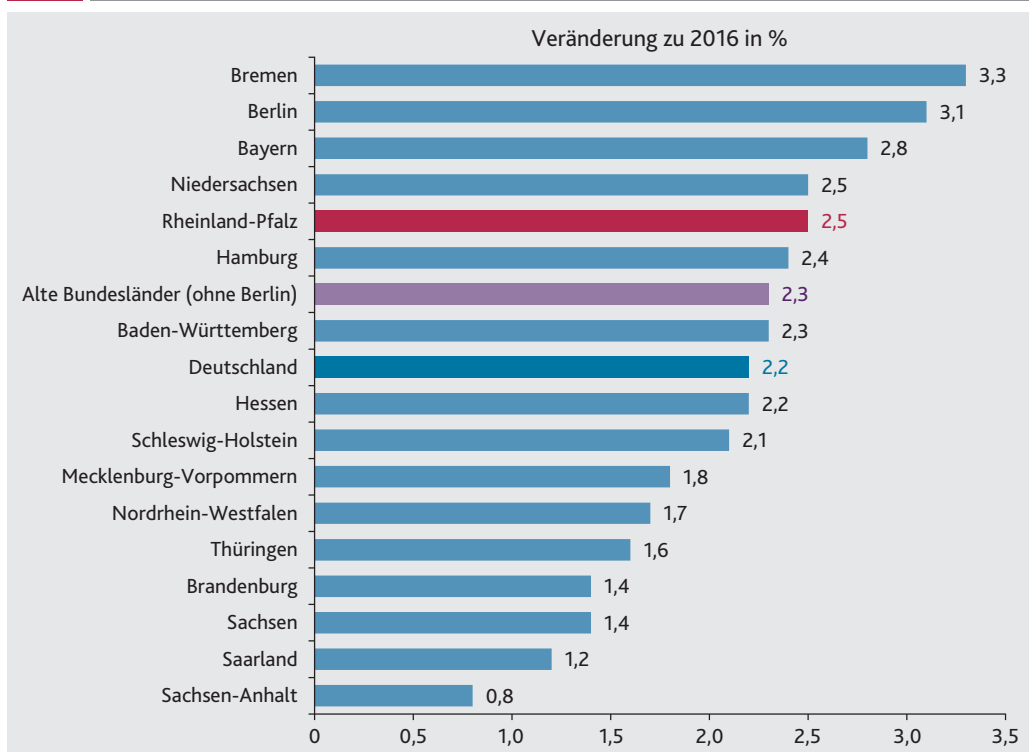
Bruttoinlandsprodukt beträgt 144 Milliarden Euro

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet („Inland“) produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode somit in erster Linie ein Produktionsindikator (Inlandskonzept).

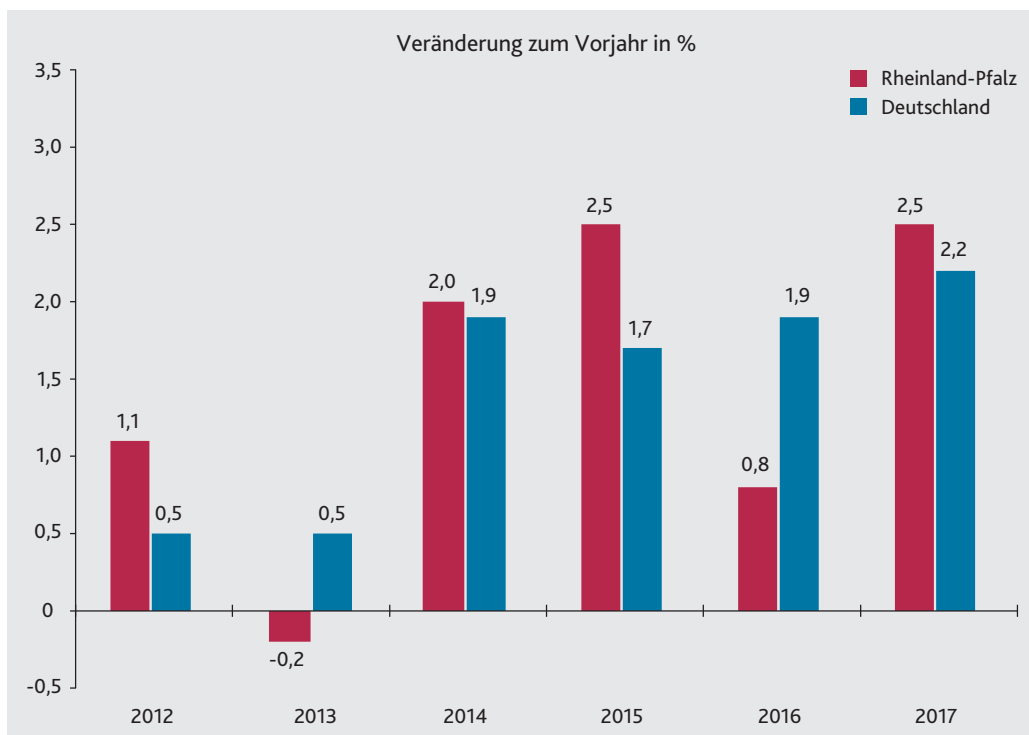
G 1

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2017 nach Bundesländern



G 2

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2012–2017



T 1

Bruttoinlandsprodukt 2016 und 2017 nach Ländern

Land	In jeweiligen Preisen				Preisbereinigt		
	2016	2017			2016	2017	
	Mill. EUR	Veränderung zu 2016 in %	Anteil an Deutschland in %		Kettenindex: 2010=100	Veränderung zu 2016 in %	
Baden-Württemberg	476 274	493 265	3,6	15,1	112,9	115,5	2,3
Bayern	569 810	594 447	4,3	18,2	115,0	118,3	2,8
Berlin	130 537	136 614	4,7	4,2	113,0	116,6	3,1
Brandenburg	66 942	69 132	3,3	2,1	107,8	109,2	1,4
Bremen	32 056	33 662	5,0	1,0	108,4	112,0	3,3
Hamburg	112 959	117 572	4,1	3,6	107,7	110,3	2,4
Hessen	269 440	279 085	3,6	8,6	107,4	109,8	2,2
Mecklenburg-Vorpommern	41 019	42 783	4,3	1,3	105,1	107,0	1,8
Niedersachsen	276 270	287 959	4,2	8,8	113,0	115,8	2,5
Nordrhein-Westfalen	668 912	691 518	3,4	21,2	107,6	109,5	1,7
Rheinland-Pfalz	138 500	144 308	4,2	4,4	109,9	112,6	2,5
Saarland	34 331	35 300	2,8	1,1	103,0	104,2	1,2
Sachsen	118 199	121 738	3,0	3,7	112,3	113,8	1,4
Sachsen-Anhalt	59 078	60 695	2,7	1,9	104,1	104,9	0,8
Schleswig-Holstein	89 825	93 367	3,9	2,9	110,8	113,1	2,1
Thüringen	59 898	61 906	3,4	1,9	112,3	114,1	1,6
Deutschland	3 144 050	3 263 350	3,8	100	110,7	113,1	2,2
Nachrichtlich:							
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	2 668 376	2 770 482	3,8	84,9	110,8	113,3	2,3
Neue Bundesländer (ohne Berlin)	345 137	356 254	3,2	10,9	109,0	110,5	1,4

Starkes Wachstum im ersten Halbjahr

Höchster
Anstieg der
Wertschöpfung
im zweiten
Quartal

Die unterjährige Betrachtung zeigt, dass die rheinland-pfälzische Wirtschaft sehr gut in das Jahr 2017 startete. Im ersten Quartal nahm das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,9 Prozent zu und im zweiten Quartal um 1,1 Prozent. In der zweiten Jahreshälfte ließ die Wachstumsdynamik allerdings deutlich nach. Im dritten und vierten Quartal erhöhte sich die Wirtschaftsleistung nur noch um 0,3 bzw. 0,2 Prozent. Das Wachstumstempo ließ im Laufe des Jahres in allen Wirtschaftsbereichen nach.

Dienstleistungsbereiche
stagnieren im
zweiten
Halbjahr

In allen vier Quartalen kamen die größten Wachstumsimpulse aus dem Verarbeitenden Gewerbe. Auch das Baugewerbe legte in der ersten Jahreshälfte ordentlich zu. Im dritten Quartal schwächte sich das Wachstum allerdings deutlich ab und im

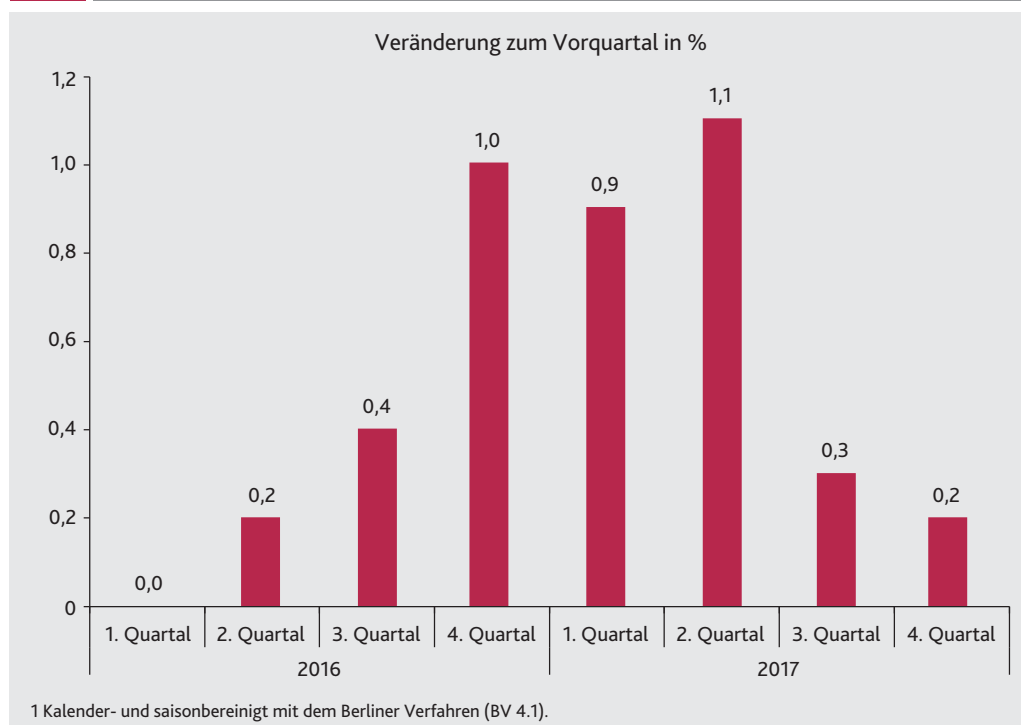
vierten Quartal ging die Wertschöpfung im Vergleich zum Vorquartal sogar leicht zurück. Die Dienstleistungsbereiche wuchsen bereits im ersten Halbjahr nur moderat. In der zweiten Jahreshälfte stagnierte in diesem Sektor die wirtschaftliche Entwicklung.

Kräftiger Zuwachs im Verarbeitenden Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe trug 2017 maßgeblich zur guten Wirtschaftsentwicklung bei. Nach einem kräftigen Wachstum 2015 (+4,8 Prozent) und einem leichten Zuwachs 2016 (+0,4 Prozent) nahm die Bruttowertschöpfung 2017 preisbereinigt um 5,9 Prozent zu. Damit fiel der Anstieg wesentlich stärker aus als im Bundesdurchschnitt (+3 Prozent). Mit einem Anteil von 27 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung hat das Verarbeitende Gewerbe in Rhein-

Starke
Wachstums-
impulse aus
der Industrie

G 3

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt¹ 2016 und 2017 nach Quartalen

land-Pfalz ein deutlich höheres Gewicht als in Deutschland insgesamt (23 Prozent). Der Wachstumsbeitrag der Industrie war aufgrund des kräftigen Wertschöpfungszuwachses und des überdurchschnittlichen Gewichts mit 1,6 Prozentpunkten mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland (0,7 Prozentpunkte).

Quartalergebnisse

Die Quartalergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bzw. der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz beruhen auf einer ökonometrischen Schätzung, bei der die vom Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder« ermittelten Jahresergebnisse mithilfe von Indikatoren, die quartalsweise aus den Unternehmensstatistiken vorliegen (z. B. Umsätze und Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen), auf die Quartale verteilt werden.

Die Entwicklung der Industrieumsätze in jeweiligen Preisen zeigt, dass der Wertschöpfungsanstieg sowohl auf das Inlands- als auch auf das Auslandsgeschäft zurückzuführen ist. Die Inlandserlöse stiegen 2017 um 7,2 Prozent. Der Zuwachs der Auslandsumsätze fiel mit einem Plus von 9,1 Prozent sogar noch etwas höher aus.

Die im Vergleich zu Deutschland überdurchschnittliche Entwicklung der Bruttowertschöpfung ist vor allem auf die Vorleistungsgüterindustrie zurückzuführen, die in Rheinland-Pfalz mehr als die Hälfte der Umsätze generiert (Deutschland: 37 Prozent) und von der Chemischen Industrie dominiert wird. Die Erlöse der Vorleistungsgüterindustrie nahmen 2017 um zwölf Prozent zu (Deutschland: +7,7 Prozent).

Deutlicher Anstieg der Umsätze in der Vorleistungsgüterindustrie

Hohes Wachstum im Baugewerbe

Ähnlich gut wie in der Industrie verlief die Entwicklung im Baugewerbe, das in Rhein-

T 2

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2017 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	In jeweiligen Preisen			Preisbereinigt	
	Rheinland-Pfalz		Deutschland	Rheinland-Pfalz	Deutschland
	Mill. EUR	Veränderung zu 2016 in %			
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	144 308	4,2	3,8	2,5	2,2
Bruttowertschöpfung insgesamt	130 055	4,3	3,9	2,5	2,3
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 416	6,8	19,8	-7,1	-0,8
Produzierendes Gewerbe	45 600	7,2	4,2	5,2	2,6
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	38 905	6,7	3,6	5,3	2,7
Verarbeitendes Gewerbe	35 104	7,3	3,9	5,9	3,0
Baugewerbe	6 695	10,1	7,6	4,4	2,1
Dienstleistungsbereiche	83 039	2,7	3,5	1,3	2,2
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	23 826	3,1	4,1	2,1	3,1
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	28 732	1,7	2,6	0,8	1,6
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	30 481	3,3	4,0	1,2	1,9

Anstieg der Wertschöpfung im Baugewerbe um 4,4 Prozent

land-Pfalz gut fünf Prozent zur gesamten Wertschöpfung beiträgt (Deutschland: 4,9 Prozent). Preisbereinigt legte die Wirtschaftsleistung in diesem Bereich um 4,4 Prozent zu und steuerte damit 0,2 Prozentpunkte zum gesamten Wirtschaftswachstum bei. Der Wertschöpfungszuwachs im Baugewerbe war deutlich kräftiger als im Bundesdurchschnitt (+2,1 Prozent). Sowohl das Bauhauptgewerbe als auch das Ausbaugewerbe leisteten einen Beitrag zum Wachstum. Die baugewerblichen Umsätze im Bauhauptgewerbe nahmen nominal um zwölf Prozent zu (Deutschland: +8,5 Prozent). Die ausbaugewerblichen Umsätze stiegen um 6,1 Prozent (Deutschland: +5,6 Prozent).

Wertschöpfungsanstieg auch in den Dienstleistungsbereichen

Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen steigt unterdurchschnittlich

Auch die Dienstleistungsbereiche verzeichneten 2017 ein Wachstum. Der Zuwachs fiel mit +1,3 Prozent aber deutlich geringer aus als im Bundesdurchschnitt (+2,2 Prozent) und im Produzierenden Gewerbe in Rhein-

land-Pfalz. Der Anteil der Dienstleistungsbereiche an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beläuft sich auf 64 Prozent (Deutschland: 69 Prozent). Aufgrund dieses hohen Gewichts steuerte der tertiäre Sektor trotz des geringeren Wertschöpfungsanstiegs 0,8 Prozentpunkte zum Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft bei.

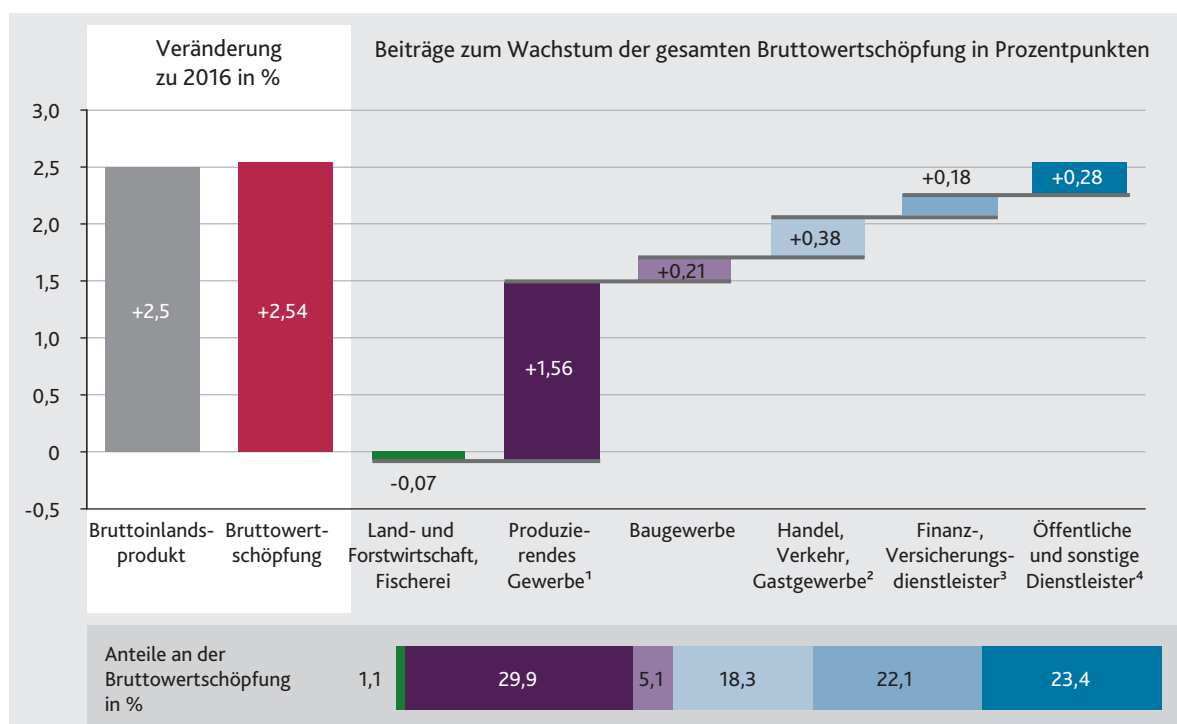
Den größten Zuwachs wies wie im Jahr zuvor der mit einem Wertschöpfungsanteil von 18 Prozent kleinste Teilsektor „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ auf. Im Berichtsjahr nahm die Wertschöpfung preisbereinigt um 2,1 Prozent zu. Das ist ein Prozentpunkt weniger als in Deutschland (+3,1 Prozent). Dabei entwickelte sich der Teilbereich „Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe“ mit einem Plus von 2,3 Prozent deutlich besser als der Abschnitt „Information und Kommunikation“ (+1,1 Prozent).

„Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“: +2,1 Prozent

Der Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“, der 22 Prozent

G 4

Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche 2017



1 Ohne Baugewerbe; Wirtschaftsabschnitte B bis E. – 2 Einschließlich Information und Kommunikation; Wirtschaftsabschnitte G bis J. – 3 Einschließlich Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen; Wirtschaftsabschnitte K bis N. – 4 Einschließlich Erziehung, Gesundheit; Wirtschaftsabschnitte O bis T.

„Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“:
+0,8 Prozent

der rheinland-pfälzischen Wertschöpfung erwirtschaftete, wies den geringsten Anstieg auf. Mit einem Plus von 0,8 Prozent fiel der Zuwachs zudem niedriger als im Bundesdurchschnitt aus (+1,6 Prozent). Zum Wachstum trugen sowohl die Unternehmensdienstleister mit einem Plus von 1,4 Prozent als auch der größte Teilbereich, das Grundstücks- und Wohnungswesen, mit einem Plus von 1,2 Prozent bei. Die Wirtschaftsleistung der Finanz- und Versicherungsdienstleister war hingegen erneut rückläufig (-2,2 Prozent).

„Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“:
+1,2 Prozent

Der größte Teilsektor der Dienstleistungsbereiche ist der Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ mit einem Wertschöpfungsanteil von 23 Prozent (Deutschland: 22 Prozent). Die Bruttowertschöpfung stieg in diesem

Bereich um 1,2 Prozent und damit ebenfalls deutlich schwächer als in Deutschland (+1,9 Prozent). Der Wirtschaftsbereich wird von dem Unterbereich „Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ dominiert, dessen Wertschöpfung um 1,4 Prozent zunahm. Im kleineren Teilbereich „Sonstige Dienstleister“ legte die Wirtschaftsleistung dagegen nur um 0,4 Prozent zu. Zu diesem Bereich gehören beispielsweise künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten, Bibliotheken und Museen, Interessenvertretungen und kirchliche Vereinigungen, persönliche Dienstleistungen sowie häusliche Dienste.

Arbeitsproduktivität steigt kräftig

Die Erwerbstätigkeit ist 2017 das achte Jahr in Folge gestiegen. Mit 2,02 Millionen Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt wurde ein

Erwerbstätigkeit
nimmt um
ein Prozent zu

neuer Rekordwert erreicht. Gegenüber 2016 war dies ein Anstieg um 20 100 Erwerbstätige bzw. ein Prozent (Deutschland: +1,5 Prozent). Dazu trugen vor allem die Dienstleistungsbe-
reiche bei. Die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ (+7 300 Personen; +1,1 Prozent). Die prozentual höchste Steigerung erzielte der Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ (+1,9 Prozent bzw. +5 100 Personen). Auch im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ waren 2017 deutlich mehr Personen erwerbstätig als im Vorjahr (+5 100 Personen bzw. +1 Prozent). Das Baugewerbe verzeichnete eine Zunahme der Erwerbstätigen um 1 300 Personen bzw. +1 Prozent. Dagegen nahm die Erwerbstätigkeit im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe nur um 1 400 Personen bzw. 0,3 Prozent zu.

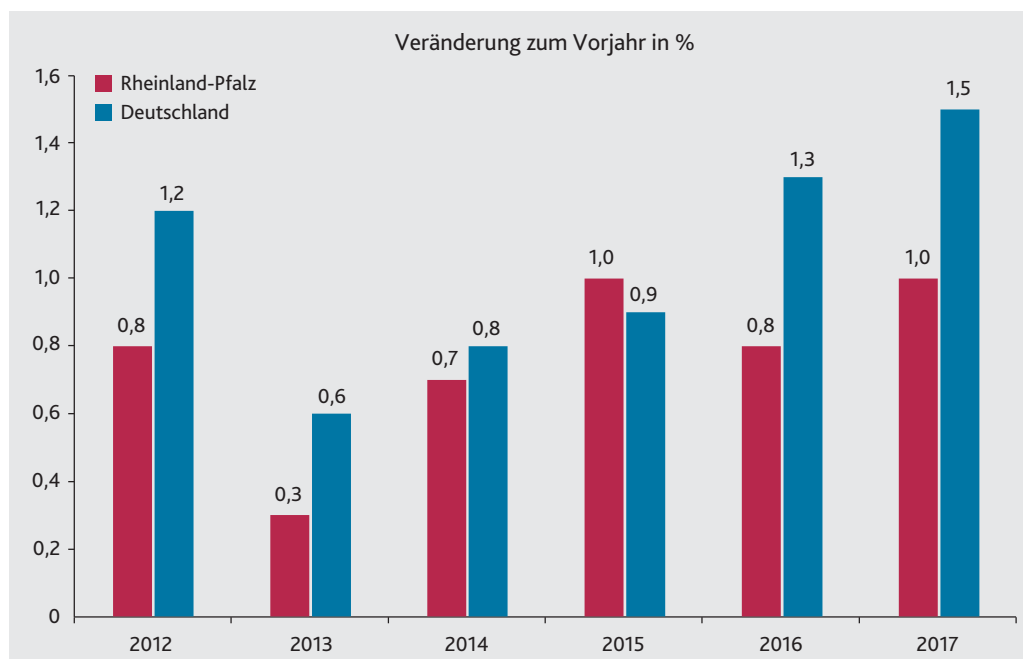
Da der preisbereinigte Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts deutlich höher ausfiel als der Anstieg der Erwerbstätigkeit, nahm die Arbeitsproduktivität – gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen – ebenfalls zu, und zwar um 1,5 Prozent (Deutschland: +0,7 Prozent). Jeder Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz erwirtschaftete in jeweiligen Preisen bewertet durchschnittlich 71 400 Euro (Deutschland: 73 700 Euro). Das waren knapp 2 200 Euro bzw. 3,2 Prozent mehr als im Jahr zuvor (Deutschland: +1 600 Euro bzw. +2,3 Prozent).

Anstieg des
preisbereinig-
ten Bruttoin-
landsprodukts
je Erwerbs-
tätigen um
1,5 Prozent

Bei der Interpretation der so berechneten Arbeitsproduktivität ist jedoch zu beachten, dass darin Veränderungen des Arbeitsvolumens nicht berücksichtigt sind. Das Arbeitsvolumen, das die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen umfasst, hat als Bezugsgröße für die Produktivität des Faktors Arbeit eine höhere Aussagekraft als die Zahl der Erwerbstätigen, insbeson-

G 5

Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2012–2017



T 3

Erwerbstätige und geleistete Arbeitsstunden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2017
nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige			Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen		
	Rheinland-Pfalz	Deutsch-land		Rheinland-Pfalz	Deutsch-land	
	1 000	Veränderung zu 2016 in %		Mill. Stunden	Veränderung zu 2016 in %	
Insgesamt	2 022,2	1,0	1,5	2 675,6	0,5	1,1
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	42,0	-0,1	-0,3	64,6	-1,3	-1,1
Produzierendes Gewerbe	514,4	0,5	1,0	749,9	-0,5	0,4
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	390,7	0,3	0,8	557,1	-0,3	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	365,3	0,2	0,7	518,7	-0,4	0,2
Baugewerbe	123,7	1,0	1,8	192,8	-0,9	0,8
Dienstleistungsbereiche	1 465,8	1,2	1,7	1 861,0	1,0	1,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	502,8	1,0	1,4	658,5	0,6	1,2
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmens- dienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	275,7	1,9	1,9	365,1	1,7	1,7
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	687,3	1,1	1,8	837,5	0,9	1,6

dere bei regionalen und intertemporalen Vergleichen. Das Arbeitsvolumen spiegelt im Gegensatz zur Zahl der Erwerbstätigen auch strukturelle Verschiebungen wie vermehrte Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitbeschäftigung oder zunehmende geringfügige Beschäftigung wider.

Arbeits-
volumen
nimmt um
0,5 Prozent zu

Das Arbeitsvolumen nahm 2017 um 0,5 Prozent bzw. 14 Millionen Stunden zu (Deutschland: +1,1 Prozent). Insgesamt wurden knapp 2,7 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Jeder Erwerbstätige arbeitete somit durchschnittlich 1 323 Stunden; das waren sieben Stunden weniger als 2016. In den Wirtschaftsbereichen entwickelte sich das Arbeitsvolumen unterschiedlich. In allen drei Dienstleistungsbereichen wurden mehr Stunden geleistet als im Jahr zuvor. Die höchste Zunahme verzeichnete der Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ mit einem Plus von 1,7 Prozent bzw. 6,2 Millionen Stunden, gefolgt vom Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ mit einem Plus von 0,9 Prozent bzw. 7,9 Millionen Stunden sowie dem Bereich „Handel, Verkehr, Gastge-

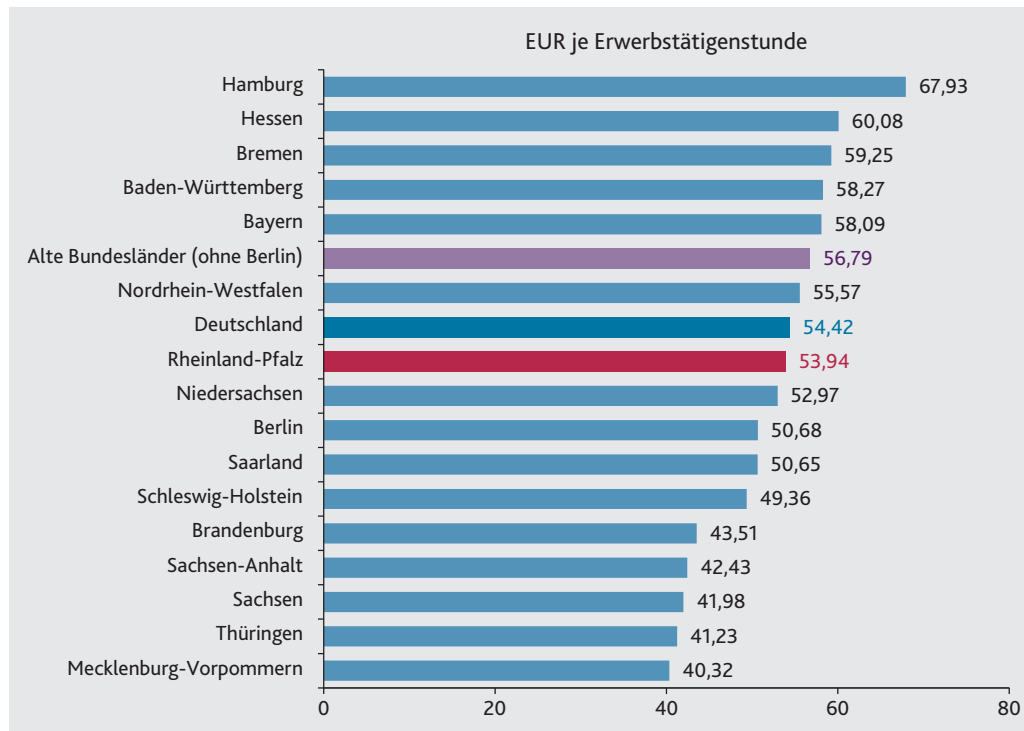
werbe, Information und Kommunikation“ mit einem Plus von 0,6 Prozent bzw. 3,8 Millionen Stunden. Dagegen war das Arbeitsvolumen im Produzierenden Gewerbe rückläufig. Trotz des kräftigen Wertschöpfungszuwachses und leicht steigenden Erwerbstätigenzahlen nahm die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Verarbeitenden Gewerbe um 0,4 Prozent bzw. 2,1 Millionen Stunden und im Baugewerbe um 0,9 Prozent bzw. 1,8 Millionen Stunden ab.

Da der Anstieg des Arbeitsvolumens 2017 geringer ausfiel als der Anstieg der Erwerbstätigkeit, ist die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde, mit einem Plus von zwei Prozent etwas stärker als die Pro-Kopf-Produktivität gestiegen (Deutschland: +1,1 Prozent). In jeweiligen Preisen wurden je Erwerbstätigenstunde 53,94 Euro erwirtschaftet (Deutschland: 54,42 Euro). Im Vergleich zu 2016 bedeutet dies einen Anstieg um 3,7 Prozent (Deutschland: +2,6 Prozent). Nach Wirtschaftsbe-
reichen untergliedert zeigt sich eine über-
durchschnittliche Arbeitsproduktivität im
Produzierenden Gewerbe. Mit 60,81 Euro

Anstieg des
Bruttoinlands-
produkts je
Erwerbstäti-
genstunde um
zwei Prozent

G 6

Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 2017 nach Ländern



je Erwerbstätigenstunde (Deutschland: 57,21 Euro) lag sie um knapp 16,20 Euro über der Produktivität im Dienstleistungssektor (44,62 Euro; Deutschland: 46,73 Euro). Dabei ist zu beachten, dass in den Dienstleistungsbereichen der Teilbereich „Wohnungsvermietung“ enthalten ist. Er umfasst die Aktivitäten aller Wirtschaftssubjekte, die sich auf die Vermietung oder Eigennutzung von Wohnungen erstrecken. Die Arbeitsproduktivität ist in diesem Bereich sehr hoch. Dadurch fällt der Durchschnittswert für den Dienstleistungssektor deutlich höher aus als für die meisten Teilbereiche dieses Sektors.

Lohnstückkosten unverändert

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde steigt um 1,9 Prozent

Die Arbeitnehmerentgelte umfassen sämtliche Geld- und Sachleistungen, die den Beschäftigten zufließen (einschließlich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber). Sie stellen einerseits eine

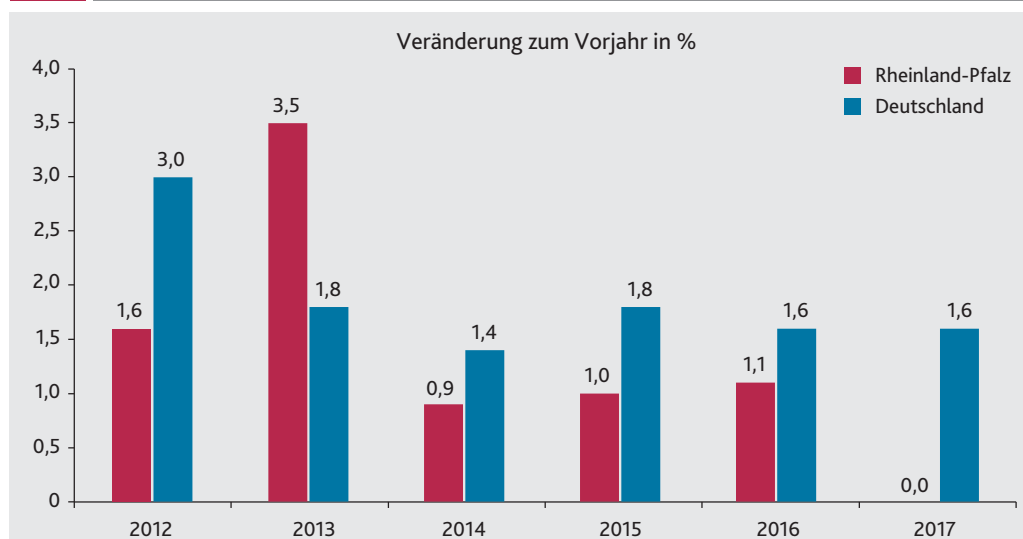
wichtige Einkommensgröße für die privaten Haushalte dar und sind somit Grundlage für den privaten Konsum und die Vermögensbildung (Sparen). Andererseits sind sie ein Kostenfaktor für Unternehmen. Die Ausgaben der Unternehmen für Arbeitnehmerentgelte stiegen 2017 um 2,9 Prozent (Deutschland: +4,4 Prozent). Je Arbeitnehmer bedeutete dies ein Plus von 1,7 Prozent (Deutschland: +2,6 Prozent). Das Entgelt je geleisteter Arbeitsstunde erhöhte sich durchschnittlich um 1,9 Prozent (Deutschland: +2,7 Prozent).

Am stärksten stiegen die Löhne im Baugewerbe, nachdem sie im Vorjahr rückläufig waren. Je Stunde wurden 5,6 Prozent mehr gezahlt als 2016. Auch im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ nahmen die Stundenlöhne kräftig zu (+3 Prozent). Im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und

Stärkste Zunahme der Stundenlöhne im Baugewerbe

G 7

Lohnstückkosten (Stundenkonzept) in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2012–2017



Kommunikation“ erhöhten sich die Stundenlöhne um 1,6 Prozent. Deutlich schwächer fiel die Lohnentwicklung dagegen im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie im Verarbeitenden Gewerbe aus (+0,9 bzw. +0,8 Prozent).

Setzt man die Lohnkosten, d. h. das Arbeitnehmerentgelt je Erwerbstätigen bzw. je Erwerbstätigenstunde, ins Verhältnis zur Arbeitsproduktivität, d. h. preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen bzw. je Erwerbstätigenstunde, so erhält man die Lohnstückkosten. Sie werden als Maß für die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft verwendet.

Lohnstückkosten stagnieren

Im Jahr 2017 stagnierten die Lohnstückkosten der Gesamtwirtschaft (Personenkonzept: +0,2 Prozent, Deutschland: +1,9 Prozent; Stundenkonzept: unverändert, Deutschland: +1,6 Prozent), nachdem sie mehrere Jahre kontinuierlich gestiegen waren. Die Lohnstückkosten erhöhten sich in allen Wirtschaftsbereichen außer dem Verarbeitenden Gewerbe. Neben der Land- und Forstwirtschaft

(+8 Prozent nach Stundenkonzept) verzeichnete der Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ die höchste Zunahme. Da die Entgelte je Stunde kräftig stiegen, die Arbeitsproduktivität jedoch stagnierte, legten die Lohnstückkosten in diesem Bereich um 2,8 Prozent zu.

Dass die Lohnstückkosten im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt fast unverändert blieben, ist auf den starken Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen, der die Zuwächse in den anderen Wirtschaftsbereichen kompensierte. In der Industrie, die besonders stark dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt ist und deshalb ein besonderes Augenmerk auf die Kostenentwicklung haben muss, nahmen die Lohnstückkosten das vierte Jahr in Folge ab. Da die Stundenlöhne nur moderat stiegen und die Arbeitsproduktivität kräftig zunahm, gingen die Lohnstückkosten um 5,2 Prozent zurück.

Kräftiger Rückgang der Lohnstückkosten in der Industrie

Dr. Annette Illy leitet das Referat „VGR, ETR, Arbeitsmarkt“.

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um ein solches System auch für die Länder zu erstellen, wurde 1954 der Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder« gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetages an.

Das Datenangebot des Arbeitskreises deckt weitgehend die Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsrechnung auf Länderebene ab. Darüber hinaus werden ausgewählte Aggregate (z. B. Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung) auf Kreisebene berechnet. Die Berechnungen erfolgen nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Die hier dargestellten Jahresergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung sind auf den Berechnungsstand Februar 2018 des Statistischen Bundesamtes abgestimmt.

Detaillierte Informationen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter www.vgrdl.de.

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2015

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2017 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2017“. Hier werden in ausführlichen textlichen Analysen die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.

In den folgenden Ausgaben des Statistischen Monatshefte werden die Entwicklungen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen sowie die Themenbereiche „Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt“ sowie „Außenhandel“ aus der Analyse vorgestellt.

Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de/analysen/wirtschaft/jw2017.pdf zur Verfügung.

Für Smartphone-Benutzer:

Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen:



Bundestagswahl 2017: Faktorenanalyse

Dimensionen der sozialen und ökonomischen Struktur und Wahlverhalten



Von Dr. Martin Jacobs

Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung stehen mit einer Vielzahl sozialstruktureller und ökonomischer Merkmale in Verbindung. Teilweise beschreiben diese Merkmale ähnliche Sachverhalte und sind stark miteinander korreliert. Deshalb wurden diese Merkmale in einem ersten Schritt mittels einer Faktorenanalyse auf Ebene der kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden zu wenigen Faktoren zusammengefasst. Diese Faktoren zeigen auf, hinsichtlich welcher Dimensionen sich die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen in Rheinland-Pfalz unterscheiden. Im zweiten Schritt wurden die ermittelten Faktoren als erklärende Variablen in multivariaten Regressionsmodellen eingesetzt. Diese Modelle analysieren, inwiefern sich die Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bezüglich der Wahlbeteiligung und der Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2017 auf die ermittelten Faktoren zurückführen lassen.

Faktorenanalyse bündelt Vielzahl sozialstruktureller und ökonomischer Merkmale

Viele Merkmale stehen in Verbindung mit dem Wahlverhalten

Das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger steht mit einer Vielzahl gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Merkmale im Zusammenhang. Für die Bundestagswahl am 24. September 2017 hat das Statistische Landesamt hierzu bereits einige Analysen vorgelegt. Die gesetzlich angeordnete Repräsentative Wahlstatistik ermöglicht durch die Auswertung von Wählerverzeichnissen und die Ausgabe markierter Stimmzettel die Untersuchung der Wahlbeteiligung und der Wahlentscheidungen nach Alter und Geschlecht. Die Aggregatdatenanalyse im Rahmen der Analyse der Wahlergebnisse in der Wahlnacht zeigte mittels einer Korrelationsanalyse statistische Zusammenhänge zwischen einer Vielzahl

sozialstruktureller und ökonomischer Merkmale in den rheinland-pfälzischen kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden einerseits und der Wahlbeteiligung sowie den Zweitstimmenergebnissen der Parteien andererseits. Ein Beitrag in den Statistischen Monatsheften erweiterte diese Betrachtung um multivariate Regressionen.

Ein Modell mit einer großen Anzahl von Merkmalen als erklärende Variablen besitzt zum einen den Nachteil der Unübersichtlichkeit. Zum anderen können methodische Probleme wie Multikollinearität auftreten, wenn mehrere erklärende Variablen im Modell einen ähnlichen oder gar identischen Sachverhalt beschreiben und nicht klar ist, welcher dieser Variablen die Veränderung der zu erklärenden Größe zuzuordnen ist.

Unübersichtlichkeit und mögliche methodische Probleme bei Modellen mit vielen erklärenden Variablen

Faktorenanalyse
bietet Überblick

Mit dem Verfahren der Faktorenanalyse lassen sich viele Merkmale zu wenigen Faktoren bündeln, indem miteinander zusammenhängende Merkmale zu einem Faktor zusammengefasst werden. Die ermittelten Faktoren ermöglichen einen Überblick, in welchen Dimensionen sich die kreisfreien Städte, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden unterscheiden.

Die bei der Faktorenanalyse gewonnenen Faktoren, die nicht miteinander korrelieren, gehen im zweiten Schritt in übersichtlichere Regressionsmodelle ein, die die Zusammenhänge der Faktoren mit der Wahlbeteiligung sowie mit den Zweitstimmenergebnissen der sechs in Rheinland-Pfalz angetretenen Parteien, die in den 19. Deutschen Bundestag einziehen konnten, beleuchten.

28 Merkmale werden zu sieben Faktoren verdichtet

Merkmale aus
den Bereichen
Demografie,
Soziales, Bil-
dung und Er-
werbstätigkeit

Die Basis für die Faktorenanalyse bilden 28 sozialstrukturelle und ökonomische Merkmale aus den Bereichen Demografie, Soziales, Bildung und Erwerbstätigkeit (vgl. Tabelle T 1).

Daten stam-
men zu großen
Teilen aus dem
Zensus 2011

Es wurde ein möglichst aktueller Datenstand verwendet. Ein Großteil der Merkmale wurde jedoch zuletzt beim Zensus 2011 in hinreichender regionaler Gliederungstiefe erhoben. Des Weiteren wurde ein Teil der Merkmale im Rahmen der Zensus-Stichprobe erfasst, in die ausschließlich Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern zum Stichtag 31. Dezember 2009 einbezogen waren. In die Analyse können deshalb nur Gebietseinheiten eingehen, die diese Mindestgröße erreichten und zwischen 2011 und der Bundestagswahl 2017 von keiner Gebietsreform betroffen waren. Diese Kriterien erfüllten 139 rheinland-pfälzische Verwaltungsbezirke: die zwölf kreisfreien Städte,

26 von 30 verbandsfreien Gemeinden und 101 von 146 Verbandsgemeinden.

Auf Grundlage der Ausprägungen der 28 Merkmale in den 139 Gebietseinheiten wurde eine Faktorenanalyse (genauer: eine Hauptkomponentenanalyse) durchgeführt. Hierzu wurden die Merkmalsausprägungen standardisiert. Die Standardisierung bewirkt, dass für jedes Merkmal der Mittelwert über alle in die Analyse einbezogenen Gebietseinheiten null und die Standardabweichung eins beträgt. Eine Faktorenanalyse folgt keinem fixen Algorithmus, sondern erfordert eine Reihe subjektiver Entscheidungen, insbesondere bei der Wahl der Anzahl zu extrahierender Faktoren und bei der Faktorinterpretation.¹

Faktorenanalyse erfordert subjektive Entscheidungen

Eine gängige Entscheidungsregel für die Bestimmung der Zahl der Faktoren ist das Kaiser-Kriterium. Es besagt, dass diejenigen Faktoren extrahiert werden sollen, deren Eigenwert größer als eins ist. Ein Eigenwert von größer als eins ist gleichbedeutend damit, dass der Faktor für die in den Daten enthaltene Varianz einen Erklärungsgehalt aufweist, der größer ist als der Erklärungsgehalt einer einzelnen standardisierten Variablen. Nach dem Kaiser-Kriterium wären bei den vorliegenden Daten acht Faktoren zu extrahieren. Die weitere Betrachtung zeigte jedoch, dass sich von diesen acht Faktoren die sieben Faktoren mit dem größten Erklärungsgehalt relativ einfach interpretieren lassen, wohingegen sich der achte Faktor einer einfachen Interpretation verschließt. Da zudem der Erklärungsgehalt des achten Faktors mit einem Eigenwert von 1,005 den einer einzelnen Variablen nur marginal übersteigt, wurde entschieden, lediglich sieben

Kaiser-Kriterium gibt Orientierung bei Wahl der Faktorenzahl

¹ Eine ausführliche Beschreibung des Verfahrens findet sich in Backhaus, K./Erichson, B./Plinke, W./Weiber, R.: Multivariate Analysemethoden. 9. Auflage, Berlin u. a. 2000, S. 252ff.

T 1

Übersicht der in die Faktorenanalyse eingehenden Merkmale

Merkmal Kurzbezeichnung	Beschreibung	Einheit	Zeitpunkt	Datenquelle
Bevölkerung	Bevölkerungsstand absolut	Anzahl	31.12.2016	Bevölkerungsfortschreibung
Bevölkerungsdichte	Bevölkerungsstand je Gebiet	Anzahl je Quadrat-kilometer	31.12.2016	Bevölkerungsfortschreibung, Gebietsstand
Bevölkerungsentwicklung	Veränderung des Bevölkerungsstandes	Prozent	31.12.2006 / 31.12.2016	Bevölkerungsfortschreibung
Unter 18-Jährige	Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung	Prozent	31.12.2016	Bevölkerungsfortschreibung
65-Jährige und Ältere	Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der Bevölkerung	Prozent	31.12.2016	Bevölkerungsfortschreibung
Ausländer/-innen	Anteil der Ausländer/-innen an der Bevölkerung	Prozent	31.12.2016	Bevölkerungsfortschreibung
Arbeitslose	Anteil der Arbeitslosen an der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung	Prozent	Durchschnitt 2016	Bundesagentur für Arbeit, Bevölkerungsfortschreibung
SGB II-Berechtigte	Anteil der Regelleistungsberechtigten in Bedarfsgemeinschaften nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch an der unter 65-jährigen Bevölkerung	Prozent	Dezember 2015	Bundesagentur für Arbeit (geheime Werte imputiert), Bevölkerungsfortschreibung
Single-Haushalte	Anteil der Ein-Personen-Haushalte an allen Haushalten	Prozent	09.05.2011	Zensus
Haushalte ab vier Personen	Anteil der Haushalte mit vier und mehr Personen an allen Haushalten	Prozent	09.05.2011	Zensus
Katholiken	Anteil der Katholiken an der Bevölkerung	Prozent	09.05.2011	Zensus
Evangelische	Anteil der Evangelischen an der Bevölkerung	Prozent	09.05.2011	Zensus
Kein Schulabschluss	Anteil der Personen ohne Schulabschluss an der Bevölkerung ¹	Prozent	09.05.2011	Zensus-Stichprobe
Hauptschulabschluss	Anteil der Personen mit Haupt- bzw. Volksschulabschluss als höchsten Schulabschluss an der Bevölkerung ¹	Prozent	09.05.2011	Zensus-Stichprobe
Mittlere Reife	Anteil der Personen mit Mittlerer Reife als höchsten Schulabschluss an der Bevölkerung ¹	Prozent	09.05.2011	Zensus-Stichprobe
Hochschulreife	Anteil der Personen mit (Fach-) Hochschulreife an der Bevölkerung ¹	Prozent	09.05.2011	Zensus-Stichprobe
Keine Berufsausbildung	Anteil der Personen ohne Abschluss einer beruflichen Ausbildung an der Bevölkerung ¹	Prozent	09.05.2011	Zensus-Stichprobe
Berufsausbildung	Anteil der Personen mit Abschluss einer beruflichen Ausbildung als höchsten beruflichen Abschluss an der Bevölkerung ¹	Prozent	09.05.2011	Zensus-Stichprobe
Hochschulabschluss	Anteil der Personen mit Hochschulabschluss an der Bevölkerung ¹	Prozent	09.05.2011	Zensus-Stichprobe
Landwirtschaft	Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Fischerei an allen Erwerbstätigen (Wohnort)	Prozent	09.05.2011	Zensus-Stichprobe (geheime Werte imputiert)
Produzierendes Gewerbe	Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe an allen Erwerbstätigen (Wohnort)	Prozent	09.05.2011	Zensus-Stichprobe
Dienstleistungen	Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen an allen Erwerbstätigen (Wohnort)	Prozent	09.05.2011	Zensus-Stichprobe
Abhängig Beschäftigte	Anteil der Arbeiter/-innen sowie der Angestellten an allen Erwerbstätigen (Wohnort)	Prozent	09.05.2011	Zensus-Stichprobe
Beamte/-innen	Anteil der Beamten/-innen an allen Erwerbstätigen (Wohnort)	Prozent	09.05.2011	Zensus-Stichprobe
Selbstständige	Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen (Wohnort)	Prozent	09.05.2011	Zensus-Stichprobe
Pendlersaldo	Anzahl der Einpendlerinnen und Einpendler (Arbeitsort) minus Anzahl der Auspendlerinnen und Auspendler (Wohnort), je 100 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 15 bis 64 Jahren	Anzahl	09.05.2011	Zensus-Stichprobe, Zensus
Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Unternehmen mit weniger als zehn sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Ort des Unternehmenssitzes)	Prozent	Durchschnitt 2016	Unternehmensregister
Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Unternehmen mit 250 und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Ort des Unternehmenssitzes)	Prozent	Durchschnitt 2016	Unternehmensregister

1 ab 15 Jahren.

Faktoren zu extrahieren. Die extrahierten Faktoren erklären gemeinsam rund 83 Prozent der Varianz in den Ausgangsdaten.²

Geometrische
Darstellung
von Merkmalen
und Faktoren

In einer geometrischen Betrachtung stellen sich die sieben extrahierten Faktoren als zueinander im rechten Winkel stehende Vektoren bzw. als Koordinatenkreuz in einem siebendimensionalen Vektorraum dar. Die Korrelation zwischen den Faktoren und den zugrunde liegenden Merkmalen wird durch die sogenannten Faktorladungen beschrieben. Die Faktorladungen eines Merkmals auf die sieben Faktoren definieren dieses Merkmal ebenfalls als Vektor im Vektorraum. Die Ladung eines Merkmals auf einen Faktor entspricht dem Kosinus des Winkels zwischen den beiden das Merkmal und den Faktor beschreibenden Vektoren. Korrelieren ein Merkmal und ein Faktor perfekt miteinander, so liegen die beiden Vektoren auf einer gemeinsamen Linie; der Winkel beträgt 0 bzw. 180 Grad. Die Faktorladung nimmt dann einen betragsmäßigen Wert von eins an. Sind das Merkmal und der Faktor hingegen völlig unkorreliert, so beträgt die Faktorladung null und die beiden Vektoren stehen im rechten Winkel zueinander.

Rotation zur
leichteren
Faktor-
interpretation

Um die Interpretation der einzelnen Faktoren zu erleichtern, kann das Koordinatenkreuz in seinem Ursprung rotiert werden, sodass die Faktoren nach der Rotation möglichst hohe Korrelationen mit einzelnen Merkmalen oder Merkmalsgruppen aufweisen. Die Verwendung einer orthogonalen bzw. rechtwinkligen Rotation stellt dabei sicher, dass die Faktoren bei der Rotation miteinander unkorreliert bleiben.

² Nach Faktorrotation betragen die Anteile der einzelnen Faktoren 20,9 Prozent, 17,5 Prozent, 10,2 Prozent, 9,7 Prozent, 8,9 Prozent, 8,2 Prozent und 7,7 Prozent.

Interpretation der Faktoren

Die Ladungsmatrix in Tabelle T 2 zeigt die Ladungen der einzelnen Merkmale auf die Faktoren nach der Rotation. Die Faktoren sind absteigend nach ihrem Erklärungsanteil an der Gesamtvarianz geordnet. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden in der Matrix nur Ladungen mit einem Betrag von mindestens 0,3 angegeben. Die Vorzeichen der Ladungen eines Faktors sind im Grunde austauschbar. Durch das Vertauschen der Vorzeichen würde der Vektor, der den Faktor beschreibt, um 180 Grad gedreht und so weiterhin auf derselben Linie im Vektorraum liegen wie zuvor.

Beim ersten Faktor zeigen zum einen diejenigen Merkmale hohe Ladungen, die städtische und ländliche Gebiete voneinander abgrenzen. Hierzu zählen die Bevölkerungszahl, die Bevölkerungsdichte, der Bevölkerungsanteil der Ausländerinnen und Ausländer sowie die beiden Variablen zur Haushaltsgröße. Zum anderen erreichen hier aber solche Variablen noch höhere Ladungen, die akademische Umfeld der ersten Faktor die strukturellen Gegensätze zwischen städtischen Räumen mit höherem Bevölkerungswachstum und einem überdurchschnittlichen Bevölkerungsanteil höher Gebildeter auf der einen Seite und ländlichen Bereichen mit erhöhten Anteilen von Personen mit Hauptschulabschluss, Mittlerer Reife und beruflicher Ausbildung auf der anderen Seite.

Faktor I:
Siedlungs-
struktur und
Anteil höher
Gebildeter

Variablen, die die Unterschiede zwischen Stadt und Land beschreiben, weisen auch beim zweiten Faktor hohe Ladungen auf. Die höchsten Ladungen auf den zweiten Faktor finden sich allerdings bei Merkmalen, die besonders auf sozial schwache und bildungsferne Umfeld hinweisen, wie der Arbeitslosenanteil, der Anteil der Leistungsberechtigten nach dem Zweiten

Faktor II:
Siedlungs-
struktur und
Anteil sozial
Schwacher

T 2

Matrix der Faktorladungen

Merkmal Kurzbezeichnung	Faktorladungen						
	Faktor I	Faktor II	Faktor III	Faktor IV	Faktor V	Faktor VI	Faktor VII
Bevölkerung	0,636	0,306					
Bevölkerungsdichte	0,699	0,474					
Bevölkerungsentwicklung	0,706			0,387			
Unter 18-Jährige				0,900			
65-Jährige und Ältere				-0,843			
Ausländer/-innen	0,558	0,663					
Arbeitslose		0,784				-0,300	
SGB II-Berechtigte		0,861					
Single-Haushalte	0,465	0,625		-0,395	0,320		
Haushalte ab vier Personen	-0,369	-0,499		0,619			
Katholiken							-0,945
Evangelische							0,954
Kein Schulabschluss		0,853		0,302			
Hauptschulabschluss	-0,801					-0,364	
Mittlere Reife	-0,413			0,335		0,701	
Hochschulreife	0,895		-0,320				
Keine Berufsausbildung		0,594				-0,552	
Berufsausbildung	-0,748	-0,400					
Hochschulabschluss	0,871						
Landwirtschaft		-0,426	0,320		-0,338	0,346	
Produzierendes Gewerbe	-0,532		0,761				
Dienstleistungen	0,466		-0,819				
Abhängig Beschäftigte		0,337	0,516			-0,585	
Beamte/-innen			-0,836				
Selbstständige						0,719	
Pendlersaldo		0,560			0,597		
Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten					-0,887		
Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten					0,875		

Sozialgesetzbuch (sogenannte „Hartz IV“-Leistungen) sowie die Bevölkerungsanteile ohne Schulabschluss und ohne Abschluss einer beruflichen Ausbildung. Der zweite Faktor stellt mithin auf die Verschiedenheit von dichter besiedelten Gebieten mit erhöhten Anteilen sozial schwacher und bildungsferner Personen gegenüber dünner besiedelten Räumen mit einer unterdurchschnittlichen Ausprägung problematischer Strukturen ab.

Auf den dritten Faktor laden besonders Merkmale, die die Wirtschaftsbereiche, in denen Erwerbstätige arbeiten, sowie die Art der

Erwerbstätigkeit betreffen. Auf diese Weise werden Verwaltungsbezirke, in denen ein überdurchschnittlicher Teil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe arbeitet und abhängig beschäftigt ist, von Gebieten mit höheren Anteilen von Beamtinnen und Beamten sowie von Erwerbstätigen in den Dienstleistungsreichen abgegrenzt. Der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen erreicht hingegen keine hohe Faktorladung und ist somit nicht Bestandteil dieser Unterscheidung.

Der vierte Faktor bündelt Merkmale zur Altersstruktur der Bevölkerung sowie zur

Faktor III:
Wirtschaftsstruktur
und Art der
Erwerbstätigkeit

Faktor IV:
Alters- und
Familienstruktur

Haushaltsgröße. Er kennzeichnet die Unterschiede zwischen Gebieten mit einem erhöhten Anteil Minderjähriger und einem überdurchschnittlichen Anteil größerer Haushalte, d. h. Gebiete mit relativ vielen Familien, einerseits und Räumen mit einem erhöhten Bevölkerungsanteil der Seniorinnen und Senioren sowie relativ vielen Single-Haushalten andererseits.

Faktor V:
Unternehmens-
größenstruktur

Hohe Ladungen auf den fünften Faktor weisen vor allem die beiden Variablen zur Unternehmensgröße und des Weiteren auch der Pendlersaldo auf. Der fünfte Faktor deutet auf die Differenzen zwischen Gebietseinheiten, die Sitz großer Unternehmen sind und Einpendlerüberschüsse verzeichnen, und Verwaltungsbezirken mit einer kleinteiligen Unternehmensstruktur und Auspendlerüberschüssen.

Faktor VI:
Selbst-
ständigkeit

Die höchste Ladung mit positivem Vorzeichen auf den sechsten Faktor zeigt der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen, während der Anteil der abhängig Beschäftigten die größte negative Faktorladung aufweist. Gleichzeitig finden sich aber auch bei einigen Merkmalen zu Bildung und Berufsqualifikation hohe Ladungen. So lädt der Bevölkerungsanteil der Personen mit Mittlerer Reife positiv und der Anteil der Personen mit Hauptschulabschluss sowie der Anteil ohne abgeschlossene Berufsausbildung negativ auf den Faktor.

Faktor VII:
Konfessions-
struktur

Der siebte Faktor ist aufgrund seiner Ladungsstruktur sehr einfach zu interpretieren. Lediglich die beiden Variablen zur Konfessionszugehörigkeit verfügen über sehr hohe Ladungen auf den siebten Faktor. Dieser Faktor beschreibt also den Gegensatz zwischen evangelisch und katholisch geprägten Regionen.

Faktorwerte zeigen Positionierung der Gebietseinheiten

Für die 139 in die Faktorenanalyse einbezogenen Gebietseinheiten lassen sich sogenannte Faktorwerte angeben. Der Faktorwert misst die Ausprägung einer Einheit hinsichtlich der Dimension, die der Faktor beschreibt. Mittels ihrer sieben Faktorwerte für die sieben Faktoren kann jede Gebietseinheit als Punkt im Vektorraum dargestellt werden. Wie die der Faktorenanalyse zugrunde gelegten Merkmale sind auch die Faktorwerte standardisiert. Das bedeutet, für jeden Faktor beträgt der Durchschnitt der Faktorwerte über alle Gebietseinheiten null und die Standardabweichung eins.

Tabelle T 3 zeigt, welche der untersuchten Verwaltungsbezirke bei den sieben einzelnen Faktoren die höchsten bzw. niedrigsten Faktorwerte aufweisen. Außerdem lässt sich anhand der Faktorwerte für alle sieben Faktoren bestimmen, wie nahe die sozialstrukturellen und ökonomischen Verhältnisse in den einzelnen Gebietseinheiten dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt (d. h. dem Durchschnitt aller Verwaltungsbezirke, die in die Analyse einbezogen werden konnten) insgesamt kommen. Da durchschnittliche Ausprägungen durch einen Faktorwert von null gekennzeichnet sind, misst der Abstand vom Ursprung zum Punkt im Vektorraum, der eine Gebietseinheit repräsentiert, die Abweichung vom Durchschnitt. Dieser Abstand kann aufgrund der Unabhängigkeit der Faktoren voneinander mit dem Satz des Pythagoras ermittelt werden. Die Verwaltungsbezirke, die in ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur am stärksten und am geringsten vom Landesdurchschnitt abweichen, sind ebenfalls der Tabelle T 3 zu entnehmen.

Gebietseinheiten als Punkte im Vektorraum

Abstand zum Ursprung misst Abweichung vom Durchschnitt

T 3

Verwaltungsbezirke mit den höchsten und niedrigsten Faktorwerten sowie mit den höchsten und niedrigsten Gesamtabweichungen vom Durchschnitt

Faktor	Höchste Faktorwerte		Niedrigste Faktorwerte	
	Verwaltungsbezirk	Faktorwert	Verwaltungsbezirk	Faktorwert
Faktor I Siedlungsstruktur und Anteil höher Gebildeter	Mainz, kfr. St.	5,55	VG Altenglan	-1,82
	Trier, kfr. St.	3,58	VG Hamm (Sieg)	-1,45
	Limburgerhof, vfr.	2,24	VG Rockenhausen	-1,37
Faktor II Siedlungsstruktur und Anteil sozial Schwacher	Germersheim, vfr.	4,54	VG Nieder-Olm	-1,91
	Ludwigshafen am Rhein, kfr. St.	3,10	VG Offenbach an der Queich	-1,68
	Pirmasens, kfr. St.	2,68	VG Grünstadt-Land	-1,47
Faktor III Wirtschaftsstruktur und Art der Erwerbstätigkeit	Morbach, vfr.	2,77	Grafschaft, vfr.	-2,57
	VG Prüm	2,50	Koblenz, kfr. St.	-2,37
	Ludwigshafen am Rhein, kfr. St.	2,23	VG Ulmen	-2,14
Faktor IV Alters- und Familienstruktur	Germersheim, vfr.	2,44	Bad Neuenahr-Ahrweiler, vfr.	-2,94
	VG Lingenfeld	1,90	Idar-Oberstein, vfr.	-2,45
	VG Ransbach-Baumbach	1,64	Pirmasens, kfr. St.	-2,16
Faktor V Unternehmensgrößenstruktur	VG Offenbach an der Queich	2,41	VG Kaiserslautern-Süd	-2,14
	Ingelheim am Rhein, vfr.	2,30	VG Landau-Land	-2,13
	VG Nassau	1,98	VG Freinsheim	-2,02
Faktor VI Selbstständigkeit	VG Freinsheim	2,18	Trier, kfr. St.	-2,75
	VG Diez	2,07	Mainz, kfr. St.	-2,48
	VG Deidesheim	2,05	Pirmasens, kfr. St.	-2,35
Faktor VII Konfessionsstruktur	VG Kusel	1,83	VG Saarburg	-2,09
	Idar-Oberstein, vfr.	1,83	VG Prüm	-2,01
	VG Herrstein	1,70	VG Hermeskeil	-1,86
	Höchste Abweichungen vom Durchschnitt		Geringste Abweichungen vom Durchschnitt	
	Verwaltungsbezirk	Abweichung	Verwaltungsbezirk	Abweichung
	Mainz, kfr. St.	6,20	VG Annweiler am Trifels	1,04
	Germersheim, vfr.	5,65	VG Langenlonsheim	1,38
	Trier, kfr. St.	4,93	VG Westerburg	1,40

Faktoren erklären regionale Unterschiede bei Wahlbeteiligung und Wahlergebnissen

Regressionsmodelle mit den extrahierten Faktoren als erklärende Variablen

Die bei der Faktorenanalyse ermittelten sieben Faktoren, die die Dimensionen der sozialen und ökonomischen Unterschiede in Rheinland-Pfalz beschreiben, werden nun verwendet, um die Zusammenhänge zwischen diesen Dimensionen und den Wahlergebnissen der Bundestagswahl 2017 zu analysieren. Hierzu werden multivariate lineare Regressionsmodelle aufgestellt, in die die sieben Faktoren sowie eine Konstante als erklärende Variablen eingehen. Es werden insgesamt sieben Regressionsmo-

delle für die sieben zu erklärenden Variablen – die Wahlbeteiligung sowie die Zweitstimmenergebnisse derjenigen sechs in Rheinland-Pfalz zur Wahl angetretenen Parteien, die im 19. Deutschen Bundestag vertreten sind – geschätzt.

Die Ergebnisse der Regressionen sind wie folgt zu interpretieren: Der Regressionskoeffizient der Konstante entspricht der geschätzten Wahlbeteiligung bzw. dem geschätzten Zweitstimmenergebnis der betreffenden Partei in einem hypothetischen Verwaltungsbezirk, für den die Faktorwerte aller sieben Faktoren

Interpretation der Regressionskoeffizienten

gleich null sind. Aufgrund der Standardisierung der Variablen geben diese Werte gleichzeitig die geschätzte durchschnittliche Wahlbeteiligung bzw. das geschätzte durchschnittliche Zweitstimmenergebnis in den 139 in die Analyse einbezogenen Verwaltungseinheiten an, wobei jedoch abweichend vom realen Berechnungsverfahren alle Gebietseinheiten ungeachtet der Zahl der Wahlberechtigten bzw. der Wählerinnen und Wähler mit gleicher Gewichtung eingehen. Der Koeffizient eines Faktors zeigt die geschätzte Veränderung der zu erklärenden Variable in Prozentpunkten, wenn sich der Faktorwert des betreffenden Faktors um eins erhöht. Diese Erhöhung entspricht einer Standardabweichung in der Verteilung der Faktorwerte der 139 Gebietseinheiten.

Siedlungsstruktur und Anteil sozial Schwacher hat größten Effekt auf die Wahlbeteiligung

Fünf der sieben Faktoren stehen in signifikantem Zusammenhang mit der Wahlbetei-

ligung. Kein signifikanter Einfluss findet sich bei den Faktoren zur Alters- und Familienstruktur (Faktor IV) sowie zur Konfessionsstruktur (Faktor VII).

Den größten Effekt hat Faktor II, bei dem Gebietseinheiten mit städtischer Prägung und überdurchschnittlichen Anteilen sozial schwacher und bildungsferner Personen an der Bevölkerung hohe Faktorwerte erreichen. Eine Erhöhung des Faktorwerts um eins geht mit einem Rückgang der Wahlbeteiligung um 2,8 Prozentpunkte einher.

Faktor V zur Unternehmensgrößenstruktur, bei dem durch Großunternehmen geprägte Verwaltungsbezirke hohe Faktorwerte aufweisen, zeigt den zweitstärksten Effekt: Mit einem um eins höheren Faktorwert reduziert sich die Wahlbeteiligung um 1,5 Prozentpunkte.

Auch Faktor I zeigt einen deutlichen Zusammenhang mit der Neigung, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Gebietseinheiten

Signifikante Korrelation der Wahlbeteiligung mit fünf Faktoren

Siedlungsstruktur und Anteil sozial Schwacher zeigt größten Erklärungseffekt für die Wahlbeteiligung

Zweitstärkster Zusammenhang mit der Unternehmensgrößenstruktur

T 4

Zusammenhang zwischen den in der Faktorenanalyse ermittelten Faktoren und dem Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017: Ergebnisse der Regressionsanalysen

Variable	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	AfD	FDP	GRÜNE	DIE LINKE
Konstante	78,138***	36,418***	24,278***	11,717***	10,395***	6,867***	6,409***
Faktor I Siedlungsstruktur und Anteil höher Gebildeter	0,989***	-0,916***	-1,160***	-0,430***	0,590***	1,585***	0,332***
Faktor II Siedlungsstruktur und Anteil sozial Schwacher	-2,825***	-1,348***	0,271	1,000***	-0,244**	-0,164**	0,457***
Faktor III Wirtschaftsstruktur und Art der Erwerbstätigkeit	-0,317**	-0,474**	0,117	0,930***	-0,199**	-0,388***	-0,211***
Faktor IV Alters- und Familienstruktur	0,041	-0,439**	0,096	0,422***	-0,182*	0,053	-0,008
Faktor V Unternehmensgrößenstruktur	-1,467***	-0,171	0,179	-0,412***	-0,040	0,220***	0,272***
Faktor VI Selbstständigkeit	0,662	0,710***	-0,772***	-0,491***	0,923***	0,353***	-0,493***
Faktor VII Konfessionsstruktur	-0,161	-3,944***	2,094***	1,255***	-0,209**	0,111	0,280***
Bestimmtheitsmaß (R ²)	0,788	0,773	0,525	0,580	0,545	0,773	0,559

***/**/*: signifikant zum 1-/5-/10-Prozent-Niveau.

mit hohen Faktorwerten bei diesem Faktor sind durch eine dichte Siedlungsstruktur und die Ausprägung akademischer Milieus gekennzeichnet; die höchsten Faktorwerte erreichen die Universitätsstädte Mainz und Trier. Eine Erhöhung des Faktorwerts um eins bedeutet hier eine Steigerung der Wahlbeteiligung um einen Prozentpunkt.

79 Prozent der Unterschiede bei der Wahlbeteiligung werden erklärt

Zusammen können die sieben Faktoren etwa 79 Prozent der Varianz in den Daten zur Wahlbeteiligung in den 139 Verwaltungsbezirken erklären.

CDU-Ergebnis steht vor allem mit Konfessionsstruktur in Zusammenhang

Mit Ausnahme der Unternehmensgrößenstruktur (Faktor V) stehen alle Faktoren in signifikanter Korrelation mit dem Zweitstimmenanteil, den die CDU in den verschiedenen Verwaltungsbezirken erreichen konnte.

Deutlicher Effekt der Konfessionsstruktur auf den Zweitstimmenanteil der CDU

Faktor VII, die Konfessionsstruktur, zeigt den mit Abstand größten Effekt auf das CDU-Ergebnis. Hohe Faktorwerte erhalten hier besonders evangelisch geprägte Gebietseinheiten; dementsprechend weisen katholisch geprägte Verwaltungsbezirke niedrige Faktorwerte auf. Mit einer Erhöhung des Faktorwerts um eins sinkt der Anteil der Zweitstimmen, der auf die Christdemokraten entfällt, um 3,9 Prozentpunkte.

Zusammenhänge mit den Faktoren I und II zeigen schlechteres CDU-Ergebnis in Städten

Weitere größere Effekte auf das CDU-Ergebnis finden sich bei den Faktoren zur Siedlungsstruktur und dem Anteil sozial Schwacher (Faktor II) sowie zur Siedlungsstruktur und dem Anteil höher Gebildeter (Faktor I). Mit einem um eins höheren Faktorwert geht bei beiden Faktoren jeweils ein Rückgang des CDU-Zweitstimmenanteils einher: Bei Faktor II beträgt dieser Rückgang 1,3 Prozent-

punkte und bei Faktor I 0,9 Prozentpunkte. Hierin spiegelt sich das schlechtere Abschneiden der Partei in Städten wider, da bei beiden Faktoren städtisch geprägte Gebietseinheiten tendenziell höhere Faktorwerte erzielen.

Das Regressionsmodell für die Zweitstimmenergebnisse der CDU kann rund 77 Prozent der Unterschiede zwischen den betrachteten Gebietseinheiten erklären.

Erfolg der SPD korreliert ebenfalls mit Konfessionsstruktur

Wie beim CDU-Ergebnis hat auch bei der SPD die Konfessionsstruktur (Faktor VII) den größten Effekt auf das Abschneiden, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen. Überdurchschnittliche Zweitstimmenanteile erreicht die SPD in Verwaltungsbezirken, die evangelisch geprägt sind und dementsprechend hohe Faktorwerte aufweisen. Eine Erhöhung des Faktorwertes um eins geht mit einer Steigerung des SPD-Stimmenanteils um 2,1 Prozentpunkte einher.

Den zweitgrößten Effekt auf das SPD-Ergebnis hat Faktor I, der auf die Siedlungsstruktur und den Anteil höher Gebildeter abstellt. In Gebietseinheiten mit höheren Faktorwerten schneidet die SPD schlechter ab; bei einem um eins höheren Faktorwert reduziert sich ihr Stimmenanteil um 1,2 Prozentpunkte.

SPD in städtischen Gebieten mit akademischem Umfeld weniger erfolgreich

Auch Faktor VI, welcher Merkmale zur Selbstständigkeit bündelt, zeigt einen signifikanten Zusammenhang mit dem Resultat der Partei. Verwaltungsbezirke mit einem überdurchschnittlichen Selbstständigenanteil an den Erwerbstätigen erzielen bei diesem Faktor hohe Faktorwerte. Mit einer Steigerung des Faktorwertes um eins sinkt der Zweitstimmenanteil der SPD um 0,8 Prozentpunkte.

Nur drei Faktoren korrelieren signifikant mit SPD-Ergebnis

Nur diese drei Faktoren stehen in signifikanter Verbindung mit dem Abschneiden der Sozialdemokraten. Die Koeffizienten der übrigen vier Faktoren bleiben insignifikant. Von den sieben Regressionsmodellen zeigt dasjenige zur Erklärung des SPD-Zweitstimmenanteils die schlechteste Anpassung. Lediglich etwa 52 Prozent der Unterschiede zwischen den SPD-Ergebnissen in den betrachteten Gebietseinheiten können mit den sieben Faktoren in Zusammenhang gebracht werden.

Auch das Abschneiden der AfD hängt am stärksten mit der Konfessionsstruktur zusammen

Alle sieben Faktoren haben einen signifikanten Erklärungsgehalt für das Zweitstimmenergebnis der AfD. Die Faktoren erklären gemeinsam 58 Prozent der Varianz in den Daten.

Wie bereits bei CDU und SPD hat auch bei der AfD Faktor VII zur Konfessionsstruktur den größten Effekt. Höhere Faktorwerte, die tendenziell mit einem hohen Evangelischenanteil und einem niedrigen Katholikenanteil verbunden sind, gehen mit höheren AfD-Zweitstimmenanteilen einher. Der Effekt geht somit in die gleiche Richtung wie bei der SPD und ist dem bei der CDU entgegengesetzt. Mit einer Erhöhung des Faktorwertes um eins verbessert sich das AfD-Ergebnis um 1,3 Prozentpunkte.

AfD in städtischen Gebieten mit schwachen sozialen Strukturen erfolgreich

Faktor II zeigt die zweistärkste Korrelation mit dem Resultat der AfD. Bei diesem Faktor weisen städtisch geprägte Verwaltungsbezirke mit überdurchschnittlicher Ausprägung sozial schwacher und bildungsferner Milieus hohe Faktorwerte auf. Erhöht sich der Faktorwert um eins, nimmt der Stimmenanteil der Partei um einen Prozentpunkt zu.

Auch zwischen Faktor III und dem AfD-Ergebnis findet sich ein starker Zusammenhang. In Faktor III gehen Merkmale zur Wirtschaftsstruktur und zur Art der Erwerbstätigkeit ein. Gebietseinheiten mit überdurchschnittlichen Anteilen von Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe und abhängig Beschäftigten erhalten hier hohe Faktorwerte, während niedrige Faktorwerte auf eine Prägung des Verwaltungsbezirks durch die Dienstleistungsbereiche sowie einen hohen Anteil von Beamtinnen und Beamten hindeuten. Mit einem um eins höheren Faktorwert erhöht sich der Stimmenanteil der AfD um 0,9 Prozentpunkte.

Besseres AfD-Ergebnis in vom Produzierenden Gewerbe und abhängiger Beschäftigung geprägten Gebieten

Selbstständigkeit zeigt größten Effekt auf FDP-Ergebnis

Faktor VI, der Merkmale zur Selbstständigkeit bündelt, weist den stärksten Zusammenhang mit dem Wahlerfolg der FDP auf. In Gebietseinheiten mit hohen Faktorwerten, die tendenziell von einem überdurchschnittlichen Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen gekennzeichnet sind, ist die FDP erfolgreicher. Mit einer Erhöhung des Faktorwertes um eins geht eine Steigerung des Zweitstimmenanteils der Partei um 0,9 Prozentpunkte einher.

FDP schneidet in von selbstständigen Tätigkeiten geprägten Gebieten besser ab

Auch in städtischen Verwaltungsbezirken mit vielen höher Gebildeten kann die FDP überdurchschnittliche Stimmenanteile realisieren, wie der Koeffizient von Faktor I zeigt. Eine Erhöhung dieses Faktors um eins bedeutet ein um 0,6 Prozentpunkte besseres Ergebnis für die FDP.

Überdurchschnittliche FDP-Ergebnisse in städtischen Räumen mit akademischen Milieus

Unterdurchschnittlich schneidet die Partei hingegen in verdichteten Räumen mit vielen sozial Schwachen ab. Ein um eins höherer Faktorwert bei Faktor II reduziert das Zweitstimmenergebnis der Liberalen um 0,2 Prozentpunkte.

Sechs der sieben Faktoren stehen in Zusammenhang mit dem Ergebnis der FDP; lediglich bei der Unternehmensgrößenstruktur (Faktor V) lässt sich keine signifikante Korrelation nachweisen. Die in das Modell eingehenden Faktoren erklären knapp 55 Prozent der Unterschiede bei den FDP-Zweitstimmenanteilen.

Sehr großer Effekt der Siedlungsstruktur und des Anteils höher Gebildeter auf Zweitstimmenanteil der GRÜNEN

Regressionsmodell zur Erklärung des Stimmenanteils der GRÜNEN zeigt gute Anpassung

Bei dem Regressionsmodell für die GRÜNEN haben fünf der sieben Faktoren einen signifikanten Erklärungsgehalt. Insignifikant sind die Faktoren zur Alters- und Familienstruktur (Faktor IV) sowie zur Konfessionsstruktur (Faktor VII). Die beiden Modelle für die CDU und die GRÜNEN zeigen von den sechs Regressionsmodellen zur Erklärung der Stimmenanteile der Parteien gemeinsam die beste Anpassung. Das Bestimmtheitsmaß beträgt in beiden Modellen rund 77 Prozent. Das bedeutet, von den Unterschieden bei den Wahlergebnissen der beiden Parteien können jeweils 77 Prozent durch die Faktoren erklärt werden.

Bei den GRÜNEN mit Abstand größter relativer Effekt eines einzelnen Faktors auf das Ergebnis

Den mit deutlichem Abstand größten Erklärungsgehalt für den Stimmenanteil der GRÜNEN hat Faktor I. Das Ergebnis der Regression zeigt, dass die GRÜNEN in akademisch geprägten städtischen Verwaltungsbezirken deutlich überdurchschnittlich abschneiden. Mit einer Erhöhung des Faktorwertes um eins steigt der GRÜNEN-Zweitstimmenanteil um 1,6 Prozentpunkte. Relativ zum landesdurchschnittlichen Ergebnis der Partei bedeutet dies einen Anstieg um mehr als 20 Prozent. In den betrachteten Modellen handelt es sich hierbei um den mit Abstand stärksten relativen Effekt eines einzelnen Faktors auf den Stimmenanteil einer Partei.

Die nächstgrößten Effekte weisen die Faktoren zu Wirtschaftsstruktur und Art der Erwerbstätigkeit (Faktor III) sowie zur Selbstständigkeit (Faktor VI) auf. Hohe Faktorwerte gehen bei Faktor III mit höheren und bei Faktor VI mit niedrigeren Stimmenanteilen der GRÜNEN einher. Eine Erhöhung des Faktorwertes um eins bewirkt jeweils eine Erhöhung bzw. Verringerung um 0,4 Prozentpunkte.

Stimmenanteil der LINKEN steht am stärksten mit Selbstständigkeit in Zusammenhang

Faktor VI zur Selbstständigkeit besitzt die stärkste Verbindung mit dem Ergebnis der Partei DIE LINKE. Der Effekt des Faktors ist demjenigen, der bei der FDP zu beobachten ist, entgegengesetzt. In Gebietseinheiten mit hohen Faktorwerten schneidet DIE LINKE schlechter ab. Eine Erhöhung des Faktorwertes um eins bedeutet einen um 0,5 Prozentpunkte niedrigeren Zweitstimmenanteil für die Partei.

DIE LINKE weniger erfolgreich in Gebieten, in denen selbstständige Tätigkeit eine größere Rolle spielt

An zweiter und dritter Stelle bei den signifikanten Effekten auf das Ergebnis der LINKEN stehen die Faktoren II und I. Bei beiden Faktoren erreicht die Partei in Verwaltungsbezirken mit höheren Faktorwerten bessere Ergebnisse. Dies verdeutlicht, dass DIE LINKE allgemein in städtischen Räumen überdurchschnittliche Stimmenanteile erzielt, und zwar sowohl in sozial schwachen als auch in akademisch geprägten Gebieten. Bei Faktor II beträgt die Steigerung des Stimmenanteils, die mit einem um eins höheren Faktorwert einhergeht, 0,5 Prozentpunkte, und bei Faktor I sind es 0,3 Prozentpunkte.

Korrelationen mit den Faktoren II und I machen besseres Ergebnis der LINKEN in Städten deutlich

Sechs der sieben Faktoren stehen mit dem Zweitstimmenergebnis der LINKEN in Zusammenhang. Einzig die Alters- und Famili-

enstruktur (Faktor IV) zeigt keine signifikante Korrelation. Der Anteil der durch die Faktoren erklärten Varianz beträgt etwa 56 Prozent.

Fazit

Sieben Faktoren beschreiben die sozialen und ökonomischen Strukturen in Rheinland-Pfalz

Mit der Faktorenanalyse kann die Vielzahl gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Variablen, von denen das Wahlverhalten abhängig ist, systematisiert und es können Zusammenhänge aufgezeigt werden. Die Datengrundlage für die Faktorenanalyse zur Bundestagswahl 2017 bilden 28 sozialstrukturelle und ökonomische Merkmale in 139 rheinland-pfälzischen kreisfreien Städten, verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden. Aus den 28 Merkmalen wurden sieben Faktoren extrahiert, die die grundlegenden Dimensionen der sozialen und ökonomischen Struktur abbilden, hinsichtlich derer sich die betrachteten Verwaltungsbezirke unterscheiden. Die sieben Faktoren wurden interpretiert und wie folgt benannt: Siedlungsstruktur und Anteil höher Gebildeter, Siedlungsstruktur und Anteil sozial Schwacher, Wirtschaftsstruktur und Art der Erwerbstätigkeit, Alters- und Familienstruktur, Unternehmensgrößenstruktur, Selbstständigkeit sowie Konfessionsstruktur.

Faktoren erklären Unterschiede bei den Wahlergebnissen

Im zweiten Schritt dienten die extrahierten Faktoren als erklärende Variablen in Regressionsmodellen, die die Zusammenhänge zwischen den Faktoren und der Wahlbeteiligung bzw. dem Zweitstimmenergebnis einer Partei bei der Bundestagswahl 2017 beleuchten. Die in die Modelle eingehenden Faktoren können gemeinsam zwischen 52 und 79 Prozent der Unterschiede bei der zu erklärenden Variablen aufklären. Am bes-

ten ist die Modellanpassung bei der Regression zur Wahlbeteiligung; am schlechtesten lassen sich die Unterschiede zwischen den SPD-Ergebnissen in den betrachteten Verwaltungsbezirken erklären.

Die Wahlbeteiligung steht am stärksten mit der Siedlungsstruktur und dem Anteil sozial Schwacher in Zusammenhang. In städtischen Gebieten mit hohen Anteilen sozial schwacher und bildungsferner Personen ist die Wahlbeteiligung geringer als in ländlichen Räumen ohne ausgeprägte soziale Problematik. Die Ergebnisse der drei Parteien, die bei der Bundestagswahl 2017 in Rheinland-Pfalz die meisten Zweitstimmen erzielen konnten, stehen allesamt am stärksten mit der Konfessionsstruktur in Verbindung. Während die CDU in evangelisch geprägten Gebieten unterdurchschnittlich und in katholisch geprägten Gebieten überdurchschnittlich abschneidet, verhält es sich bei SPD und AfD umgekehrt. Auf die Zweitstimmenanteile der FDP und der Partei DIE LINKE hat der Faktor Selbstständigkeit den größten Effekt. In Gebieten, in denen selbstständige Tätigkeiten eine überdurchschnittlich große Rolle spielen, ist die FDP stark und DIE LINKE schwach. Das Ergebnis der GRÜNEN korreliert am stärksten mit der Siedlungsstruktur und dem Anteil höher Gebildeter. Die Partei ist in verdichteten Räumen mit hohem Akademikeranteil deutlich erfolgreicher.

Konfessionsstruktur hat größten Effekt auf die Stimmenanteile von CDU, SPD und AfD

Dr. Martin Jacobs ist Referent im Referat „Analysen, Auftragsarbeiten, FDZ“.

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2017/18

Herkunfts- und leistungsspezifische Disparitäten im rheinland-pfälzischen Schulsystem



Von Dr. Marco Schröder

Unter häufig schwierigen Rahmenbedingungen stellen Bildungspolitik, Schulen und Lehrkräfte professionelle Schulstrukturen bereit und ermöglichen qualitativ hochwertigen Unterricht. Unabhängig von Persönlichkeitsmerkmalen wie Geschlecht, Förderbedarf oder Migrationshintergrund

ist es Aufgabe eines Schulsystems, allen Schülerinnen und Schülern neben einer allgemeinen Grundbildung Zugänge zu weiterführenden Bildungsgängen, eine hohe Bildungsmobilität und Durchlässigkeit sowie gleiche Chancen mit Blick auf Ausbildung, Studium und Beruf einzuräumen. Die Daten der Schulstatistik liefern Informationen für bildungspolitische Entscheidungen, die Bildungsforschung und für interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Das allgemeinbildende Schulsystem

Vermittlungs-,
Entwicklungs-,
Integrations-
und Enkulturationsfunktion
des Bildungswesens

Allgemeinbildende Schulen sind Institutionen der geistigen, sozialen, ethischen und ästhetischen Entwicklung junger Menschen im Kontext der jeweiligen Gesellschaft und Kultur. Sie vermitteln neben Allgemeinwissen insbesondere soziale Normen und gesellschaftliche Werte und haben eine Enkulturations- sowie Integrationsfunktion. Auf der anderen Seite birgt das Schulsystem die Gefahr von Disparitäten in den Bildungswegen und Mechanismen der sozialen Selektion.¹

Das allgemeinbildende Schulsystem unterteilt sich üblicherweise in Schularten, die

für eine weiterführende Schule, für die Aufnahme einer Berufsausbildung oder für den Hochschulzugang qualifizieren. Weitere Differenzierungen begründen sich im Wesentlichen durch Schulträger, Förderangebote, pädagogische Paradigmen und insbesondere in der föderalen Ausgestaltung des Bildungssystems durch die Bundesländer.

Obwohl in Rheinland-Pfalz mit der Schulstrukturreform (2009/10) ausgewählte Schularten zusammengefasst wurden, bestehen weiterhin rund zehn unterschiedliche Schularten. Neben der Grundschule, der Realschule plus, der Integrierten Gesamtschule und dem Gymnasium sowie der Förderschule existieren nach wie vor einzelne Haupt- und Realschulen in freier Trägerschaft. Hinzu

Differenziertes
System trotz
Schulstruktur-
reform

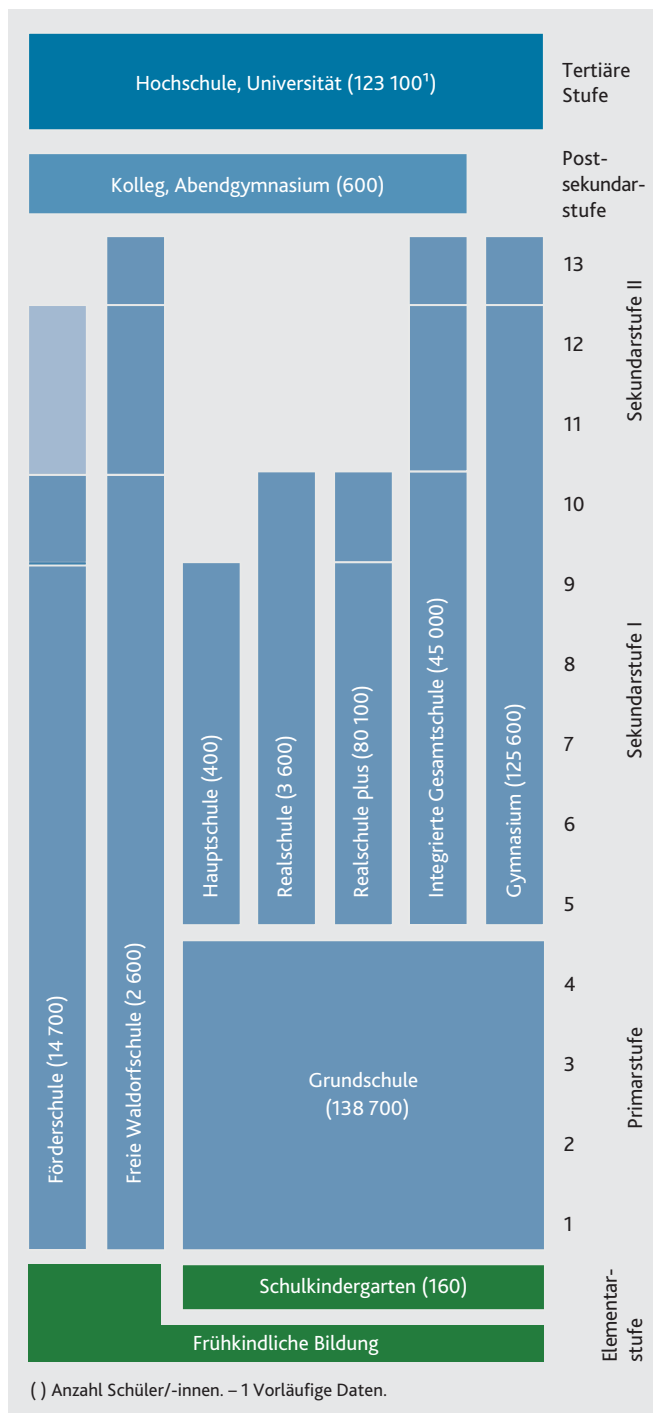
¹ Vgl. Becker, R. (Hrsg.): Lehrbuch Bildungssoziologie. Wiesbaden 2009, S. 159.

kommen Freie Waldorfschulen und die postsekundären Bildungsinstitutionen des „zweiten Bildungswegs“ wie das Kolleg und Abendgymnasium. Die amtliche Schulsta-

tistik bietet ausgewählte Kennzahlen und Indikatoren an, um die Komplexität und die Entwicklung des rheinland-pfälzischen Schulsystems differenziert abzubilden.

G 1

Allgemeinbildendes Schulsystem in Rheinland-Pfalz im Schuljahr 2017/18



Rückgang der Schülerzahlen

In Rheinland-Pfalz besuchten zum Beginn des Schuljahres 2017/18 rund 411 400 Kinder und Jugendliche eine Allgemeinbildende Schule. Im Vergleich zum Schuljahr 2007/08 waren das 62 900 Schülerinnen und Schüler weniger. Damit verzeichneten die rheinland-pfälzischen Schulen in den letzten zehn Jahren einen Rückgang der Schülerzahl von 13 Prozent.

Besonders betroffen von den gesunkenen Schülerzahlen waren der Primarbereich und die Sekundarstufe I, also die Zahl der Kinder und Jugendlichen der ersten bis zehnten Jahrgangsstufe. Eine Sonderregelung betrifft die Schülerinnen und Schüler, die eine G8-Ganztagsschule besuchen. Die G8-Ganztagesschule führt nach insgesamt zwölf statt 13 Schuljahren zur Allgemeinen Hochschulreife, wodurch die Sekundarstufe I bereits nach der neunten Jahrgangsstufe endet und mit der zehnten Jahrgangsstufe die Sekundarstufe II beginnt. Während 2007/08 noch 424 600 Schülerinnen und Schüler den Primarbereich oder die Sekundarstufe I besuchten, waren es 2017/18 nur noch 355 800. Die Schülerzahl in der Primarstufe sank um 13 Prozent, die in der Sekundarstufe I um 18 Prozent.

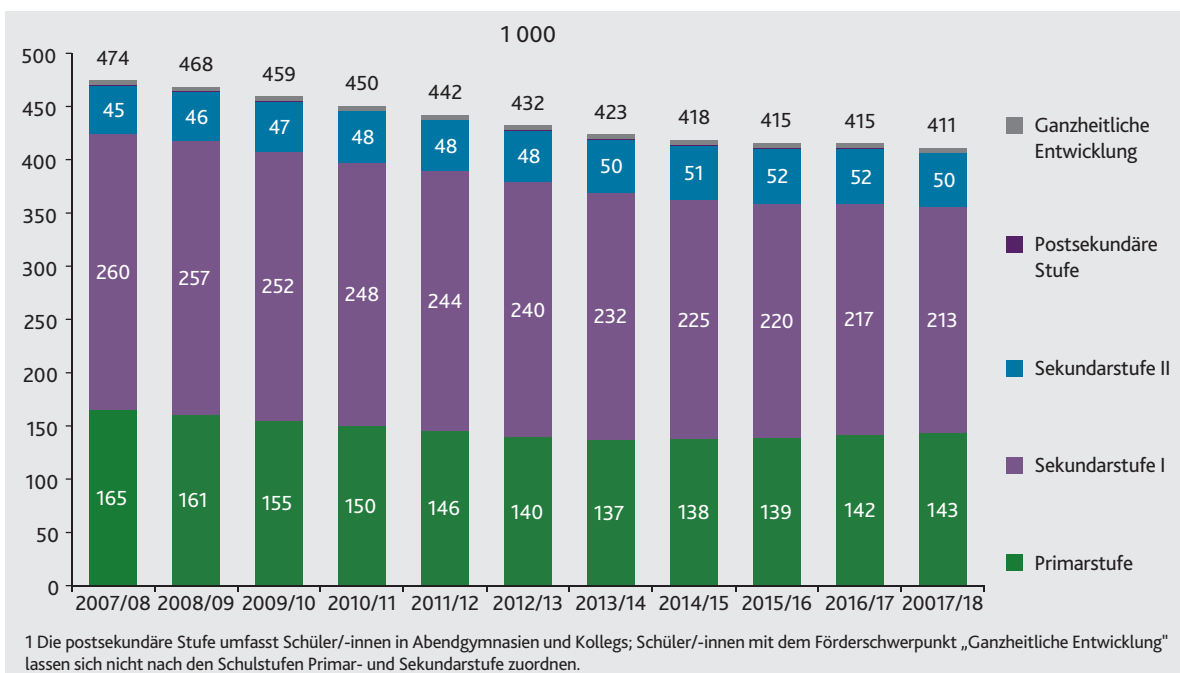
Schülerzahlen in der Primar- und Sekundarstufe I gehen zurück

Diese Entwicklung zeigt sich auch in den einzelnen Schularten, die ausschließlich der Primar- und Sekundarstufe I zugeordnet werden können. Dazu gehören im Wesentlichen die Grundschulen, die Förderschulen, die Realschulen plus und die nach der Strukturreform in freier Trägerschaft

Realschule plus und Grundschule sind vom Rückgang besonders betroffen

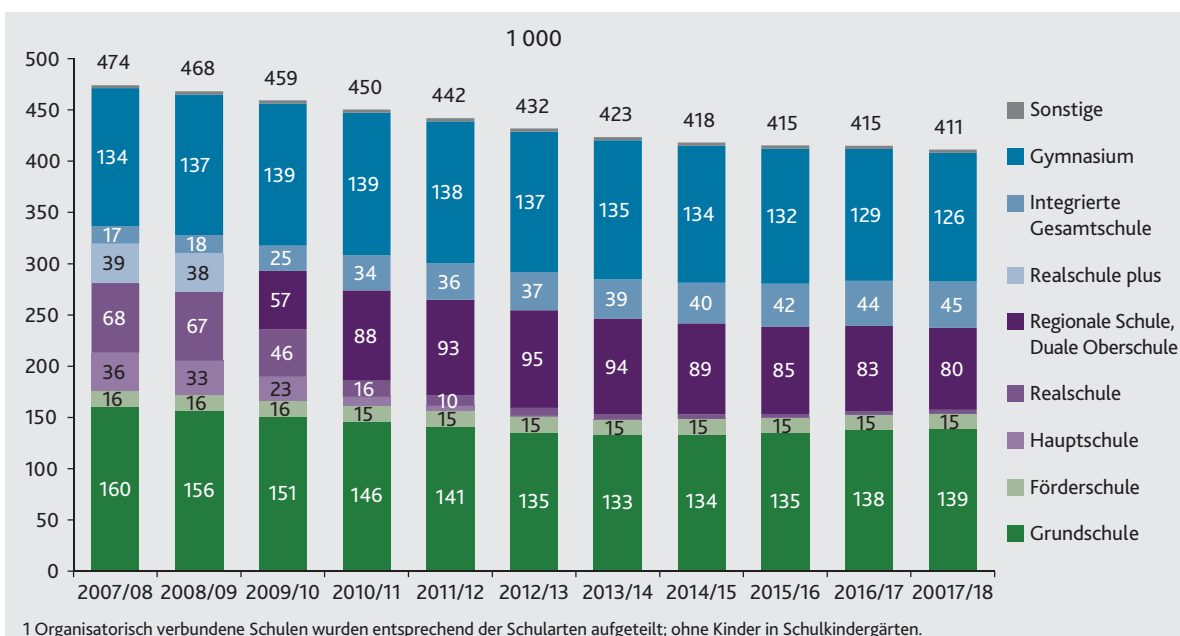
G 2

Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2007/08–2017/18 nach Schulstufe¹



G 3

Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2007/08–2017/18 nach Schulart¹



verbliebenen Haupt- und Realschulen. Die Zahl der Grundschulkinder sank in den vergangenen zehn Jahren um 21 500 bzw.

13 Prozent. Die Realschule plus wurde erst 2009/10 eingeführt, zeigt jedoch seit dem Schuljahr 2012/13 einen kontinuierlichen

Weniger Schülerinnen und Schüler besuchen Realschule plus

Rückgang der Schülerzahl und insgesamt ein Minus von 15 100 Kindern und Jugendlichen (–16 Prozent). Mit der Schulstrukturreform wurden die Schularten Haupt-, Real-, Regionale und Duale Oberschule zu der Realschule plus zusammengefasst. Werden die Schülerzahlen dieser Schularten im Schuljahr 2006/07 mit den Zahlen der Kinder und Jugendlichen verglichen, die im Schuljahr 2017/18 eine Realschule plus, eine Realschule oder eine Hauptschule besuchten, dann zeigt sich ein deutlicher Rückgang um 56 400 jungen Menschen bzw. ein Minus von 39 Prozent.

Demgegenüber stiegen die Schülerzahlen in der Sekundarstufe II, einschließlich des postsekundären Bereichs, im Zehnjahresvergleich deutlich. Die Sekundarstufe II ist die Bildungsphase, die in der Regel auf die Fach-, fachgebundene oder Allgemeine Hochschulreife vorbereitet. Unter dem postsekundären Bereich sind Schularten zu verorten, die üblicherweise über den „zweiten Bildungsweg“ zur Hochschulreife führen. Hierzu zählen unter den allgemeinbildenden Schulen die Kollegs und Abendgymnasien. Im Schuljahr 2017/18 waren 50 500 Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II und 600 besuchten eine Schule des postsekundären Bereichs. Gegenüber 2007/08 verzeichnete die Sekundarstufe II, einschließlich des postsekundären Bereichs, einen Schülerzuwachs von zwölf Prozent.

Mehr Schülerinnen und Schüler besuchen eine Integrierte Gesamtschule

Die steigenden Schülerzahlen in den Schulen des Sekundarbereichs II sind nicht – wie zu erwarten – auf den Zuwachs der Zahl der Jugendlichen, die ein Gymnasium besuchten, zurückzuführen. Vielmehr ist es so, dass die Schülerzahlen an Gymnasien gegenüber 2007/08 sogar um 6,6 Prozent zurückgegangen sind. Im Wesentlichen ist

der Anstieg auf die Integrierten Gesamtschulen zurückzuführen (+184 Prozent in der Sekundarstufe II).

Nicht den üblichen Schulstufen zugeordnet werden die Schülerinnen und Schüler im Förderbereich „Ganzheitliche Entwicklung“. Hierunter fallen Kinder und Jugendliche, die in allen Entwicklungsbereichen (geistige und soziale Entwicklung, Motorik, Wahrnehmung und Sprache) sozialpädagogisch gefördert und betreut werden.² Die Schulstufen in diesem Förderschwerpunkt unterteilen sich nach Unter-, Mittel-, Ober- und Werkstufe. Insgesamt verzeichnete die amtliche Statistik im Schuljahr 2017/18 rund 4 400 Schülerinnen und Schüler im Förderschwerpunkt „Ganzheitliche Entwicklung“.

4 400 Schülerinnen und Schüler im Förderschwerpunkt „Ganzheitliche Entwicklung“

Schulanfängerzahlen stabilisieren sich

Die Zahl der Einschulungen lag zum Schuljahresbeginn 2017/18 bei 34 900 Kindern. Neben den 33 600 Einschulungen an Grundschulen wurden rund 200 Kinder an Freien Waldorfschulen und 1 000 an Förderschulen eingeschult. Weitere 156 schulpflichtige Kinder, denen aber eine nicht ausreichende Schulreife zum Zeitpunkt der Einschulung attestiert wurde, besuchten stattdessen einen Schulkindergarten.

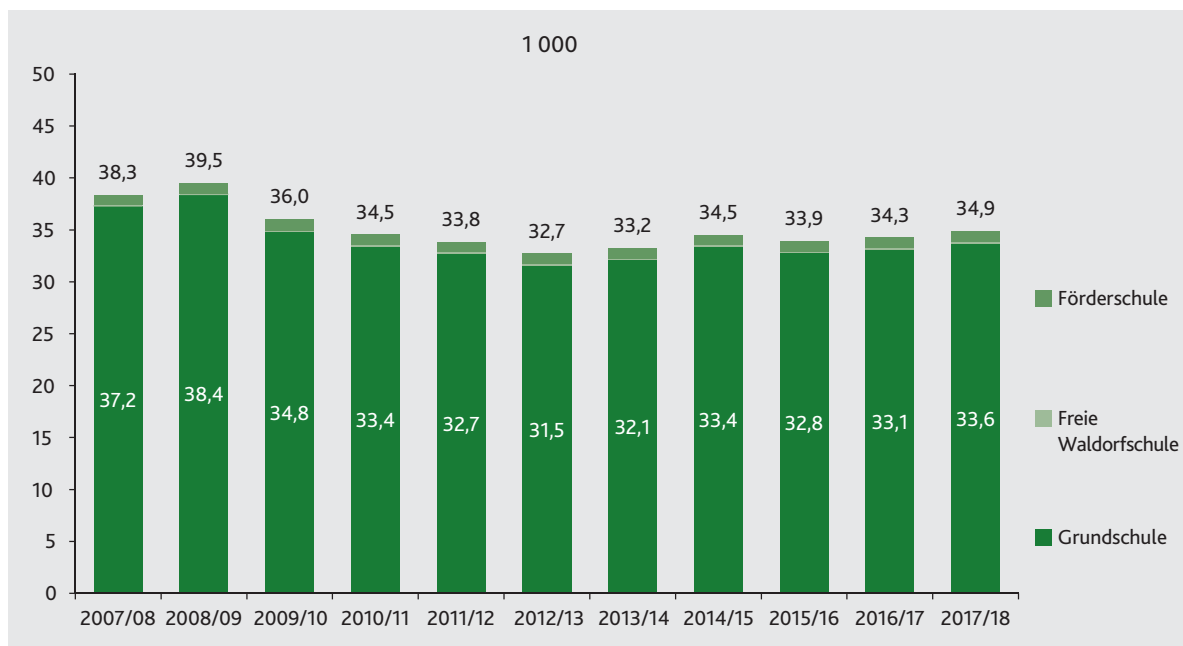
Gegenüber dem Schuljahr 2007/08 ist die Zahl der Einschulungen heute deutlich niedriger (–9 Prozent). Dieser Rückgang fand vor allem zwischen 2007/08 und 2012/13 statt. Seitdem stieg die Zahl der Grundschulkinder wieder geringfügig. In den Schuljahren 2015/16 bis 2017/18 sind dabei Effekte durch eingeschulte Schutz- und Asylsuchende zu berücksichtigen.

Einschulungszahlen profitieren von schulpflichtigen Schutz- und Asylsuchenden

² Vgl. Pädagogisches Landesinstitut: Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung. Speyer 2017.

G 4

Schulanfänger/-innen an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2007/08–2017/18 nach Schulart



Auffällig ist, dass die Zahl der eingeschulten Kinder an Freien Waldorfschulen im Zehnjahresvergleich zwar in geringer Absolutzahl (37), doch in Relation zur Einschulungszahl von 2007/08 mit einem Plus von 22 Prozent deutlich stieg. Freie Waldorfschulen befinden sich in Rheinland-Pfalz ausschließlich in freier Trägerschaft. Sie bieten als sogenannte Ersatzschule ein staatlich genehmigtes Unterrichtsangebot an, das das Angebot öffentlicher Träger ersetzt. Freie Waldorfschulen zeichnen sich dabei unter anderem durch die Förderung einer ethischen und moralgeleiteten Individualität³, einen künstlerisch-handwerklichen Unterricht und den Verzicht von Nichtversetzungen⁴ aus.

Trend zur Höherqualifizierung hält an

An den rheinland-pfälzischen Schulen können üblicherweise drei unterschiedliche

allgemeinbildende Abschlüsse erworben werden: Die Berufsreife (ehemals Hauptschulabschluss), der qualifizierte Sekundarabschluss I (mittlerer Schulabschluss) und die Allgemeine Hochschulreife. Zudem besteht die Möglichkeit, den schulischen Teil der Fachhochschulreife zu erlangen. Die vollständige Fachhochschulreife wird erst dann erreicht, wenn neben der schulischen Ausbildung ein außerschulisches Praktikum absolviert wurde. Neben den drei genannten Abschlüssen besteht die Möglichkeit, ein Abschluss- oder Abgangszeugnis in ausgewählten sonderpädagogischen Förderschwerpunkten zu erlangen.

Rund 38 700 Jugendliche und junge Erwachsene erwarben 2017 einen Abschluss an einer allgemeinbildenden Schule in Rheinland-Pfalz. Das waren 5 500 Absolventinnen und Absolventen bzw. zwölf Prozent weniger als 2007.

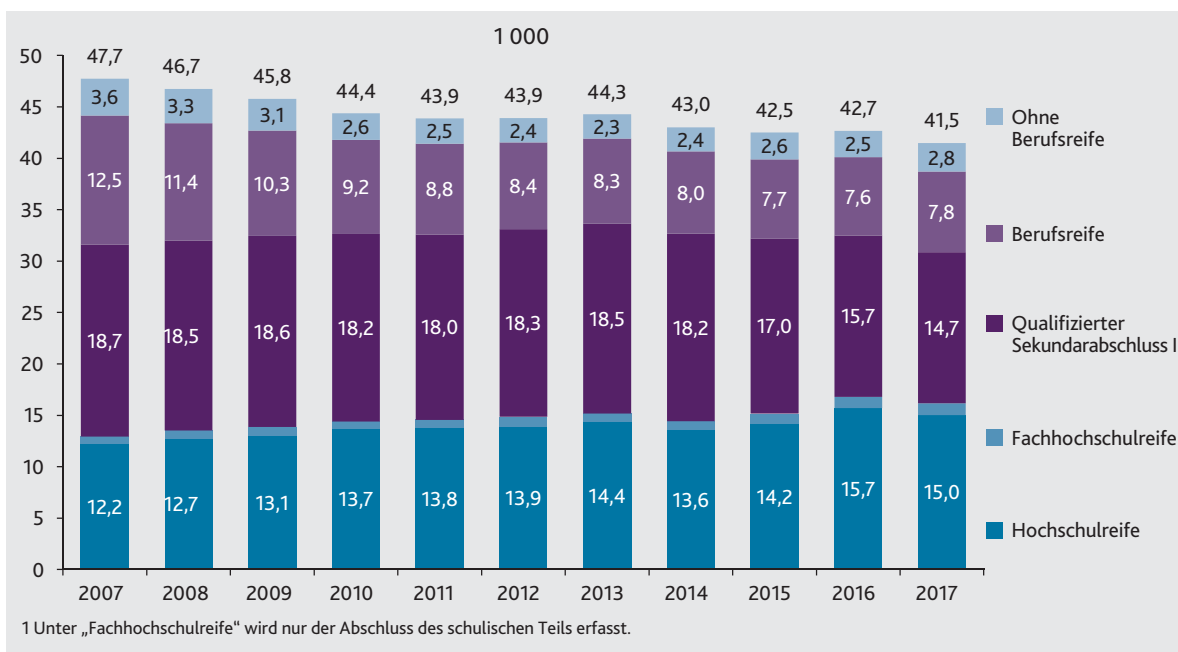
Absolventen-
zahl sank seit
2007 um zwölf
Prozent

Die rückläufige Absolventenzahl ist im Wesentlichen auf den Rückgang der Zahl der Jugendlichen zurückzuführen, die

3 Vgl. Zech, M.: Waldorfschulen als Beispiel gelebter Schulautonomie auf dem freien Markt. In: Randoll, D./da Veiga, M. (Hrsg.): Waldorfpädagogik in Praxis und Ausbildung. Wiesbaden 2013, S. 11.

4 Vgl. Bund der Freien Waldorfschulen: Was ist Waldorfpädagogik. Stuttgart 2017.

G 5

Absolventen/-innen an allgemeinbildenden Schulen 2006–2016 nach Abschlussart¹

die Berufsreife (–38 Prozent) oder einen mittleren Schulabschluss (–21 Prozent) erlangten. Gegenüber 2007 war das ein Minus von rund 8 700 Absolventinnen und Absolventen, die insbesondere für eine Ausbildung auf Facharbeiterebene relevant sind.

Mehr Schülerinnen und Schüler erreichen die Hochschulreife

Demgegenüber entwickelte sich die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die den schulischen Teil der Fachhochschulreife oder die allgemeine Hochschulzugangsbeurteilung erwarben, mit einem Zuwachs von 3 200 Personen bzw. 25 Prozent sehr positiv. Im zweiten Jahr in Folge erlangten in Rheinland-Pfalz mehr Schülerinnen und Schüler die Allgemeine Hochschulreife bzw. den schulischen Teil der Fachhochschulreife (16 200) als den qualifizierten Sekundarabschluss I (14 700). Immer mehr junge Menschen bemühen sich um eine Höherqualifizierung und streben höhere Bildungsabschlüsse an. Dies zeigt sich auch in der Studienanfängerquote, die in Deutsch-

land von fünf Prozent im Jahr 1950 über 29 Prozent 1990 auf 57 Prozent 2016 stieg (Rheinland-Pfalz 2016: 50 Prozent).⁵

Die Zahl der Abgängerinnen und Abgänger ohne Berufsreife lag 2017 bei 2 800 Jugendlichen. Gegenüber 2007 ging sie um 22 Prozent zurück. Der Rückgang ist unter anderem auf das Programm „Keine/r ohne Abschluss“ zurückzuführen.⁶ An Realschulen plus werden seit dem Schuljahr 2009/10 Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss nach der neunten Jahrgangsstufe gezielt gefördert, um die Berufsreife zu erlangen. Dabei werden eigens dafür eingerichtete Klassen gebildet, die auf Basis eines allgemein- und eines berufsbildenden Unterrichts auf den Abschluss und die Arbeitswelt vorbereiten.

Weniger Schulabgängerinnen und -abgänger im Zehnjahresvergleich

⁵ Für die Daten von 1950 vgl. Teichler, U.: Hochschulbildung. In: Tippelt, R./Schmidt, B. (Hrsg.): Handbuch Bildungsforschung. 2. Aufl., Wiesbaden 2009, S. 431.

⁶ Vgl. Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz: Das besondere 10. Schuljahr „Keine/r ohne Abschluss“ an den Realschulen plus in Rheinland-Pfalz. Speyer 2014.

Auffällig ist, dass die aktuelle Zahl der Schulabgänger/-innen ohne Berufsreife gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent stieg. Dies ist unter anderem auf Schutz- und Asylsuchende zurückzuführen, die aufgrund der sprachlichen Barrieren, eines Wechsels in das berufliche Übergangssystem, der Anerkennung ausländischer Abschlüsse oder durch einen Standortwechsel das allgemeinbildende Schulsystem verlassen haben. Die Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Berufsreife mit syrischer oder afghanischer Staatsangehörigkeit stieg zwischen 2016 und 2017 um 130 Prozent.

Viele Schulabgängerinnen und -abgänger mit Förder-schulzeugnis

Die Abgängerzahl der amtlichen Schulstatistik ist nicht mit der Abbrecherzahl gleichzusetzen. Zwar befinden sich darunter Schulabbrecherinnen und -abbrecher (41 Prozent), aber auch Absolventinnen und Absolventen mit Abschluss- und Abgangszeugnissen in den Förderschwerpunkten „Lernen“ (44 Prozent) und „Ganzheitliche Entwicklung“ (15 Prozent). „Das Abschlusszeugnis der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen erhalten alle Schülerinnen und Schüler, die die Klassenstufe 9 mit Erfolg besucht haben“.⁷ Damit haben die Jugendlichen eine „besondere Form der Berufsreife“ erlangt. Die allgemeine Berufsreife kann anschließend im Berufsvorbereitungsjahr an einer Berufsschule erworben werden. Abschlusszeugnisse im Förderschwerpunkt „Ganzheitliche Entwicklung“ enthalten keine Bewertungen und Noten, sondern stellen die individuellen Lernfortschritte und die soziale, emotionale, kognitive und motorische Entwicklung der Schülerinnen und Schüler dar.⁸

⁷ Schulordnung für die öffentlichen Sonderschulen vom 29. Mai 2000, § 55 Abs. 4.

⁸ Vgl. Schulordnung für die öffentlichen Sonderschulen vom 29. Mai 2000, § 56 Abs. 2 f.

Wovon die Abiturnote abhängt

Ende 2017 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die Abiturnote kein ausreichendes Kriterium sei, Studienplätze in der Medizin zu vergeben bzw. die Zahl der Wartesemester zu kalkulieren. Die Annahme ist, dass die Voraussetzungen, eine gute Abiturnote zu erreichen, nicht nur von der persönlichen Leistungsfähigkeit, sondern auch von strukturellen Faktoren abhängig ist.

Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum NC

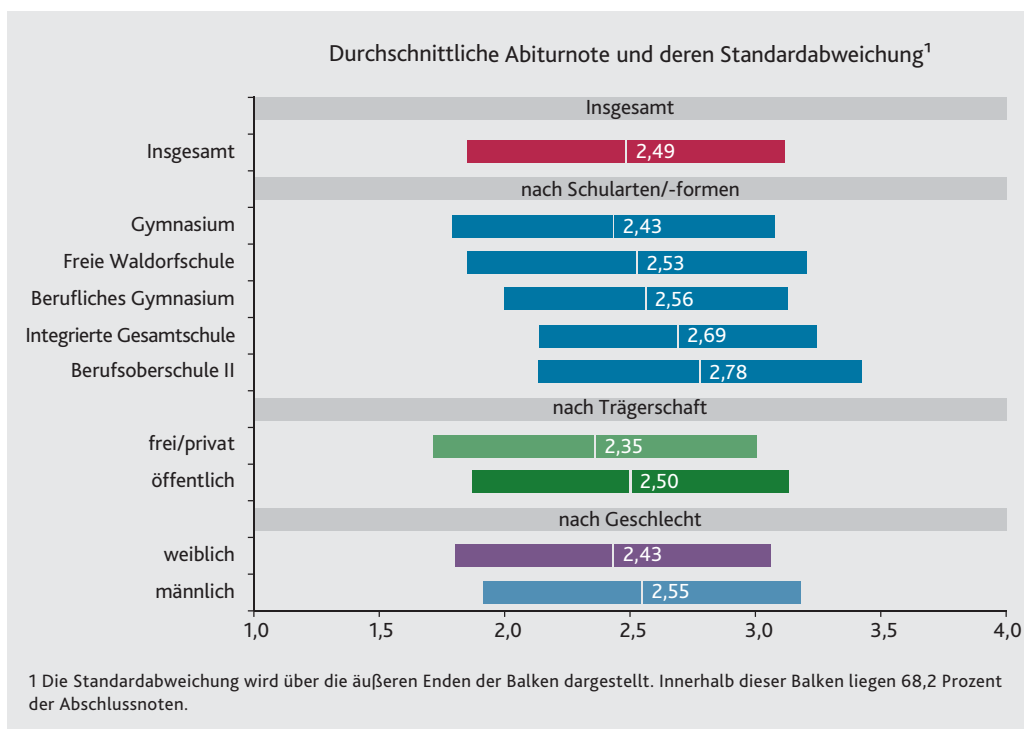
In der amtlichen Statistik zeigten sich 2017 Unterschiede im Mittelwert der Abiturnote hinsichtlich der Trägerschaft und der Schulart bzw. Schulform. So lag die durchschnittliche Abschlussnote an Gymnasien (2,4) über der an der Berufsoberschule II (2,8) und der Integrierten Gesamtschule (2,7). Ebenso gab es Unterschiede zwischen der erworbenen Abiturnote an Schulen in öffentlicher und in freier Trägerschaft: Während die Absolventinnen und Absolventen an öffentlichen Schulen mit einem Notendurchschnitt von 2,5 das Abitur abschlossen, schnitten die jungen Erwachsenen an Schulen in freier Trägerschaft mit einer durchschnittlichen Abschlussnote von 2,4 besser ab. Noch deutlicher wird der Unterschied zwischen den Schulträgern, wenn der Anteil der Absolventinnen und Absolventen betrachtet wird, der mit der Note 1,5 oder besser das Abitur abschloss. An öffentlichen Schulen gelang dies neun Prozent der Schülerinnen und Schüler; an Schulen in privater bzw. freier Trägerschaft rund 13 Prozent.

Bessere Abiturnoten an Schulen in freier Trägerschaft

Diese Differenzen sind einerseits auf unterschiedliche strukturelle Rahmenbedingungen in Abhängigkeit von Trägerschaft, Schulform und Schulart zurückzuführen. Auf der anderen Seite beginnt die durch sozio-ökonomische Faktoren geprägte Selektion bereits beim Einstieg in das Schulsystem, wodurch in der Folge Disparitäten im Bildungsverlauf

G 6

Durchschnittliche Abiturnoten 2017 nach Geschlecht, Trägerschaft und Schulart/-form



entstehen. So besuchte beispielsweise ein wesentlich geringerer Teil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund eine Schule in freier Trägerschaft als Kinder und Jugendliche ohne Migrationserfahrung.

Herkunftsspezifische Disparitäten

Der Umgang mit Heterogenität ist im Zusammenhang mit Bevölkerungswanderungen, gesellschaftlichem Wandel und kultureller Vielfalt von zunehmender Bedeutung im schulischen Alltag. So werden im Kontext des aktuellen Diskurses um Schutz und Asylsuchende insbesondere herkunftsspezifische Disparitäten im Bildungssystem thematisiert.

Jede bzw. jeder Fünfte mit Migrationshintergrund

Zu Beginn des Schuljahres 2017/18 besuchten 82 600 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund eine allgemeinbildende Schule in Rheinland-Pfalz. Damit

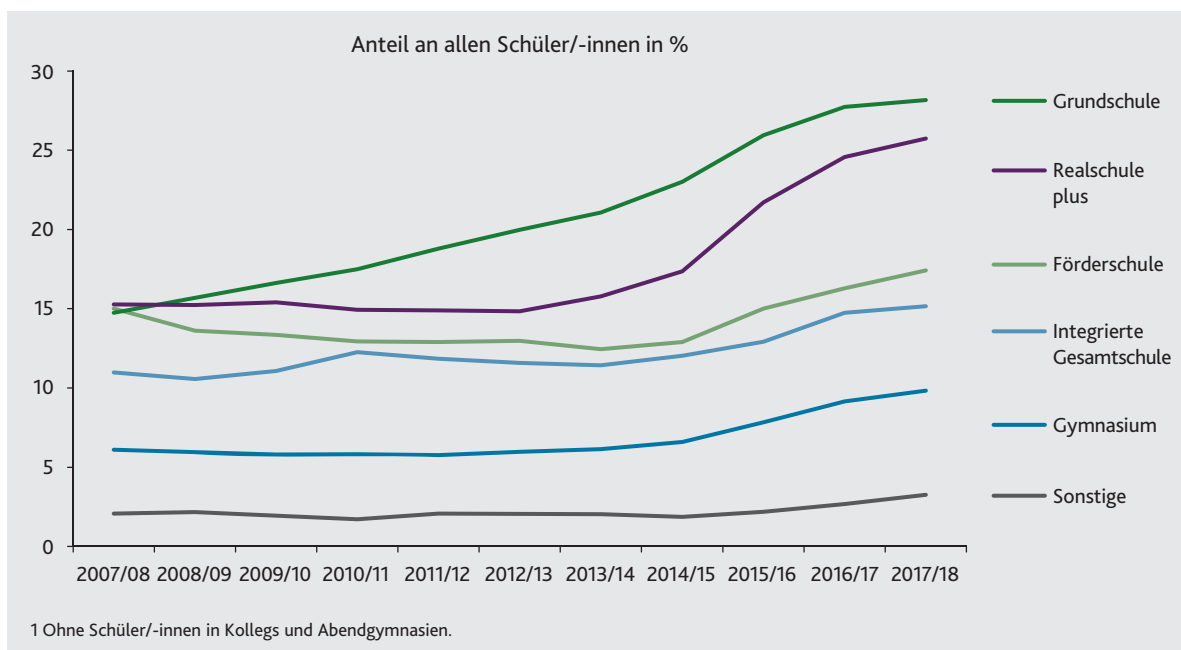
hatte eine bzw. einer von fünf Schülerinnen und Schülern einen Migrationshintergrund. Ein Migrationshintergrund liegt in der amtlichen Schulstatistik vor, wenn die Schülerin bzw. der Schüler eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit hat, im Ausland geboren wurde und/oder in der Familie nicht Deutsch spricht.

Den höchsten Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund verzeichneten die Grundschulen (28 Prozent) und die Realschulen plus (26 Prozent). Deutlich niedriger lag ihr Anteil in Schularten, in denen die Möglichkeit besteht, die Hochschulreife zu erlangen: Zehn Prozent der Schülerinnen und Schüler an Gymnasien und 15 Prozent an Integrierten Gesamtschulen hatten einen Migrationshintergrund. Während der Anteil an migrationserfahrenen Schülerinnen und Schülern an Grundschulen

Grundschulen und Realschulen plus mit dem höchsten Migrantenanteil

G 7

Schüler/-innen¹ mit Migrationshintergrund in den Schuljahren 2007/08–2017/18 nach Schularten



seit 2007/08 nahezu kontinuierlich um 13 Prozentpunkte stieg, nahm der Anteil in allen anderen Schularten insbesondere ab dem Schuljahr 2015/16 zu. Dies ist im Wesentlichen auf die Integration von schulpflichtigen Schutz- und Asylsuchenden zurückzuführen. Die 7 500 in Syrien geborenen Schülerinnen und Schüler waren die größte Gruppe der Migrantinnen und Migranten im rheinland-pfälzischen Schulsystem. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen aus der Krisenregion Syrien (+1 186 Schülerinnen und Schüler) verzeichnete 2017/18 erneut den deutlichsten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr. Deren Gesamtanteil blieb jedoch gering: Auf 1 000 Schülerinnen und Schüler kamen 18 Kinder bzw. Jugendliche mit syrischer Herkunft.

Bei der These eines stabilen und herkunfts-unabhängigen Bildungswegs müsste angenommen werden, dass sich der Anteil

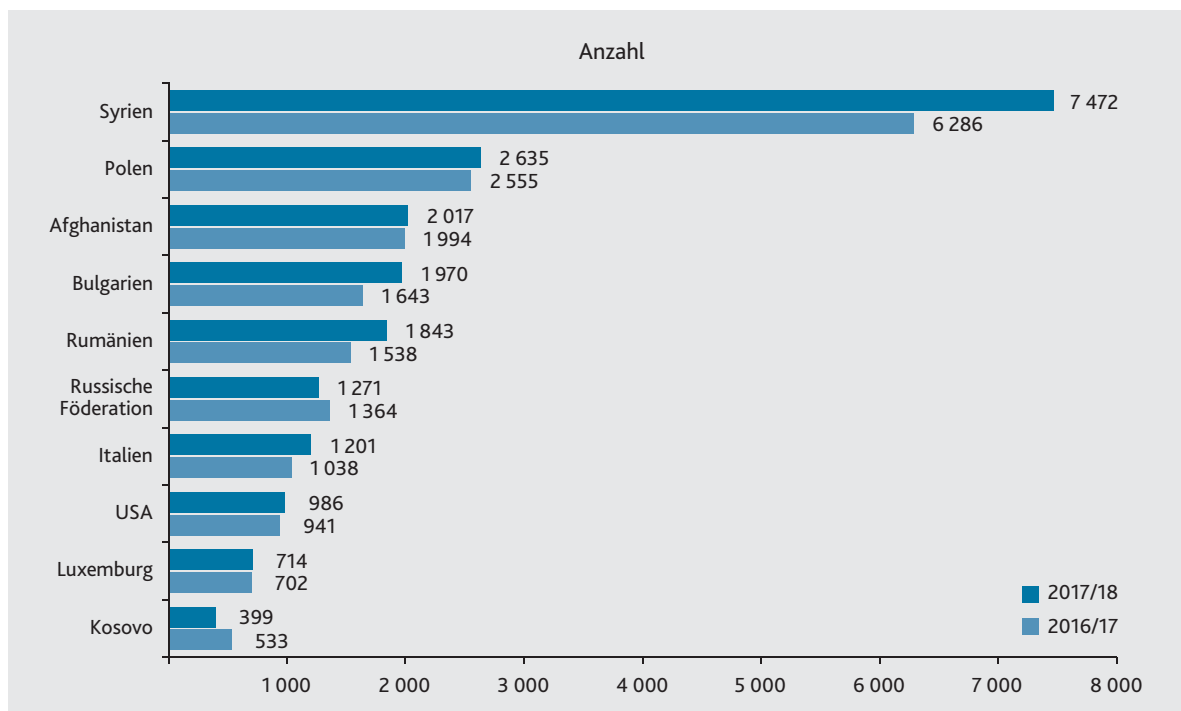
an Migrantinnen und Migranten an allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von der erreichten Klassenstufe kaum verändert. Zur Darstellung von herkunftsspezifischen Bildungswegen wurde für jede Klassenstufe (5. bis 13.) einer weiterführenden Schule der Anteil der Migrantinnen und Migranten berechnet. Dabei wurden vier Jahrgänge berücksichtigt, die 2006, 2007, 2008 bzw. 2009 in die fünfte Klassenstufe eingetreten sind.

Der Anteil der migrationserfahrenen Kinder und Jugendlichen an allen Schülerinnen und Schülern, die 2009 die 5. Klassenstufe besuchten, stieg zunächst in der Sekundarstufe I bis einschließlich der 9. Klassenstufe von 10,5 auf zwölf Prozent. Auffällig ist, dass mit jedem danach folgenden schulischen Übergang und mit zunehmend hohem Bildungsziel der Anteil an Migrantinnen und Migranten sinkt:

Bildungs-
verläufe von
Migrantinnen
und Migranten

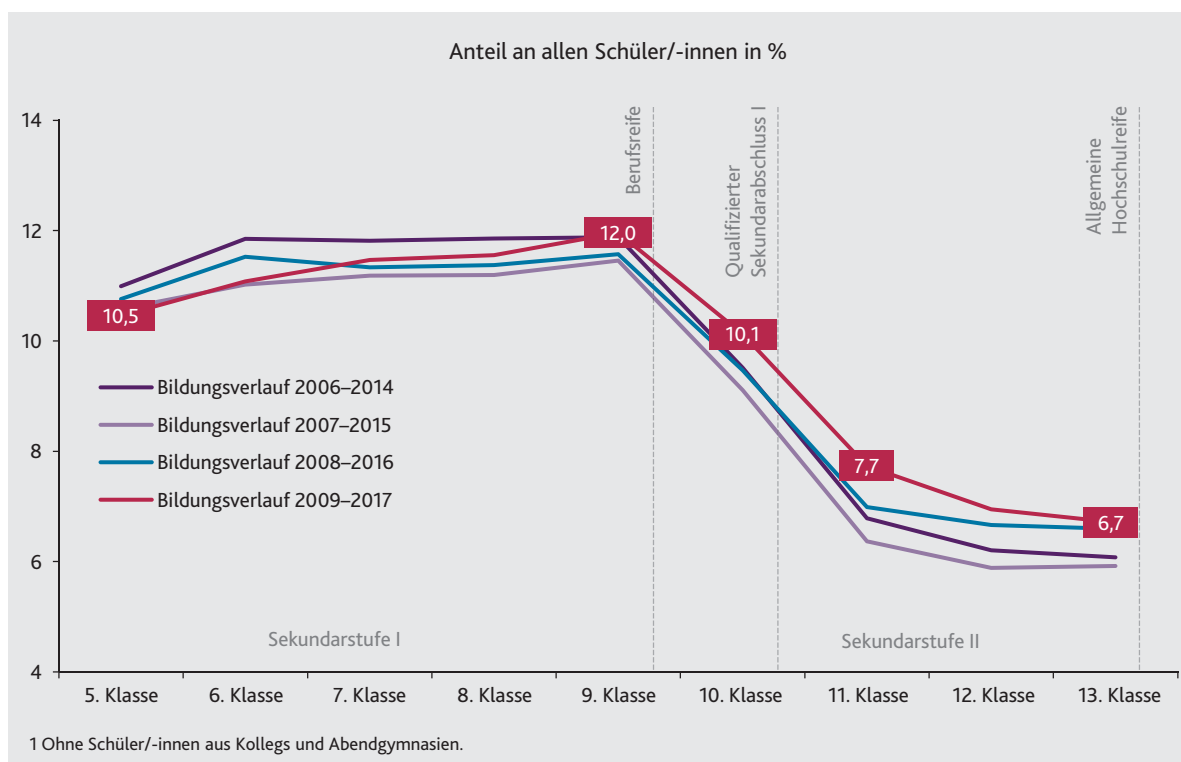
G 8

Schüler/-innen mit Migrationshintergrund in den Schuljahren 2016/17 und 2017/18 nach den zehn häufigsten Herkunftsländern



G 9

Anteil der Schüler/-innen¹ mit Migrationshintergrund in den Schuljahren 2006/07–2016/17 nach Klassenstufe 5–13



- Mit Abschluss der 9. Klassenstufe wird in der Regel das Bildungsziel der Berufsreife oder das Abschlusszeugnis im Förderschwerpunkt Lernen erreicht. Zwischen der 9. und 10. Klassenstufe verringerte sich der Migrantenanteil um 1,8 Prozentpunkte auf insgesamt 10,1 Prozent.
- Mit dem Erreichen des Bildungsziels des qualifizierten Sekundarabschlusses I (Abschluss der 10. Klassenstufe) und dem Übergang in die Sekundarstufe II (11. Klassenstufe) verringerte sich der Migrantenanteil um weitere 2,4 Prozentpunkte auf 7,7 Prozent.
- In der Sekundarstufe II (gymnasiale Oberstufe) wurde zwischen der 11. und 13. Klassenstufe ein weiterer Rückgang um einen Prozentpunkt auf 6,7 Prozent verzeichnet.

Je höher die Schulstufe, umso geringer der Migrantenanteil

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Bildungsverläufe zwischen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund unterschiedlich sind. Migrationserfahrene Jugendliche verbleiben nach dem ersten allgemeinbildenden Abschluss (Berufsreife) – und zwar unabhängig vom Geschlecht – seltener im allgemeinbildenden Schulwesen, verfolgen seltener das Bildungsziel des qualifizierten Sekundarabschlusses I und besuchen seltener die Sekundarstufe II.

Herkunftsspezifische Unterschiede zeigen sich im Bildungssystem

Werden zusätzliche Kennzahlen der Bildungsverläufe von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund miteinander verglichen, zeigen sich weitere herkunftsspezifische Unterschiede im allgemeinbildenden Schulsystem. Migrationserfahrene Kinder und Jugendliche besuchten beispielsweise

seltener ein Gymnasium (15 gegenüber 34 Prozent) oder eine Privatschule (zwei gegenüber zehn Prozent), nahmen häufiger am Ganztagsangebot teil (36 gegenüber 24 Prozent), erlangten im Durchschnitt eine schlechtere Abiturnote (2,7 gegenüber 2,5) und verließen die Schule öfter ohne Berufsreife (neun gegenüber vier Prozent).

Ausblick

Die amtliche Schulstatistik liefert seit 1948 verlässliche und unabhängige Daten zu den Entwicklungen im Schulsystem. Eine Besonderheit ist, dass die amtliche Schulstatistik aufgrund des föderalen Bildungssystems eine Landesstatistik ist und nur sehr begrenzt landesübergreifende Vergleichbarkeit ermöglicht. Um die Ergebnisse und Daten der Bundesländer besser vergleichen zu können, strebt die Kultusministerkonferenz

Einführung eines bundes-einheitlichen Kerndatensatzes

G 10

Ausgewählte Kennzahlen zu Schüler/-innen mit Migrationshintergrund im Schuljahr 2017/18

Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund
Zahl der Schüler/-innen	
328 700	82 600
Besuch eines Gymnasiums	
35%	15%
Besuch einer Privatschule/Schule in freier Trägerschaft	
10%	2%
Teilnahme an schulischen Ganztagsangeboten	
24%	36%
Durchschnittliche Abiturnote	
2,5	2,7
Abgänger/-innen ohne Berufsreife	
6%	14%



Edoo.sys – das
landeseinheit-
liche Schulver-
waltungspro-
gramm

einen einheitlichen Erhebungsdatensatz an, den sogenannten Kerndatensatz (KDS).⁹

In Rheinland-Pfalz wird seit dem Schuljahr 2017/18 an ausgewählten Schulen das neuentwickelte landeseinheitliche Schulverwaltungsprogramm „Edoo.sys“ eingesetzt, mit dem der Kerndatensatz erhoben werden kann. Bis 2021 soll das Programm an allen rheinland-pfälzischen Schulen eingesetzt werden.

Eine Besonderheit des Kerndatensatzes ist es, dass neben den bisherigen Merkmalen

⁹ Vgl. Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: FAQ's – Frequently Asked Questions zum Kerndatensatz und zur Datengewinnungsstrategie. Berlin 2011.

zu Schülerinnen und Schülern, Klassen und Lehrkräften künftig auch Unterrichtseinheiten und – unter Beachtung datenschutzrechtlicher Anforderungen – Bildungsverläufe beobachtet werden können. Dadurch können voraussichtlich ab dem Schuljahr 2021/22 beispielsweise Übergänge zwischen allgemein- und berufsbildenden Schulen verfolgt werden.

Zukunft:
Auswertung
von Bildungs-
verläufen
und Fächer-
belegungen

Dr. Marco Schröder, Soziologe und Bildungswissenschaftler, leitet das Referat „Schule, Hochschule und Berufsbildung“.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 933	128 942
752	134 121	128 093	127 842
6 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	153 523
157 811	157 827	111 776	110 128
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	94 429	125 677	103 801
		87 027	69 111

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2015	2016			2017			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 053 ^{1,2}	4 059 ^{1,2}	4 068	4 069	4 066
darunter Ausländer ³	1 000	383 ^{1,2}	397 ^{1,2}	410	412	411

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 695	1 768	1 663	1 065	2 120
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	2 912	3 126	3 191	2 836	3 260
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,7	9,2	9,2	8,5	9,4
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 898	3 819	3 884	3 693	4 260
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,6	11,3	11,2	11,0	12,3
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	10	11	8	6	18
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,5	3,4	2,5	2,1	5,5
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-986	-693	-693	-857	-1000
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,9	- 2,1	- 2,0	- 2,6	- 2,9

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	14 039	13 487	14 731	10 429	9 126
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	8 106	7 137	6 478	5 080	4 232
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 695	11 595	12 330	9 397	10 687
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 637	5 399	3 947	4 195	5 839
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	4 344	1 892	2 401	1 032	-1561
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	15 659	16 131	15 379	13 774	13 074

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

	Einheit	2014	2015	2016			2017		
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 322	1 345	1 353	1 354	1 365	1 388	1 377	1 379
* Frauen	1 000	611	626	634	634	637	648	646	646

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1, 2, 3}

Beschäftigte ^{1, 2, 3}	Einheit	2014	2015		2016				2017	
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
* Ausländer/-innen	1 000	106	117	117	121	128	131	127	134	141
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	353	373	378	380	386	390	391	394	400
* darunter Frauen	1 000	295	309	313	314	318	321	323	324	328
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	11	12	13	14	11	13	13
* produzierendes Gewerbe	1 000	422	422	423	422	424	431	426	427	430
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	285	294	296	295	299	304	302	301	304
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	206	213	213	213	216	219	217	218	221
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	396	403	411	412	413	420	421	420	420

Arbeitsmarkt⁵

Arbeitsmarkt ⁵	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Arbeitslose	Anzahl	111 436	106 299	117 804	112 775	108 447	107 665	107 534	103 267	100 232
* Frauen	Anzahl	50 458	48 166	51 175	49 825	48 818	47 702	47 286	46 098	45 202
Männer	Anzahl	60 978	58 132	66 628	62 949	59 628	59 963	60 248	57 168	55 030
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	41 185	42 178	49 845	45 623	42 203	46 087	46 045	42 787	39 885
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	70 250	64 121	67 959	67 152	66 244	61 578	61 489	60 480	60 347
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,1	4,8	5,4	5,1	4,9	4,9	4,9	4,7	4,6
* Frauen	%	4,9	4,7	5,0	4,8	4,7	4,6	4,6	4,5	4,4
* Männer	%	5,3	5,0	5,7	5,4	5,1	5,1	5,2	4,9	4,7
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,7	4,6	5,1	4,8	4,6	4,2	4,4	4,2	4,0
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,4	3,2	3,4	3,1	3,1	2,8	2,8	2,6	2,7
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,1	4,7	5,2	5,0	4,8	4,8	4,8	4,6	4,5
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,6	5,2	5,7	5,5	5,4	5,3	5,3	5,1	5,0
* Ausländer/-innen	%	13,4	13,4	15,8	15,2	14,5	13,5	13,5	13,0	12,6
Deutsche	%	4,3	4,0	4,4	4,2	4,0	4,0	4,0	3,8	3,7
* Kurzarbeiter/-innen ⁹	Anzahl	5 357	...	12 830	9 547	1 264
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰	Anzahl	32 997	37 936	34 934	35 920	36 135	37 571	38 594	39 913	39 856

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹¹

Soziales Leistungsbezug nach SGB II ¹¹		Einheit	2015	2016		2017				2018	
			Durchschnitt	Dez.		Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl		231 358	235 916	242 710	246 396	249 924	245 502	245 026	246 128	...
* darunter Frauen	Anzahl		117 667	117 850	119 827	121 439	122 761	120 897	120 762	121 177	...
davon											
* erwerbsfähige Leistungs-											
berechtigte	Anzahl		157 260	160 493	165 254	167 934	170 518	165 531	165 196	166 036	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-											
berechtigte	Anzahl		60 383	61 917	65 065	66 510	67 346	67 949	67 705	67 565	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl		58 286	59 870	63 051	64 462	65 324	65 966	65 729	65 576	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	547	587	526	455	464	458	510	456	405
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	493	520	455	403	410	401	464	390	363
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	4	1	2	1	4	3	3	2
Unternehmen	Anzahl	64	92	92	78	63	51	66	60	68
private Haushalte	Anzahl	479	491	433	375	400	403	441	393	335
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 025	1 231	1 001	860	809	928	943	1 034	802
* Umbauter Raum	1 000 m ³	652	760	621	532	550	570	621	639	546
* Wohnfläche	1 000 m ²	121	141	117	98	100	109	113	117	96
Wohnräume	Anzahl	4 881	5 635	4 709	3 862	4 076	4 279	4 537	4 542	3 726
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	195	231	190	164	169	187	197	198	161

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	125	138	145	120	138	137	106	119	104
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	10	12	23	19	13	17	10	12	12
Unternehmen	Anzahl	94	82	89	69	77	89	75	73	74
private Haushalte	Anzahl	21	42	33	32	48	31	21	34	18
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	10	25	27	5	14	11	9	5	9
* Umbauter Raum	1 000 m ³	941	764	961	538	1 159	619	663	803	817
* Nutzfläche	1 000 m ²	111	110	134	87	148	91	92	125	131
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	81	104	132	74	104	109	87	117	133

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 221	1 447	1 205	1 064	982	1 150	1 133	1 186	955
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 674	6 395	5 465	4 590	4 743	5 039	5 288	5 169	4 325

Landwirtschaft

	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 523	11 564	11 978	10 943	10 780	12 888	10 948	12 603	10 921
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 983	1 945	2 062	1 861	1 714	2 551	1 885	1 971	1 669
darunter										
* Kälber	t	7	7	15	3	4	12	19	11	6
* Jungrinder	t	10	8	16	13	13	15	11	18	10
* Schweine	t	9 491	9 570	9 856	9 046	9 026	10 280	8 996	10 588	9 204
* Eierzeugung ²	1 000	15 747	16 571	16 152	17 346	17 645	17 554	18 220	18 254	17 420

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³**

* Betriebe	Anzahl	1 000	1 002	1 002	988	1 006	1 021	1 020	1 014	1 032
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	253 193	253 227	253 160	251 645	252 575	258 040	257 296	256 497	257 415
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 274	32 292	29 562	33 161	32 567	34 216	29 248	34 177	31 945
* Entgelte	Mill. EUR	1 065	1 078	1 064	990	994	1 455	1 062	1 059	1 016
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 221	7 223	6 946	7 025	7 440	8 207	7 264	7 899	7 968
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	3 900	3 813	3 379	4 076	4 177	4 434	3 668	4 472	4 244
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 028	2 098	2 212	1 677	2 047	2 341	2 259	1 979	2 146
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	87	101	102	82	87	90	86	83	84
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 206	1 211	1 253	1 190	1 130	1 342	1 252	1 365	1 494
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 269	2 140	1 906	2 412	2 466	2 465	2 138	2 594	2 448
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 037	1 086	1 144	720	980	1 188	1 131	860	975
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 047	4 003	3 760	3 999	4 273	4 518	3 993	4 524	4 669
Exportquote ⁶	%	56,0	55,4	54,1	56,9	57,4	55,1	55,0	57,3	58,6
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	107,8	110,6	113,1	120,6	125,8	125,3	113,8	140,4	...
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	96,9	99,7	92,0	110,0	110,6	114,7	102,6	120,4	...
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	119,6	120,9	137,7	126,6	130,3	144,0	133,1	153,1	...

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden ¹	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	100	162,6	138,9	263,3	132,2	110,1	122	131,5	131,9
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	100	105,7	106,7	117,8	156,9	94,7	83,7	165,6	183
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	100	101,8	92	113,1	117	116,6	106	124	114,8
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	100	99,5	116,6	89,4	101,7	110,5	103,3	118,6	114,4

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	180	179	174	173	173	172	172	173	173
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 509	9 376	9 397	9 399	9 414	9 662	9 655	9 758	9 757
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 166	1 146	1 065	1 212	1 111	1 200	1 054	1 232	1 163
* Entgelte ³	Mill. EUR	42	42	39	39	38	63	41	39	41
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	271	343	260	489	430	335	325	253	348
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	257	330	246	469	413	321	310	239	334

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	18 579	19 046	19 171	19 301	19 305	20 203	19 968	20 119	20 042
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	1 906	1 945	1 616	1 028	1 637	2 287	1 505	1 464	1 331
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	310	320	273	214	313	367	261	305	250
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	649	633	549	397	582	727	529	545	512
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	974	992	794	417	743	1 192	715	615	569
darunter Straßenbau	1 000 h	500	531	422	199	370	680	382	302	266
* Entgelte	Mill. EUR	59	61	62	51	54	84	64	60	54

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe**Bauhauptgewerbe¹**

	Einheit	2015	2016		2017				2018	
			Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	247	256	340	128	171	374	343	162	185
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	39	45	57	28	36	63	64	37	44
* gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	88	87	111	48	67	124	105	59	68
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	119	124	172	52	68	188	174	66	73
darunter Straßenbau	Mill. EUR	60	64	95	24	29	104	85	31	30

Ausbaugewerbe**(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³**

	Einheit	2015	2016				2017			
			Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Betriebe ⁴	Anzahl	425	421	423	420	419	440	438	437	436
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	16 006	16 051	15 920	16 231	16 152	16 637	16 619	17 084	16 958
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 020	5 007	5 036	5 116	5 020	5 125	5 185	5 314	5 214
* Entgelte	Mill. EUR	126	128	127	127	138	130	136	137	149
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	440	457	428	451	593	378	484	478	600

Handel⁵**Großhandel^{6, 6}**

	Einheit	2015	2016		2017				2018	
			Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Beschäftigte	2010=100	108,6	109,0	108,1	106,9	107,2	110,8	109,8	111,1	110,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	122,2	119,4	117,5	116,4	116,3	118,4	117,1	118,0	117,8
* Umsatz nominal ⁷	2010=100	93,6	91,4	90,5	80,8	85,3	96,9	86,5	89,0	87,7
* Umsatz real ⁷	2010=100	87,7	85,3	83,7	74,5	78,4	88,5	79,2	80,5	79,5

Einzelhandel^{8, 8}

* Beschäftigte	2015=100	100,0	101,4	103,5	102,0	101,6	103,6	104,0	102,9	102,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	100,0	101,7	104,3	101,8	101,4	103,8	104,5	103,4	102,9
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	100,0	102,5	119,7	94,1	90,9	110,0	119,6	97,4	92,9
* Umsatz real ⁷	2015=100	100,0	102,1	118,0	92,8	89,2	106,6	115,9	94,7	90,1

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹

Kfz-Handel^{P, 2}

	Einheit	2015	2016		2017				2018	
			Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Beschäftigte	2010=100	105,5	107,8	109,3	108,8	108,7	111,5	110,7	110,7	110,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	121,1	124,7	125,4	125,6	126,2	130,6	129,5	129,8	129,9
* Umsatz nominal ³	2010=100	106,1	111,1	105,6	94,4	100,7	128,6	108,6	104,6	103,8
* Umsatz real ³	2010=100	102,3	106,2	100,5	89,8	95,5	121,1	102,3	98,3	97,5

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2010=100	103,4	104,7	100,9	97,5	97,7	104,5	102,0	96,6	97,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	106,4	109,1	103,5	101,8	101,7	109,5	107,1	99,8	101,7
* Umsatz nominal ³	2010=100	80,9	85,0	80,4	65,0	65,6	80,0	85,2	67,0	65,1
* Umsatz real ³	2010=100	73,0	75,1	70,7	57,1	57,3	68,9	73,3	57,5	55,8

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	708	722	464	364	393	559	493	382	408
* darunter von Auslandsgästen	1 000	157	155	86	62	73	92	92	63	76
* Gästeübernachtungen	1 000	1 813	1 824	1 122	912	970	1 296	1 185	953	1 007
* darunter von Auslandsgästen	1 000	447	441	219	158	185	230	231	156	189

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2015	2016		2017				2018	
			Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 772	1 820	1 867	1 750	1 603	1 991	1 678	1 789	1 521
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 135	1 266	1 235	1 100	896	1 316	1 100	1 019	975
* Getötete Personen	Anzahl	16	13	14	17	10	13	12	13	14
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	7	10	11	7	7	5	9	9
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	3	-	-	4	2	-	-
Radfahrer	Anzahl	3	1	-	3	-	1	1	1	-
Fußgänger	Anzahl	1	2	1	2	3	1	4	2	5
* Verletzte Personen	Anzahl	1 460	1 638	1 603	1 499	1 178	1 716	1 393	1 372	1 256

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2015	2016		2017				2018
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
schwer verletzte Personen	Anzahl	274	301	289	235	189	336	243	222
darunter									
Pkw-Insassen	Anzahl	126	135	166	168	123	158	36	147
Benutzer motorisierter									
Zweiräder	Anzahl	70	74	40	14	15	95	129	13
Radfahrer	Anzahl	41	48	19	11	13	36	24	22
Fußgänger	Anzahl	25	30	47	29	32	33	47	34

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2015	2016		2017				2018
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 896	13 160	12 450	10 861	10 970	13 111	11 197	12 358
darunter									
Krafträder	Anzahl	680	755	811	103	360	203	164	262
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 853	10 944	10 242	9 433	9 324	11 327	9 327	10 634
* Lastkraftwagen	Anzahl	924	1 024	986	939	897	1 108	1 029	1 107
Zugmaschinen	Anzahl	345	343	273	277	308	362	586	276

Personenbeförderung

	Einheit	2015	2016			2017			
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Beförderte Personen									
im Linienverkehr	1 000	53 397	59 894	61 933	50 936	65 441	71 078	68 304	69 098
Personenkilometer ³	Mill.	494	621	646	543	665	709	684	740

Binnenschifffahrt

	Einheit	2015	2016		2017				2018
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Gütereingang	1 000 t	1 007	1 024	867	775	701	1 011	1 114	986
* Güterversand	1 000 t	777	776	781	606	483	823	890	735

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	4 277	4 368	4 388	3 962	4 365	4 637	4 760	4 228
darunter									
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	311	322	332	290	322	329	308	260
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 910	3 988	3 991	3 618	3 983	4 208	4 334	3 845

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2015	2016		2017				2018	
			Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
*	Rohstoffe	Mill. EUR	22	23	21	20	19	26	23	21	18
*	Halbwaren	Mill. EUR	151	144	141	122	135	161	155	142	155
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 738	3 821	3 829	3 475	3 829	4 021	4 156	3 682	4 303
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	947	951	957	820	1 038	1 058	1 096	876	1 137
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 790	2 871	2 872	2 655	2 791	2 963	3 060	2 806	3 165
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 932	3 065	3 056	2 606	3 044	3 346	3 291	2 986	3 462
*	darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 610	2 749	2 718	2 335	2 761	3 000	2 928	2 714	3 118
	Belgien	Mill. EUR	199	198	202	166	193	206	220	194	222
	Luxemburg	Mill. EUR	54	54	57	52	47	63	55	52	46
	Dänemark	Mill. EUR	39	45	47	37	56	51	51	42	55
	Finnland	Mill. EUR	33	30	28	29	31	34	35	27	30
	Frankreich	Mill. EUR	424	446	447	386	430	462	448	366	498
	Griechenland	Mill. EUR	27	29	38	24	33	27	37	19	33
	Großbritannien	Mill. EUR	287	302	304	250	294	314	288	285	287
	Irland	Mill. EUR	20	19	20	18	44	53	33	267	233
	Italien	Mill. EUR	247	265	256	209	269	273	295	223	273
	Niederlande	Mill. EUR	303	314	282	261	353	381	351	325	317
	Österreich	Mill. EUR	163	165	162	132	148	182	174	158	182
	Schweden	Mill. EUR	74	79	79	67	83	87	79	70	87
	Spanien	Mill. EUR	206	216	232	213	241	242	218	205	251
	Portugal	Mill. EUR	31	41	47	36	47	45	48	28	48
*	Afrika	Mill. EUR	127	117	150	124	73	120	127	106	109
*	Amerika	Mill. EUR	584	551	545	588	600	532	607	542	631
	darunter nach USA	Mill. EUR	414	380	367	415	418	367	439	395	446
*	Asien	Mill. EUR	601	596	601	608	606	591	679	550	650
	darunter nach China	Mill. EUR	148	142	129	143	156	160	182	144	197
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	39	35	36	42	47	55	44	54

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 851	2 877	3 023	3 042	2 963	3 442	3 576	3 546	3 838
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	277	240	253	236	249	265	287	285	294
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 436	2 483	2 599	2 638	2 556	2 949	3 041	2 997	3 222
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	39	36	42	33	40	39	36	29	36
* Halbwaren	Mill. EUR	255	217	230	214	221	356	296	320	405
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 142	2 230	2 326	2 390	2 294	2 554	2 710	2 648	2 781

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2015	2016		2017				2018	
			Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	558	517	522	461	559	588	618	867	815
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 585	1 714	1 804	1 929	1 735	1 966	2 092	1 781	1 966
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	2 087	2 155	2 290	2 345	2 111	2 643	2 776	2 806	2 874
*	darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	1 867	1 964	2 072	2 151	1 894	2 446	2 550	2 604	2 618
	Belgien	Mill. EUR	271	253	258	234	247	295	289	273	299
	Luxemburg	Mill. EUR	47	52	56	52	56	56	57	54	51
	Dänemark	Mill. EUR	22	21	18	21	22	31	36	69	15
	Finnland	Mill. EUR	12	12	14	12	12	18	14	15	15
	Frankreich	Mill. EUR	243	242	254	231	225	281	384	327	281
	Griechenland	Mill. EUR	7	8	9	8	7	8	8	7	9
	Großbritannien	Mill. EUR	105	100	109	92	114	134	127	119	118
	Irland	Mill. EUR	99	137	129	200	60	96	109	220	79
	Italien	Mill. EUR	166	175	187	175	181	215	228	383	303
	Niederlande	Mill. EUR	296	299	324	286	302	359	374	323	522
	Österreich	Mill. EUR	103	118	138	114	106	111	116	107	115
	Schweden	Mill. EUR	48	52	64	49	57	75	76	69	74
	Spanien	Mill. EUR	104	129	120	353	112	253	255	228	284
	Portugal	Mill. EUR	16	18	19	18	21	25	23	16	21
*	Afrika	Mill. EUR	41	47	55	53	64	65	43	50	55
*	Amerika	Mill. EUR	313	254	263	263	263	287	314	226	396
	darunter aus USA	Mill. EUR	239	198	203	217	194	229	251	176	326
*	Asien	Mill. EUR	405	415	409	374	519	441	437	460	500
	darunter aus China	Mill. EUR	182	183	172	185	238	213	212	194	268
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	6	5	6	6	5	3	6

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 915	2 760	2 512	3 267	2 531	2 595	2 349	3 315	2 674
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	475	468	438	523	422	451	420	514	511
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 900	1 774	1 484	2 066	1 651	1 684	1 406	2 142	1 707
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 881	2 788	3 884	3 312	2 440	3 097	3 743	3 533	2 660
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	421	402	518	492	371	426	540	587	383
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 973	1 895	2 792	2 146	1 568	2 181	2 655	2 220	1 766

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Insgesamt	Anzahl	477	462	476	426	385	501	396	427	400
davon										
* Unternehmen	Anzahl	75	65	76	48	48	54	59	62	65
* Verbraucher	Anzahl	282	276	276	253	234	285	240	262	237
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	103	102	110	105	80	143	83	88	83
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	17	19	14	20	23	19	14	15	15
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	88	66	120	63	65	68	40	52	66

Handwerk²

Handwerk²

Einheit	2015	2016				2017				
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,6	98,8	98,1	100,5	99,0	98,3	98,3	100,5	99,0
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	103.8	107.4	109.8	110.8	119.1	94.0	111.0	114.1	121.9

Preise

Preise	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	107,6	109,3	109,0	108,9	109,0	109,9	110,2	110,7	110,6
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	107,6	109,1	108,5	108,6	108,7	110,0	110,0	110,3	110,4

Verdienste⁷

Verdienste⁷

Einheit	2016	2017	2016			2017				
	Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 996	3 999	3 640	3 669	3 704	3 619	3 668	3 688	3 703
* Frauen	EUR	3 469	3 483	3 198	3 222	3 247	3 202	3 237	3 254	3 257
* Männer	EUR	4 207	4 215	3 816	3 849	3 889	3 793	3 848	3 870	3 891
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 483	7 557	6 572	6 646	6 733	6 627	6 711	6 782	6 750
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 580	4 610	4 199	4 232	4 266	4 182	4 233	4 291	4 297
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 390	3 439	3 115	3 139	3 167	3 126	3 174	3 188	3 220
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 815	2 773	2 609	2 643	2 654	2 562	2 611	2 593	2 614
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 277	2 307	2 146	2 159	2 156	2 131	2 183	2 196	2 196

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2016	2017	2016			2017			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 300	4 336	3 820	3 854	3 894	3 792	3 875	3 901	3 933
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 031	3 910	(3 590)	3 662	3 672	3 497	3 515	3 603	3 663
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 485	4 512	3 958	3 966	4 021	3 923	4 001	4 005	4 062
* Energieversorgung	EUR	5 154	5 296	4 492	4 598	4 592	4 632	4 679	4 729	4 742
* Wasserversorgung ²	EUR	3 467	3 411	3 223	3 261	3 262	3 179	3 190	3 200	3 231
* Baugewerbe	EUR	3 316	3 465	3 079	3 230	3 198	3 118	3 260	3 342	3 285
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 798	3 800	3 523	3 549	3 582	3 516	3 546	3 563	3 569
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 601	3 621	3 287	3 293	3 367	3 300	3 342	3 320	3 363
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 024	3 017	2 826	2 845	2 849	2 808	2 827	2 833	2 875
* Gastgewerbe	EUR	2 277	2 367	2 155	2 147	2 161	2 241	2 238	2 229	2 303
* Information und Kommunikation	EUR	5 276	5 175	4 852	4 892	4 894	4 755	4 792	4 780	4 806
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 252	5 272	4 353	4 469	4 465	4 399	4 416	4 450	4 437
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(3 963)	/	/	(3 622)	(3 601)	(3 566)	(3 595)	(3 701)	(3 782)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 172	5 008	4 574	4 522	4 576	4 374	4 425	4 431	4 390
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 482	2 539	2 367	2 368	2 364	2 381	2 446	2 405	2 434
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 730	3 832	3 591	3 644	3 677	3 670	3 706	3 782	3 724
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 304	4 212	4 209	4 239	4 222	4 036	4 059	4 187	4 103
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 804	3 916	3 560	3 606	3 620	3 638	3 683	3 697	3 728
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 846	3 842	3 543	3 577	3 615	3 698	3 539	3 495	3 553
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 385	3 486	3 147	3 152	3 220	3 257	3 276	3 274	3 293

Geld und Kredit³

Geld und Kredit ³	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	122 284	125 291	125 677	124 745	125 831	125 740	122 870	123 794	124 344
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 371	10 512	10 770	10 468	10 363	10 808	10 271	10 433	10 357

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtsgebietes ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2015	2016			2017			
	Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 456	11 874	12 104	11 693	11 548	11 288	11 036	10 570	10 811
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	100 457	102 905	102 803	102 584	103 920	103 644	101 563	102 791	103 176
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	116 191	119 667	119 966	119 131	120 240	120 253	118 551	119 374	119 627
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	105 382	108 875	109 077	108 336	109 595	109 823	109 064	110 068	110 574
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 809	10 799	10 889	10 795	10 675	10 430	9 487	9 306	9 053
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 093	5 624	5 711	5 614	5 591	5 487	4 319	4 420	4 717

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

	Mill. EUR	115 850	117 277	117 935	115 669	119 059	117 784	116 127	117 956	121 458
Sichteinlagen	Mill. EUR	60 249	65 568	64 562	66 064	69 254	69 127	70 771	72 496	75 495
Termineinlagen	Mill. EUR	23 065	20 740	22 413	18 880	18 863	18 182	14 874	15 283	15 906
Sparbriefe	Mill. EUR	5 078	3 658	3 737	3 589	3 415	3 154	3 037	2 910	2 821
Spareinlagen	Mill. EUR	27 460	27 311	27 223	27 136	27 527	27 321	27 445	27 267	27 236
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	113 579	115 318	115 636	114 000	117 372	116 084	114 419	116 267	119 780
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	110 920	112 677	113 059	111 446	114 321	113 626	111 982	113 653	116 689
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 659	2 640	2 577	2 554	3 051	2 485	2 437	2 614	3 091
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 271	1 960	2 299	1 669	1 687	1 700	1 708	1 689	1 678

Steuern

Einheit	2016	2017				2018		
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 051	4 415	3 683	4 495	4 332	5 960	3 718	4 692	4 713
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 250	1 340	816	1 170	1 599	2 655	995	1 125	1 859
Lohnsteuer	Mill. EUR	853	888	734	1 121	625	1 045	821	1 257	645
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	169	172	-	478	-	-	-	574	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	147	189	30	49	589	611	77	38	636
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	98	102	72	51	38	58	52	28	43

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2016	2017					2018		
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.		Jan.	Febr.	März

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	20	25	30	54	4	7	26	68	3
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	17	-	46	-	-	-	58	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	131	136	-50	-104	342	935	19	-268	533
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-1	-18	-	-90	-	-	-	-298	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 801	3 075	2 867	3 325	2 732	3 305	2 723	3 568	2 854
Umsatzsteuer	Mill. EUR	480	558	608	749	382	661	487	748	437
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 321	2 517	2 259	2 576	2 351	2 644	2 236	2 820	2 417

Zölle

Mill. EUR	219	220	200	243	206	220	185	249	212
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	84	88	59	46	120	199	58	52	131
-----------	----	----	----	----	-----	-----	----	----	-----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	29	30	19	8	38	56	12	12	36
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	55	58	40	37	81	142	47	40	94

Landessteuern

Mill. EUR	77	83	74	73	95	80	87	76	100
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	-----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	20	21	14	16	23	18	22	18	31
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	38	44	42	41	45	40	48	40	41
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	14	14	14	13	17	17	13	14	18
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	1	8	2	1	2	8
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	3	2	2	2	3	2	2

Einheit	2015	2016				2017			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.		1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	648	700	737	666	760	689	754	706	723
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	5	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	135	137	140	151	127	132	144	155	130
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	488	535	567	485	609	530	580	518	566
sonstige Gemeinde Steuern ¹	Mill. EUR	20	23	26	24	20	22	26	27	23

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der****Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2015	2016				2017			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Mill. EUR	1 022	1 039	1 114	1 041	1 391	727	1 159	1 080	1 509
Mill. EUR	400	443	481	384	442	502	486	416	393
Mill. EUR	414	382	415	379	700	64	441	415	832
Mill. EUR	48	49	48	48	98	2	58	61	127

	Einheit	2016	2017					2018		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	999	1 066	914	1 068	1 132	1 420	899	979	984
Landessteuern	Mill. EUR	77	83	74	73	95	80	87	76	100
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	483	520	346	431	641	1 076	425	399	767
Lohnsteuer	Mill. EUR	299	313	312	418	205	322	348	474	211
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	63	80	13	21	250	259	33	16	270
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	46	47	33	21	12	24	23	13	17
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	9	11	13	24	2	3	11	30	1
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	66	68	-25	-52	171	467	9	-134	266
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	416	436	483	552	396	191	393	498	108
Umsatzsteuer	Mill. EUR	300	329	378	465	273	77	273	420	-40
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	116	107	105	87	124	114	120	79	148
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	7	3	3	-0	20	-2	1	3
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	1	1	0	6	-1	0	1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	13	15	6	7	-0	39	-3	3	6
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	1	1	-0	8	-1	1	1
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 028	2 114	1 728	2 060	2 126	2 946	1 778	2 189	2 331
Bundessteuern	Mill. EUR	84	88	59	46	120	199	58	52	131
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	548	586	348	493	708	1 200	429	460	833
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 389	1 433	1 317	1 518	1 298	1 527	1 292	1 675	1 365
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	7	3	3	-0	20	-2	1	3

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im April 2018

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Amtliches Verzeichnis der Gemeinden und Gemeindeteile – Stand: Januar 2018

Kennziffer: A1132 201801

Gerichtliche Ehelösungen und Aufhebungen von Lebenspartnerschaften 2017

Kennziffer: A2023 201700

Strukturdaten zur Erwerbstätigkeit in den Planungsregionen – Ergebnisse des Mikrozensus 2013–2016

Kennziffer: A6063 201600

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Weinerzeugung 2017

Kennziffer: C4043 201700

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Insolvenzen 2017

Kennziffer: D3013 201700

Gewerbeanzeigen im Februar 2018

Kennziffer: D1023 201802

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Bauhauptgewerbe im Januar 2018 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau

Kennziffer: E2023 201801

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Februar 2018 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

Kennziffer: E1023 201802

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Februar 2018

Kennziffer: E1033 201802

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Februar 2018

Kennziffer: E1113 201802

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2017

Kennziffer: E1013 201700

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Februar 2018

Kennziffer: F2033 201802

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Januar 2018

Kennziffer: G1023 201801

Aus- und Einfuhr im Februar 2018

Kennziffer: G3023 201802

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Februar 2018

Kennziffer: G4023 201802

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle 2017

Kennziffer: H1013 201700

Straßenverkehrsunfälle im Februar 2018

Kennziffer: H1023 201802

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im 4. Vierteljahr 2017

Kennziffer: H1073 201744

Binnenschifffahrt im Dezember 2017

Kennziffer: H2023 201712

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Das Körperschaftsteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 2013

Kennziffer: L4063 201301

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im März 2018

Kennziffer: M1013 201803

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im Februar 2018

Kennziffer: M1043 201841

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Januar 2018

Kennziffer: Z1013 201801

Sonstige Veröffentlichungen

Faltblatt: Tourismus 2018

Faltblatt: Bildung 2018

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe April 2018

Kennziffer: Z2201 201804

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Flyer: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder – Kurzporträt – Datenangebot (Ausgabe 2018)

Kennziffer: A6015 201800

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: esterpooon – Fotolia

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte